

In diesem Heft

Editorial

Essay

HANS COPPI

Die nationalsozialistischen Bäume im
sozialdemokratischen Wald.

Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg (Teil 1) 5

1947/48: Politik am Scheideweg

KARL DRECHSLER

Prioritäten amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik
1947/48 und die deutsche Frage

13

STEFAN DOERNBERG

Zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion

22

ROLF BADSTÜBNER

Gesamtdeutsche Optionen und Neutralisierungsvarianten

31

JÜRGEN HOFMANN

Die Deutsche Volkskongreßbewegung für Einheit
und gerechten Frieden

37

ANDREAS MALYCHA

1948 – das Jahr des Wandels im Charakter der SED?

43

HERBERT MAYER

Die internationale sozialistische Konferenz
und der Marshall-Plan 1947/48

50

HELLA KAESELITZ

Positionen westeuropäischer kommunistischer Parteien
im Übergang zur Politik des Kalten Krieges

61

KARL-HEINZ GRÄFE Die nationalen Wege und das sowjetische Modell des Sozialismus. Probleme des polnischen Weges zum Sozialismus unter Gomulka (1944-1948)	71
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
JÁNOS JEMNITZ Ungarn in der Rechtswende	84
Festplatte	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	88
Bücher & Zeitschriften	
Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. (Reihe: Zeithistorische Studien. Hrsgg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. Bd. 10.) Akademie Verlag Berlin 1997 (STEFAN BOLLINGER)	90
Bernhard Schäfers /Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Verlag Leske + Budrich Opladen 1998 (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER)	92
Véronique Garros, Natalija Korenewskaja, Thomas Lahusen (Hg.): Das wahre Leben. Tagebücher aus der Stalinzeit. Aus dem Russischen von Barbara Conrad und Vera Stutz-Bischitzky, Rowohlt Berlin 1998 (WLADISLAW HEDELER)	93
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96

Editorial

Der einst so beklagte Kalte Krieg ist unterdessen in einen Kalten Frieden gemündet. Der eine der beiden Gegner ist zwar aus der Geschichte ausgeschieden; doch die Gefährdungen, die im Schatten ihrer Feindschaft wucherten, blieben der Menschheit erhalten – sei es die Aussicht, während eines nuklearen Winters auszusterben oder in einem Weltbürgerkrieg um die existenzsichernden Ressourcen in die Barbarei zurückzufallen beziehungsweise dank abtauender Pole nach und nach zu ersaufen. Nur redet niemand mehr davon. Kalter Frieden eben.

Wirklichkeitsverlust ist heute ein Gesellschaftsspiel, dem sich zu entziehen als unschicklich gilt. Der – klug – kühl gelagerte Haß der beiden Supermächte aufeinander hielt vier Jahrzehnte lang beide deutsche Nachkriegsgesellschaften in einem Zustand nicht nur verordneter, sondern von den Betroffenen zumeist auch wohlgeleitener Infantilität. Weder die subalternen Gestalten in Bonn noch die in Ost-Berlin konnten noch durften letztlich etwas tun, was die Weisungsberechtigten in Washington beziehungsweise in Moskau ernsthaft nicht gewünscht hätten. In der deutschen Geschichte zählt diese Periode schon heute zu den glücklicheren Zeiten.

Die Grenzen deutschen Handelns hatten die nach dem gemeinsamen Sieg über die sowohl unruhigen als auch feigen Mitteleuropäer erneut Verfeindeten klar gezogen. Alles war überschaubar, da fühlten sich auch Deutsche wohl, zumindest auf der einen Seite der Mauer. Bis einige tausend DDRler ihrer Gartenzwerglandschaft überdrüssig wurden und – in völliger Unschuld – die Bonner Politik aus der fürsorglichen Vormundschaft des Westens herausdemonstrierten.

Das war nicht vorgesehen. Das verzeiht der Westen dem Osten nie, war es doch gerade richtig gemütlich geworden. So schön wie in den achtziger Jahren wird es nie wieder.

Das sagt natürlich niemand – in eine Kamera. Es handelt sich um eines der neudeutschen Tabus. Auch am Tag der deutschen Einheit wird es bestenfalls lauthals beschwiegen.

Im übrigen verdankt »die Nation« natürlich Helmut Kohl die deutsche Einheit – sagt auch Gerhard Schröder ... Herr Ober, noch 'ne Runde Bier!

Nahtlos folgte also in der herrschenden Politik der Infantilität die Senilität, die jedes Erinnern an einstige Schwäche nicht minder haßt wie die Konfrontation mit dem, was wirklich ist. An die im

September einer für völlig verblödet erachteten Öffentlichkeit offerierte Trendwende am Arbeitsmarkt glaubten die Kündler letztlich wohl selbst.

Das macht natürlich keinen Schaden, zumindest nicht im Osten. Hier ist diese Art Politfolklore aus vierzig Jahren Kalter Krieg noch wohl vertraut. Eigentlich hat sich nicht viel geändert. Auch früher lachte niemand – öffentlich.

Wie diese ganze Geschichte einst begann, meinten – entgegen allem »wissenschaftlichen Mainstream« – im Juni dieses Jahres, Historiker aus dem Osten diskutieren zu müssen. Vieles, wenngleich nicht alles, was sie zu sagen hatten, ist neu.

Unser Beitrag zum 3. Oktober.

JÖRN SCHÜTRUMPF

HANS COPPI

Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald. Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg (Teil 1)

Eine bedrohlich anwachsende rechtsextreme Szene, deren nationalistische und rassistische Parolen unter der Bevölkerung und vor allem unter Jugendlichen im Osten Deutschlands eine zunehmende Akzeptanz finden, stellt die Frage nach wirksamen demokratischen Gegenstrategien. Unterschiedliche Ansätze und Methoden werden gegenwärtig diskutiert und praktiziert.

Ein historischer Rückblick auf Reaktionen und Gegenstrategien der unterschiedlichen Linken auf den Vormarsch der Nazis bis zum Jahre 1933 verdeutlicht die Schwierigkeiten und auch die verfehltete Strategie im Umgang mit einer sich schnell ausbreitenden faschistischen Bewegung.

Nach der Konterrevolution und dem weißen Terror in Ungarn im Jahre 1919 sowie nach Mussolinis Machteroberung in Italien beschäftigte sich im Juni 1923 die Komintern erstmals mit dem neuen faschistischen Phänomen. Clara Zetkin warf die Frage auf, wie eine so urplötzlich aufsteigende militante Massenbewegung politisch und ideologisch, aber auch militärisch niedergedrungen werden könnte. Sie verwies auf die verführerische Wirkung revolutionärer faschistischer Losungen und damit unausgesprochen auf die hier entstehende Konkurrenz für die neuen kommunistischen Parteien. Sie plädierte dafür, die sozialen Schichten, die dem Faschismus verfallen waren, zu gewinnen, sie entweder in die kommunistische Kampffront einzugliedern oder sie zumindest zu neutralisieren, die bürgerliche Intelligenz einbezogen. Darauf mußten nunmehr die Methoden der kommunistischen Agitation und Propaganda eingestellt und ein wehrhafter Selbstschutz gegenüber faschistischem Terror entwickelt werden. Eine proletarische Einheitsfront sollte den Faschismus als höchste und letzte Form von Klassenherrschaft überwinden und zugleich den Weg frei machen für die Errichtung einer proletarischen Räterediktatur.¹ Der Vertreter der Bolschewiki im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI), Karl Radek, nahm den passiven Widerstand der Deutschen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen zum Anlaß, im »Ruhrkampf« nach Verbündeten auch im Lager der Nationalisten zu suchen. Er stellte den deutschen Kommunisten in seiner berühmten »Schlageter-Rede«² die Aufgabe, im politischen Kampf gegen den Faschismus die nationale Frage aufzuwerfen und sich den Weg zu den tiefleidenden, innerlich zerrissenen, suchenden Massen Deutschlands

Hans Coppi – Jg. 1942, Historiker, Berlin. Veröffentlichungen zum Antifaschismus, zur Widerstandsgeschichte, »Rote Kapelle«. Im Oktober 1998 erscheint ein mit Susanne Römer herausgegebener Reprint der Zeitschrift »Aufbruch« (1931-1933) unter dem Titel: »Aufbruch im Spannungsfeld von Nationalismus und Kommunismus - eine Zeitschrift für Grenzgänger« mit einer Einführung und einem Namensregister beim Verlag Fölbach in Koblenz.

1 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923. Berlin 1960, S. 723, 726, 727.

2 Siehe Karl Radek: Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts, in: Karl Otto

Paetel: Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des Nationalbolschewismus, Göttingen 1965, S. 275ff. Leo Schlageter, Angehöriger eines Freikorps hatte im März 1923 bei Hamborn eine Brücke gesprengt und wurde von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und erschossen. Die Nationalsozialisten betrachteten Schlageter als ihren Märtyrer.

3 W.I. Lenin: Werke, Band 31, Berlin 1959, S. 445.

4 J.W. Stalin: Werke, Band 6, Berlin 1952, S. 252. Sinowjew hatte im Januar 1924 die Position vertreten, daß die internationale Sozialdemokratie einen Flügel des Faschismus darstelle.

5 Diese Auffassung variiert in Artikeln der »Internationale«, und in der »Kommunistischen Internationale« (im weiteren Kl). Sozialdemokratische Erklärungsmuster gingen von ähnlichen theoretischen Ansätzen aus. Siehe Wolfram Pyta: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989. Ferner: Wolfgang Wippermann: Zur Analyse des Faschismus. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Faschismustheorien, Frankfurt am Main 1981.

zu bahnen. Damit leitete Radek den »Schlageter-Kurs« der KPD ein. In Diskussionszirkeln trafen sich während der Besetzung des Ruhrgebietes Kommunisten und Nationalsozialisten, um gemeinsam den Kampf gegen die französische Okkupation zu führen. Karl Radek gab im Juli 1923 eine Broschüre heraus, in der er, Graf von Reventlow von den Nationalsozialisten und der nationalkonservative Arthur Möller van den Bruck nationalbolschewistische Perspektiven erörterten. Radeks Versuch, vor allem nationalistisch eingestellte Intellektuelle zu erreichen, war noch von Lenins unrichtiger Feststellung mitgeprägt, daß Deutschland unter den Bedingungen des Versailler Vertrages kaum existieren könne.³ Dabei verkannte Radek, wie unversöhnlich der Antikommunismus in den Reihen der deutschen Rechtsextremisten war. Der nationalbolschewistische Ausflug dauerte nur wenige Monate und wurde Ende 1923 von der Komintern beendet. Die nationalsozialistische Bewegung verlor Mitte der zwanziger Jahre an Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung in Deutschland.

Der Hauptfeind: Sozialfaschismus

1924, auf dem V. Weltkongreß der Komintern, wurden Faschismus und Sozialdemokratie als die beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der »großkapitalistischen Diktatur« gemeinsam auf eine Stufe gestellt. Für Stalin ergänzten sich sozialdemokratische und faschistische Organisationen wie »Zwillingsbrüder«.⁴ Auf eine rationale Analyse des nun kreierte Kampfbegriffs vom »Sozialfaschismus« wurde weitgehend verzichtet. Er stand in Kontinuität zum noch von Lenin geprägten »Sozialchauvinismus«. Damit waren rechte Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg bezeichnet worden, die sich für die Fortsetzung des Krieges ausgesprochen hatten.

Die Komintern deutete den Faschismus als terroristische Form kapitalistischer Herrschaft und als offene Diktatur reaktionärster Gruppen des Monopol- und Finanzkapitals. Sie betrachtete die NSDAP als Teil eines umfassenderen »nationalfaschistischen« Spektrums (Bezeichnung für Anhänger der NSDAP, aber auch des Stahlhelms und anderer rechtsstehender Organisationen), jedoch nicht im Sinne einer eigenständigen politischen Bewegung. Der Gehalt ihrer dürftigen programmatischen Aussagen stand im Gegensatz zu ihrer wachsenden populistischen Attraktivität. Die »braunen Kolonnen« galten im marxistischen Erklärungsansatz als »Schutztruppe für die Diktatur der Bourgeoisie, für das Unternehmertum«, quasi als eine vom Kapital gesteuerte Vorfeldorganisation.⁵ Damit konnte das beträchtliche Anwachsen einer faschistischen Massenbewegung und ihre zunehmende Akzeptanz und Anziehungskraft für unterschiedliche Bevölkerungsschichten nur unzureichend erklärt werden. Die Komintern und die KPD entwickelten zunächst kein politisches Konzept, um der sich rasch ausbreitenden nationalsozialistischen Bewegung wirksam zu begegnen. Der politische Hauptfeind blieb, nach den Leitlinien des VI. Weltkongresses der Komintern im Jahre 1928, die Sozialdemokratie. Deren nachhaltiger Einfluß in der Arbeiterschaft bildete das entscheidende Hindernis für die KPD, die Mehrheit im proletarischen Milieu zu erringen und damit ihre von der Komintern einge-

forderte proletarische Hegemonie auszuüben. Tiefe mentale und ideologische Gräben trennten die beiden vor allem im Arbeitermilieu verwurzelten Parteien. Die KPD verurteilte den von der SPD im Ersten Weltkrieg vertretenen »Sozialpatriotismus« und »Sozialchauvinismus« und den »Verrat« der Mehrheitssozialisten an der Novemberrevolution. Außerdem lastete sie den sozialdemokratischen Führern auch die Verantwortung für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1919 an. Die polizeiliche Durchsetzung des Verbots der Kundgebungen am 1. Mai 1929 hinterließ in Berlin 29 Tote. Diese von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel zu verantwortende Aktion bestärkte die Kommunisten in ihrem unerbittlichen Konfrontationskurs gegenüber den Sozialdemokraten.

Auf dem XII. Parteitag der KPD im Juni 1929 erklärte Ernst Thälmann, daß die Sozialdemokratie »überall zum stärksten Hebel der faschistischen Entwicklung geworden« sei.⁶ Für Paul Merker war der Sozialfaschismus und nicht der Nationalfaschismus der Hauptfeind und deshalb müßten auch die „unteren sozialdemokratischen Funktionäre als Hauptfeinde angesehen und bekämpft werden.“⁷ Zwar wandte sich Hermann Remmele gegen solche übersteigerten linksradikalen Auffassungen, die so gut wie alle Erscheinungen im politischen Leben als Sozialfaschismus bezeichneten, und »vor lauter Sozialfaschismus den Nationalfaschismus nicht sehen«. Er blieb jedoch bei der generellen Charakterisierung der Sozialdemokratie als sozialfaschistisch. Tatsächlich sei der Sozialfaschismus nichts anderes als »Faschismus in der Tat und Sozialismus in der Phrase«.⁸

Der Hauptkampf der KPD richtete sich – trotz unübersehbarer nationalsozialistischer Wahlerfolge im Jahre 1929/30 – weiterhin gegen die SPD und auf eine Liquidierung der ihr nahestehenden Massenorganisationen. Die ständig proklamierte »antifaschistische Einheitsfront von unten« diente mehr als Vehikel, um die zahlreichen im Arbeitermilieu verwurzelten sozialdemokratischen Anhänger für die KPD zu gewinnen. Die Sozialfaschismuspolemik führte zu einer eingegengten und sich als verhängnisvoll erweisenden antifaschistischen Strategie, in der die Sozialdemokratie keinen Platz haben sollte, weil sie niemals eine zuverlässige Bundesgenossin des gegen den Faschismus kämpfenden Proletariates sein konnte. Der »Antifaschismus« wurde zu einem Kampfbegriff der kommunistischen Bewegung nicht nur gegen faschistische Parteien und Organisationen, sondern auch gegen die Weimarer Republik und die sie tragenden politischen Kräfte.

Die nationalsozialistische Offensive

Seit 1928/29 wurde die KPD mit einer zunehmend gewalttätig operierenden und selbstbewußt auftrumpfenden Nazi-Bewegung konfrontiert. Besorgt informierte im Oktober 1929 Fritz Schulte, ein KPD-Führer aus dem Rheinland, über einen zunehmenden Einbruch der »Nazis« in das proletarische Lager. Es sei nicht gelungen, die Gesamtpartei und die Arbeiterschaft auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus einzustellen. Aus einer ehemaligen Sekte, aus lumpenproletarischen Elementen, aus verkrachten Kleinbür-

6 Ernst Thälmann: Zum XII. Parteitag (8.6.1929), in: Thälmann: Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1956, S. 52.

7 Paul Merker: Der Kampf gegen den Faschismus, in: Die Internationale 13, 1930, S. 264.

8 Hermann Remmele: Schritthalten! Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden? in: Die Internationale 13, 1930, S. 141f.

gern sei eine Massenpartei entstanden. Bei den Massen, die zu den »Nationalfaschisten« stießen, handele es sich nicht um existenzlose Offiziere, sondern um bedrückte kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Elemente, um unklare Beamte und Angestellte wie auch um breite Schichten oft sehr aktiv gestimmter Arbeiter. Diese Massen erreiche der Nationalsozialismus durch geschickte radikale Phrasen, durch eine freche heuchlerische, aber auch sehr geschickte Demagogie, die sich der jeweiligen Situation, dem Ort und der Mentalität der einzufangenden Schichten anpasse. Es seien aktive Elemente in dieser Partei, die in der KPD sehr gut gebraucht werden könnten, wenn es gelänge, sie zu gewinnen. Zu den Aktivisten gehörten Männer, die bis Mitte der zwanziger Jahre Mitglieder der KPD gewesen seien und wegen des ultralinken Kurses von Ruth Fischer ausgetreten seien. Schulte wünschte sich den auch mit Demonstrationen und gewalttätigen Gegenaktionen nicht zu brechenden Fanatismus der Nazis in den eigenen Reihen.⁹

9 Vgl. SAPMO-BArch, RY/II/2/1/74, Bl. 215ff.

Hier wuchs außerhalb des bisherigen sozialdemokratischen Hauptfeindes eine radikale Alternative heran, eine unübersehbare Konkurrenz zum eigenen Einfluß in der Arbeiterschaft. Die Nazis übernahmen bedenkenlos Parolen, Agitations- und Aktionsformen der Kommunisten. Aber noch war in der Komintern und in der KPD-Führung die Meinung verbreitet, das rasche Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung sei nur vorübergehender Natur. Die KPD-Führung verharrte in den alten Erklärungsmustern, verwies auf die Gemeinsamkeiten von Sozialdemokratie und Faschismus und bekräftigte die »Todfeindschaft« gegenüber dem »sozialfaschistischen« wie auch dem »nationalfaschistischen« Lager.

Heinz Neumann reaktivierte im Herbst 1929 die bereits 1924 verbreitete martialische Losung »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!«¹⁰ Mit diesem einprägsamen Schlachtruf war eine inzwischen zur Massenbewegung angewachsene politische Kraft weder zu bekämpfen, geschweige denn zu »zerschmettern«. Diese Attacken festigten die nationalsozialistischen Reihen. Sie wirkten der Verbreiterung des kommunistischen Masseneinflusses entgegen und wurden Anfang Juni 1930 zurückgenommen.

10 Rote Fahne vom 5.11.1929. Ferner Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (im weiteren BLHA), St 22/151, Bl. 67. H. Neumann rief am 28.10.1929 den Antifaschistischen Jungen Garden zu: »Schlagt die Nationalfaschisten, Sozialfaschisten und Stahlhelmhorden, wo ihr sie trefft!«

Die Scheu vor der nationalen Frage

Die nationalistische Propaganda wurde von den Anhängern und Wählern der NSDAP am stärksten honoriert. Mit dem proletarischen Internationalismus, in dessen Mittelpunkt die Verteidigung der Sowjetunion stand, gelang es der KPD nur unzureichend, eine öffentlichkeitswirksame Gegenposition aufzubauen. Zwiespältig waren ihre kompromißlose Ablehnung der Versailler Friedensverträge, die scharfe Zurückweisung des Young-Plans, die Verweigerung jeglicher Reparationszahlungen und die Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Diese Positionen sollten ihr nationales Engagement überzeugend glaubhaft machen. Aber wer vehement gegen Reparationen für den verlorengegangenen Krieg auftrat, den Deutschland mit zu verantworten hatte, konnte sich von analogen Auffassungen rechter Parteien nicht überzeugend abgrenzen. Die Kommunisten bekämpften die kapitalistische Nation, weil sie Ausdruck imperialistischer Klassenherr-

schaft war. Eine wirkliche Nation – frei von Ausbeutung – konnte ihrer Auffassung nach erst nach dem Sturz des Kapitalismus entstehen. Eine Meinungsbildung zu der komplizierten politischen, kulturellen und mentalen nationalen Begrifflichkeit fand in kommunistischen Reihen kaum statt. Die Auseinandersetzungen zur nationalen Frage waren überwiegend Debatten zur Abgrenzung von nationalkommunistischen Auffassungen. Die KPD-Führung hatte deren Protagonisten wiederholt aus der Partei ausgeschlossen.¹¹

Der Hauptfeind stand für die kommunistischen Funktionäre im eigenen Land. Nationales Sinnen und Fühlen lag den meisten fern. Sie betrachteten sich nicht als deutsche Patrioten, sondern als Internationalisten, die gemeinsam mit den anderen kommunistischen Parteien in einer Weltrevolution den Untergang des kapitalistischen Systems besiegeln wollten. Auf den Kurs der Kommunistischen Internationale in Moskau eingeschworen, verstand sich die KPD als eine Sektion der internationalen Arbeiterbewegung. Die strategischen und taktischen Entscheidungsprozesse der deutschen Partei wurden von übergeordneten Interessen der Komintern und zunehmend der KPdSU beeinflusst und überlagert. In der Sowjetunion sahen viele Kommunisten ihr Vaterland, den Beweis für eine Gesellschaft ohne Krisen und ohne Ausbeutung. Ihre Existenz verkörperte zugleich die reale Hoffnung auf einen möglichen revolutionären Umschwung in Deutschland, der dann auf Westeuropa übergreifen könnte.

Ernst Thälmann beklagte auf dem Juliplenium 1930, daß es eine große Scheu in »unseren Reihen« gebe, die nationale Frage aufzuwerfen. Kommunistische Funktionäre befürchteten, als Opportunisten zu gelten, wenn sie gegen ausländische Knechtschaft und für die Freiheit der Nation agitieren sollten. Verunsichert verlangten Mitglieder des Zentralkomitees eine einheitliche Sprachregelung in Form eines Referentenmaterials.¹²

Die Unsicherheit im Umgang mit der nationalen Frage war auch auf theoretische Defizite und daraus resultierende Erkenntnis-schranken zurückzuführen. Eine Theorie des Nationalen ist bei Marx und Engels nicht zu entdecken. Sie waren davon ausgegangen, daß mit der Handelsfreiheit und dem Weltmarkt nationale Besonderheiten und Gegensätze immer mehr zurückgehen und mit der Herrschaft des Proletariats endgültig verschwinden würden. Diese auch von Karl Kautsky tradierte Sicht, Rosa Luxemburgs Distanz zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen¹³, Lenins Verurteilung der deutschen »Sozialchauvinisten« im Ersten Weltkrieg und Stalins vereinfachende Thesen¹⁴ hatten das Denken kommunistischer Funktionäre geprägt. Viele der Linken in der SPD hatten unter Karl Liebknecht dem nationalistischen Massenrausch in den Augusttagen des Jahres 1914 widerstanden. Sie gehörten später zu den Gründern der KPD. Die aus der Kriegsgeneration zur kommunistischen Bewegung stießen, hatten an den Fronten oder in der Heimat erlebt, daß die nationalen Verheißungen sich nicht erfüllten. Der Kommunismus bot den Enttäuschten nach dem Krieg eine neue Perspektive: Die Welt teilt sich nicht in Nationen, sondern in Klassen. Eine Veränderung der sozialen Verhältnisse wird auch eine Befreiung der Arbeiter herbeiführen.

Die Wurzeln nationalistischer Sehnsüchte lagen in Deutschland

11 Siehe Werner Bramke: Die nationale Frage in der Politik der KPD (1929-1933), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im weiteren BzG), 1982, H. 4, S. 499-513. Zum deutschen Nationalkommunismus: Otto-Ernst Schüddekopf: Nationalbolschewismus in Deutschland, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1972; L. Dupeux: Nationalbolschewismus in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, Frankfurt a.M., Olten, Wien 1985; ferner die Schriften von Heinrich Laufenberg: Die Hamburger Revolution, Hamburg 1919, Nachdruck Mainz 1985; Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim: Nation und Arbeiterklasse, Hamburg 1920, Nachdruck Mainz 1985.

12 Vgl. SAPMO-BArch, RY I/2/1/77, Sitzung des ZK der KPD am 16./17.7.1930.

13 Rosa Luxemburg: Die nationale Frage und die Autonomie, Berlin 1909; ferner Junius: Die Krise der Sozialdemokratie, in Rosa Luxemburg, Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 129ff.

14 J. Stalin: Die nationale Frage, in: Fragen des Leninismus, Berlin 1950, S. 62-71.

15 Jürgen Danyel: Alternativen nationalen Denkens vor 1933, in: Der »gegner«-Kreis im Jahre 1932/33. Ein Kapitel aus der Vorgeschichte des Widerstands, Evangelische Akademie Berlin-West; Hans Coppi, Jürgen Danyel (Hrsg.), Berlin 1991.

16 Resolution des Politbüros des ZK der KPD über den Kampf gegen den Faschismus vom 4. Juni 1930, in: Die Rote Fahne vom 15.6.1930.

17 SAPMO-BArch, RY 5/16/10/216, Bl. 193-204. Ferner: SAPMO-BArch, RY 5/16/10/39, Bl. 65. Siehe auch Ossip Pjatnitski: Die Arbeit der KP Frankreichs und Deutschlands, in: Die KI, 13, 1932, Heft 15/16, S. 1178: »Hätte unsere Partei nicht mit Hilfe des EKKI ihr Programm der nationalen und sozialen Befreiung veröffentlicht.«

18 Vgl. Babette Groß: Willy Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1968, S. 224. Ferner: T. Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929-1934, Berlin 1970, S. 42; Adolf Ehrh: Totale Krise – totale Revolution? Die »schwarze Front« des völkischen Nationalismus, Berlin 1933, S. 45; Georg Schwarz: Völker hört die Signale. KPD bankrott, Berlin 1933, S. 201.

19 Der Kampf gegen den Nationalfaschismus in Deutschland, in: Die KI, 1930, Nr. 29/30 v. 13.8. 1930, S. 1597f. Der KPD-Nachrichtendienst orientierte darauf, die im Juli 1930 aus der NSDAP austretenden Mitglieder nicht in die KPD

tiefer, als die Kommunisten es wahrhaben wollten. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg, der Versailler Vertrag und die mit ihm verbundenen Reparationslasten, die Politik der westlichen Siegermächte und schließlich die innenpolitische Situation mit periodisch wiederkehrenden parlamentarischen Ohnmachtsituationen und den Binnenwirkungen der Weltwirtschaftskrise schufen den Boden dafür, daß die nationale Frage in Deutschland, einem Prisma gleich, zum Bündelungspunkt aller wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme wurde.¹⁵ Dieses Thema hatte sich die Rechte weitgehend angenommen. Die »Nation« war zu einem Ding an sich geworden. Die KPD mußte darauf reagieren und einen Weg finden, das Thema aufzunehmen.

Die Programmklärung: Mobilisierung und Zersetzung

Um dem unübersehbaren Aufschwung der NS-Bewegung, der sich sowohl bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg/Schwerin als auch bei den preußischen Gemeinde- und Provincialwahlen fortsetzte, entgegenzuwirken, versuchte die KPD, ab Sommer 1930 ihren »ideologischen Kampf« gegen die NSDAP zu verstärken, deren Themen aufzunehmen und auf diese Weise in ihre, vorwiegend kleinbürgerliche, Gefolgschaft einzudringen. Es wurde darauf orientiert, den Differenzierungs- und Zersetzungsprozeß zu forcieren sowie breitere Schichten von Anhängern, Mitläufern und Wählern von der faschistischen Bewegung loszulösen.¹⁶ Nachdem am 18. Juli 1930 der Reichstag aufgelöst wurde, beschäftigte sich am 21. Juli 1930 die Politische Kommission des Exekutivkomitees der Komintern erstmals mit dem stürmischen Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Die NSDAP war in der bevorstehenden Wahlkampagne zu einem der Hauptkonkurrenten und zu einem der gefährlichsten Feinde geworden. Deshalb sollte die KPD mit einem klaren proletarischen Programm, das einen überzeugenden Ausweg aus der Krise aufzeigen sollte, auftreten. Der vom Mitteleuropäischen Sekretariat der Komintern bereits im April konzipierte Entwurf einer Deklaration für den Kampf gegen die Nationalsozialisten wurde dem ZK der KPD als Anregung für ihre bevorstehende Wahlkampagne übermittelt.¹⁷ Die Programmklärung folgte nach einer mehr stilistischen als inhaltlichen Überarbeitung in den wesentlichen Teilen der übermittelten Deklaration. Damit muß die immer wieder Heinz Neumann zugeschriebene Urheberschaft in Frage gestellt werden.¹⁸

Die eingeleiteten Aktivitäten waren auch eine Reaktion auf den Anfang Juli vollzogenen Schritt Otto Strassers, sich von Hitler und der NSDAP zu trennen. Die KPD wollte den Spaltungsprozeß vertiefen, bekämpfte zugleich die neugebildeten Strasser-Gruppen. Den mit antikapitalistischen und antikommunistischen Parolen operierenden Strasser hielt die Kominternführung in dieser Zeit für weit gefährlicher als die von Hitler betriebene Politik.¹⁹

Ende August 1930 ging die KPD-Führung mit der »Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« in die propagandistische Offensive.²⁰ Dieses später in den Rang eines Programms erhobene Dokument war vorher in keinem Parteigremium beraten worden. Es stellte auch keine strategische

Neuorientierung dar. Der grundlegende antisozialdemokratische Kurs blieb bestehen. Es handelte sich um ein Wahlmanifest, das jedoch eine Ergänzung bzw. eine Richtungsänderung kommunistischer Taktik in Deutschland einleitete.²¹

Die KPD richtete erstmals ihren Hauptstoß eindeutig gegen die NSDAP, auch wenn sie die Verantwortung für den bisherigen Aufschwung der NS-Bewegung vor allem den Sozialdemokraten und den Regierungsparteien anlastete. Außenpolitisch verlangte sie die »Zerreißung« der Versailler Verträge, die Annullierung der Reparationen und aller internationaler Schulden sowie die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen. Der Versailler Friedensvertrag wurde in seiner Gesamtheit abgelehnt, auch die darin festgeschriebenen Grenzen. Man wollte den territorialen Status quo erst nach Zustimmung der dort lebenden »werk tätigen Massen« anerkennen. Der außenpolitischen Erklärung schlossen sich innenpolitische Forderungen an, die auf die antikapitalistische Stimmungslage der nationalsozialistischen Wähler abgestimmt waren und teilweise noch über die Wahlversprechen der NSDAP hinausgingen.

Die Kommunisten warfen den Nationalsozialisten Verrat nationaler Interessen vor. Es gelang jedoch nicht, deren nationalistische und zugleich antikapitalistische Demagogie zu entlarven, eine Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und Rassismus unterblieb völlig. Auf antikapitalistische Scheinargumente wie der »Brechung der Zinsherrschaft« und einer »ständischen Wirtschaftsordnung« wurde nicht eingegangen. Der völkische und reaktionäre Ideengehalt, die rückwärtsgewandten antikapitalistischen Utopien, die Kulturpolitik, der Führerkult, der Volksgemeinschafts-Mythos, die Frauenfeindlichkeit und die undemokratischen Strukturen in der NSDAP wurden nicht aufgegriffen, die Kriegsschuldfrage, die Haltung zu Polen und zu den Ostgrenzen nicht thematisiert. Statt die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses gegen die bedrohlich anwachsende nationalsozialistische Bewegung herauszustellen, appellierte die KPD an »Werk tätige« und »Arbeiter«, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus und der verräterischen Sozialdemokratie zu brechen und eine revolutionäre Millionenfront mit den Kommunisten zum Kampf für die proletarische Diktatur und für ein Sowjetdeutschland zu bilden.²²

Das national gefärbte Wahlprogramm der KPD erregte beträchtliches Aufsehen. In einem kühnen dialektischen Sprung präsentierte sich die Partei des proletarischen Internationalismus nunmehr als Sachwalterin der Nation und deklarierte ihre auf einen revolutionären Umsturz ausgerichtete Politik als nationalen Befreiungskampf. Sie pries sich als einzig wahre Vertreterin der Interessen des deutschen Volkes. Eine soziale Revolution sollte den Ausweg aus der Krise und schließlich auch die nationale Befreiung bringen. Der nationalbetonte Schwenk der KPD mit heftigen Angriffen gegen die Folgen des verlorenen Krieges war so neu nicht. Im November 1923 auf dem Höhepunkt der Inflation hatte sie sich als »Partei der nationalen Rettung« empfohlen.²³ Die patriotische Rückbesinnung war in der kommunistischen Bewegung durchaus umstritten und galt eigentlich mit den Zielen der Weltrevolution als nicht vereinbar.

Mit dem »Freiheitsprogramm« – der zeitgenössischen kommuni-

aufzunehmen, sondern sie zur »Zeretzungsarbeit« zu erziehen. Siehe BA-Berlin-Lichterfelde, St 10/152.

20 Siehe Die Rote Fahne vom 24.8.1930. Ernst Thälmann hatte im Schlußwort auf der ZK-Sitzung am 16.7.1930 davon gesprochen, ein Flugblatt in Form eines Manifestes herauszugeben, um die Frage des Youngplans offensiver zu stellen. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/2/1/77, a.a.O., Bl. 425. Die Komintern beklagte Mitte August, daß die KPD über kein Programm des Auswegs aus der Krise verfüge, in: Die KI, 1930, Nr. 29/30 v. 13.8.1930, S. 1596.

21 Einzelne Funktionäre der KPD bemühten sich in dieser Zeit, den »Sozialfaschismus« stärker vom »eigentlichen Faschismus« abzugrenzen. Hierzu auch Werner Bramke: Das Faschismusbild in der KPD Mitte 1929 bis Anfang 1931, in: BzG, 1986, H. 5., S. 612 ff.

22 Siehe Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin 1964, S. 119-154.

23 Internationale Pressekorrespondenz, Nr. 45 v. 10.11.1923.

24 Werner Bramke: Die Anhängerschaft des Faschismus in den Analysen der SPD und KPD 1929-1933, in: Arbeiterbewegung und Faschismus: Faschismusinterpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung; Helga Grebing u.a. (Hg.), 1990, Essen, S. 258.

25 Theodor Geiger: Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit, 1930, Nr. 10. Neuere Untersuchungen bei Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991.

26 Hermann Remmele: Das Fazit der Septemberwahlen, in: Die Internationale 13, 1930, Heft 18, S. 545ff.

27 Ernst Thälmann: Unser Weg zur Freiheit, in: Die Rote Fahne v. 20.9.1930.

28 Rundschreiben Nr. 12. Anweisungen des Sekretariats vom 18.9.1930, in: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933, H.Weber (Hrsg.), Düsseldorf 1981, S. 204ff.

stischen Umschreibung – versuchte die KPD, sich vor den Septemberwahlen 1930 an den bisher von ihr weitgehend vernachlässigten Mittelstand zu wenden, einen weiteren Einbruch der Nationalsozialisten in das proletarische Milieu zu verhindern, den Zersetzungsprozeß in der NSDAP zu fördern und oppositionelle Kräfte in die eigenen Reihen zu lenken. Der in dem nationalsozialistischen Massenanhang sich artikulierende Mittelschichtenprotest wurde im Sommer 1930 vielfach als fehlgeleitete Linksentwicklung gedeutet.²⁴ Die politisierten und radikalisierten Anhänger der NSDAP würden sich eines Tages enttäuscht der entschiedenem Linken zuwenden. Auch diese Hoffnung trog.

Die angestrebte nationalrevolutionäre Mobilisierung mißlang, auch wenn der neue Kurs für die KPD durchaus erfolgreich war. Fast 1,4 Millionen Wählerinnen und Wähler wurden vor allem aus dem Lager der SPD hinzugewonnen, die Zahl ihrer Reichstagsabgeordneten stieg von 54 auf 77. Der überwältigende Sieger der Septemberwahl 1930 war jedoch die NSDAP: Statt mit 12 konnte sie jetzt mit 107 Abgeordneten in den Reichstag einziehen und die zweitstärkste Fraktion bilden. Mit einer vermeintlichen Synthese von Nationalem und Sozialem war es ihr gelungen, eine über traditionelle soziale und politische Milieus hinauszielende Sprengkraft zu erlangen. Ihre unversöhnliche Protesthaltung zog Millionen Unzufriedener an: Anhänger von Parteien der bürgerlichen Mitte und Teile der Arbeiterschaft. Hier entstand eine klassenübergreifende Integrationspartei neuen Stils. Mit einer an Ausmaß, Organisiertheit und Aggressivität bisher nicht gekannten Massenagitation und Propaganda war es gelungen, besonders viele junge Leute und große Teile des »in Panik geratenen Mittelstandes«²⁵ auch gefühlsmäßig anzusprechen.

Statt einer kritischen und selbstkritischen Analyse dieses erdrutschartigen Wahlerfolges machten kommunistische Funktionäre euphorisch neue Konzentrationspunkte und Hegemonialmächte in der deutschen politischen Landschaft aus: das Proletariat unter Führung der Kommunisten und die Bourgeoisie unter Führung der Faschisten. Die KPD sah sich als einzige revolutionäre antifaschistische Kraft. Mit der schärfsten und rücksichtslosesten Bekämpfung des Faschismus wollte sie zugleich zur Vernichtung des »Sozialfaschismus« übergehen. Noch nie, frohlockte der stellvertretende KPD-Vorsitzende Hermann Remmele, sei die Partei der Erreichung ihres Zieles, der Eroberung der proletarischen Mehrheit, so nahe gewesen wie jetzt.²⁶

Die oppositionellen Kommunisten August Thalheimer und Leo Trotzki verurteilten die Unterschätzung des gewaltigen Wahlsieges der NSDAP. Sie befürchteten katastrophale Folgen für die Arbeiterbewegung. Die KPD-Führung wandte sich gegen jede »Panikmacherei«. Thälmann bezeichnete in seiner Wahlanalyse die NSDAP als ein heterogenes und widersprüchliches Gebilde, das bereits den Keim der Zersetzung in sich trage. Zum Massenanhang der NSDAP gehörten anti-kapitalistisch eingestellte Schichten, die, bereits proletarisiert, als Verbündete für das revolutionäre Proletariat gewonnen werden könnten.²⁷ Die Nazis waren der aktive konterrevolutionäre Kampftrupp, aber die gesamte Bourgeoisie und alle bürgerlichen Parteien, einschließlich die SPD, marschierten in der Lesart der KPD-Führung in beschleunigtem Tempo zum Faschismus.²⁸

KARL DRECHSLER

Prioritäten amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik 1947/48 und die deutsche Frage

In seinem Bericht über die Jalta-Konferenz, den Franklin D. Roosevelt am 1. März 1945, sechs Wochen vor seinem Tod, vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses gab, erklärte er, der Frieden in der Welt könne nicht das Werk *einer* Person, *einer* Partei oder *einer* Nation sein. Es könne nicht ein amerikanischer oder britischer Frieden, ein russischer, französischer oder chinesischer sein. Es müsse ein Frieden sein, der auf den kooperativen Anstrengungen aller beruhe: »Wir müssen die Verantwortung für die Zusammenarbeit der Welt tragen, oder wir werden für einen weiteren Weltkonflikt verantwortlich sein.«¹ Für die Außen- und Sicherheitspolitik hieß das in erster Linie: Fortsetzung der in der Antihitlerkoalition, der *Grand Alliance*, begonnenen und bewährten Kooperation mit der Sowjetunion. Im Gegensatz dazu schrieb der stellvertretende Außenminister (*Under Secretary of State*) der USA Joseph C. Grew am 19. Mai in einem zunächst zur Selbstverständigung, nicht zur Weiterverbreitung gedachten Papier den Satz: »Ein künftiger Krieg mit Sowjet-Rußland ist so sicher, wie nur irgend etwas in dieser Welt sicher sein kann.«² – Zwei Äußerungen, die für unterschiedliche Konzepte, für verschiedene Denkschulen standen, mit gegensätzlichen Varianten für die Nachkriegspolitik des Landes, das als einzige Großmacht ohne Zerstörungen, politisch, militärisch und – im Unterschied zu allen anderen Staaten – *wirtschaftlich* gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen war, international über ein außerordentlich hohes Ansehen verfügte und zur Weltmacht *par excellence* wurde. Mehr als die Hälfte der Weltindustrieproduktion entfiel 1945 und in der ersten Nachkriegszeit auf die USA – etwas Vergleichbares hatte es bis dahin nicht gegeben und sollte es bis heute nicht wieder geben. Neben den Vereinigten Staaten stieg die Sowjetunion in den Rang einer zweiten Weltmacht auf, allerdings primär auf Grund militärischer, nicht wirtschaftlicher Stärke. Sie beanspruchte für sich, *die* Alternative zum Kapitalismus und Zentrum einer weltweiten revolutionären Bewegung zu sein, der die Zukunft gehöre.

Der Präsident – der vier Mal in das Amt gewählte Franklin D. Roosevelt, nach dessen Tod am 12. April 1945 Harry S. Truman – , die Administration, der Kongreß, die Führung der Streitkräfte, die Spitzenvertreter der Wirtschaft, die politische Klasse und die Nation insgesamt standen vor Entscheidungen von ungeheurer Tragweite: Wie sollte die beispiellose Macht des Landes im Innern und nach außen, im Geflecht der internationalen Beziehungen,

Karl Drechsler – Jg. 1932; 1951-1956 Studium der Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Promotion zum Dr. phil.(1962); Dr. sc. phil. (1973) und Professor (1976) am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der ADW 1986-1990. Autor und Ko-Autor, Herausgeber und Mitherausgeber zahlreicher Bücher zur Geschichte der Arbeiterbewegung, des Zweiten Weltkrieges, der internationalen Beziehungen sowie der USA. Veröffentlichung von Aufsätzen in mehr als zehn Ländern.

1 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, Compiled with Special Material and Explanatory Notes by Samuel I. Rosenman, 13 vols., New

York 1938 ff.: 1944-45 vol., New York 1950, S. 579 und 585.

2 Joseph C. Grew:
Turbulent Era: A Diplomatic
Record of Forty Years 1904-
1945, 2 vols.: vol. II, London
1953, S. 1446.

3 Titel eines Buches von
Wendell Willkie, erschienen
1943 in New York.

genutzt werden? In der Schlußphase des Krieges, im Zusammenhang mit der Jalta-, im wesentlichen aber auch noch mit der Potsdamer Konferenz, wurde die von Roosevelt vertretene Variante von namhaften Persönlichkeiten aus Politik und Ökonomie favorisiert. Das Ziel war eine von Verständigung und Kooperation geprägte Nachkriegsordnung mit einer stabilen, florierenden Weltwirtschaft, die den USA mit ihrer allen anderen Staaten weit überlegenen Macht optimale Rahmenbedingungen für die ökonomische Expansion bieten würde. Beträchtliche Teile der politischen Klasse der Vereinigten Staaten gingen zu dieser Zeit noch davon aus, daß nur durch die sicherlich höchst komplizierte und konfliktreiche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion die dafür erforderlichen internationalen Beziehungen geschaffen werden könnten. Diese Variante wurde auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, für die eine Konfrontation mit der UdSSR, ein neuer Krieg oder auch nur die Vorbereitung darauf erst einmal außerhalb aller Vorstellungen lagen. Regierung und Öffentlichkeit in den USA sowie in anderen Ländern der *Grand Alliance* würdigten den sowjetischen Beitrag zum Sieg über Nazideutschland und dessen Verbündete fast euphorisch. Stalin war als »Uncle Joe« zu einer populären Figur geworden, seine Verbrechen der dreißiger Jahre schienen ein für allemal der Vergangenheit anzugehören.

Im kurzen Zeitraum von etwa zwei bis drei Jahren erfolgte eine völlige Neuorientierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik, verbunden mit einem grundlegenden Wandel der öffentlichen Meinung. Aus Wohlwollen gegenüber der zweiten Weltmacht wurde Mißtrauen, aus Mißtrauen Feindschaft. Statt der erhofften friedlichen Nachkriegsordnung einer *One World*³ mit kooperativen Beziehungen auch und vor allem zwischen Moskau und Washington kam es zum Kalten Krieg. Für den Wandel auf amerikanischer Seite war ein Bündel von Ursachen ausschlaggebend, die seit dem Marshall-Plan im Sommer 1947, weniger in der Zeit davor, zum Teil allerdings auch auf sowjetischer Seite wirkten, nur mit anderen Vorzeichen, gewissermaßen spiegelbildlich. Da gab es, an erster Stelle zu nennen, massive Macht- und Interessengegensätze, unterschiedliche Wertvorstellungen und Ideologien, divergierende Auffassungen in fundamentalen Fragen von Menschen- und Bürgerrechten, von Freiheit und Demokratie, von Eigentum und sozialer Gerechtigkeit. All das drängte zu Auseinandersetzungen und Konflikten, die aber wohl nicht zwangsläufig und nicht unausweichlich die extreme Form des Kalten Krieges annehmen mußten. Arthur M. Schlesinger, Jr., einer der führenden Historiker der USA, Berater und Biograph von John F. Kennedy, meinte dazu in einem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geschriebenen Beitrag, vielleicht etwas überspitzt: »Unsere Urenkel werden möglicherweise einmal wissen wollen, worin, um Himmels willen, jene Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, die die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten fast dazu brachten, unseren Planeten in die Luft zu sprengen«, sie werden »sehr wahrscheinlich erstaunt sein über die Ursachen des Kalten Krieges, die vielleicht trivial erscheinen mögen, und den in keinem Verhältnis dazu stehenden Auswirkungen, die das unwiderrufliche Ende der

Geschichte hätten bedeuten können«.⁴ Angesichts der überragenden Stärke der USA zeigte sich bald nach 1945 das, was J. William Fulbright einige Jahre später *the Arrogance of Power*, die Arroganz der Macht, nennen sollte, den Glauben oder Irrglauben, für alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Probleme dieses Planeten eine amerikanische Lösung finden zu müssen, die Welt nach eigenen Leitbildern, Vorstellungen und Wünschen gestalten zu können. Der alleinige Besitz der Atombombe in den ersten Nachkriegsjahren verstärkte diese Hybris. Gekoppelt war das Gefühl einer angeblichen Omnipotenz allerdings häufig auch mit überzogenen, fast panikartigen Reaktionen, wenn Entwicklungen aus dem Ruder zu laufen schienen, so z. B. Anfang 1947, als in Washington ein ökonomischer Kollaps Westeuropas mit nahezu apokalyptischen Folgen befürchtet wurde. Eine nicht zu unterschätzende Rolle beim Übergang der USA zum Kalten Krieg spielte ferner die Revitalisierung alter antikommunistischer und antisowjetischer Klischees, die in den Jahren der Antihitlerkoalition nur zurückgedrängt worden waren. Da gab es aber auch den ehrlichen, verständlichen Wunsch, amerikanische Vorstellungen von *freedom and democracy*, von Gewaltenteilung und Parlamentarismus, von Menschenrechten und Meinungsppluralismus international zu verteidigen und durchzusetzen. So unvollkommen diese Freiheiten und Institutionen auch waren und obwohl sie für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung überhaupt nicht oder nur bedingt galten, sahen viele Amerikaner darin doch zu Recht eine Errungenschaft der Zivilisation, »ein Stück festgeschriebene Fortschrittsgeschichte der Menschheit«, nicht nur »in Brüderlichkeitsphrasen entwickelte Bourgeoisinteressen«, um Begriffe von Hermann Klenner⁵ zu gebrauchen. Gerade die amerikanischen *liberals and radicals*, die vor übermäßiger ökonomischer und politischer Machtkonzentration im eigenen Land warnten, mußten das Fehlen demokratischer Strukturen, unkontrollierte Machtzusammenballung, Machtmißbrauch und eine mögliche Wiederkehr des Terrors der dreißiger Jahre in der Sowjetunion mit besonderer Sorge sehen. Das immer rigorosere Vorgehen Moskaus in den Ländern des sowjetischen Einflußbereichs seit der zweiten Hälfte 1947 bestätigte diese Befürchtungen nicht nur, sondern übertraf sie zum Teil sogar noch. Die Entwicklungen von 1947 und 1948 wurden ferner maßgeblich dadurch bestimmt, daß die beiden Weltmächte sich in ihren Auseinandersetzungen mit Aktionen und Reaktionen gegenseitig immer höher schraubten. Dabei spielten auch *misperceptions*, Mißdeutungen und Fehlinterpretationen sowie mangelndes Verständnis für das Denken und Handeln, für die Befürchtungen und Ängste der anderen Seite eine nicht zu unterschätzende Rolle. So wurde schon vieles von dem sichtbar, was in der Folgezeit den Kalten Krieg prägen sollte. Dazu gehörte mit an erster Stelle das, was Schlesinger in dem schon erwähnten Beitrag *the fallacy of overinterpreting the enemy*, die falsche Überinterpretation des Feindes, nannte.⁶ Die USA – ebenso wie die Sowjetunion – unterstellten der anderen Seite weitgehende aggressive Ziele, die Unfähigkeit zu friedlicher Koexistenz und letztlich das bewußte Streben nach Krieg. Der jeweilige Feind verfügte dieser Meinung

4 Arthur M. Schlesinger Jr.: Some Lessons from the Cold War, in: *Diplomatic History*, vol. 16, no. 1, Winter 1992, S. 51.

5 Hermann Klenner: Menschenrechte zwischen Krieg und Frieden, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1989, Heft 7, S. 588.

6 Schlesinger, S. 51 ff.

nach über einen *master plan*, eine Blaupause der Weltherrschaft, und handelte mit diabolischer Konsequenz, um sein Ziel zu erreichen. Solche Überlegungen wurden für die amerikanische Seite erstmals in einer Denkschrift ausgesprochen, die der Sonderberater Trumans, Clark M. Clifford, diesem im September 1946 vorlegte. Die Hauptgedanken lauteten: Die Führer der Sowjetunion glauben, daß eine friedliche Koexistenz zwischen kommunistischen und kapitalistischen Staaten nicht möglich ist. Den ihrer Ansicht nach unvermeidlichen Konflikt mit den westlichen Demokratien wollen sie nur noch etwas hinausschieben, um ihr Land weiter zu stärken und so auf den *clash* besser vorzubereiten. Die USA müßten stark genug sein, um die Sowjetunion effektiv eindämmen zu können. Sie sollten in der Lage sein, unter bestimmten Umständen einen atomaren und biologischen Krieg zu führen, und davon ausgehen, daß eine Begrenzung atomarer und offensiver Langstreckenwaffen vor allem sie und nicht die Sowjetunion schwächen würde.⁷

Das neue außen- und sicherheitspolitische Konzept von 1947/48 fand seinen Niederschlag in den konkreten Planungen vor allem des Politischen Planungsstabes (*Policy Planning Staff, PPS*) des *State Department*, des Koordinierungskomitees von Außen-, Kriegs- und Marineministerium (*State-War-Navy Coordinating Committee, SWNCC*), der Vereinten Stabschefs (*Joint Chiefs of Staff, JCF*) sowie der *Central Intelligence Agency (CIA)* und des Nationalen Sicherheitsrates (*National Security Council, NSC*), beide am 25. Juli 1947 gegründet. Am 26. September 1947 legte die *CIA* ihren ersten Bericht mit dem Titel »Überblick über die Weltsituation im Hinblick auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten« (*Review of the World Situation as it Relates to the Security of the United States*) vor.⁸ Analoge Berichte wurden von nun an im Abstand von wenigen Wochen den Spitzenvertretern der Administration übergeben. Top-Priorität in der globalen Planung und Politik hatten die Beziehungen zur Sowjetunion. So hieß es: »*Von allen fremden Mächten ist allein die UdSSR in der Lage, die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu bedrohen.*«⁹ Die starken sowjetischen Landstreitkräfte könnten, wie weiter festgestellt wurde, in kurzer Zeit Kontinentaleuropa, den Nahen Osten, den Norden Chinas und Korea überrennen. Da der UdSSR aber die entsprechenden See- und Luftstreitkräfte fehlten, sei sie nicht imstande, einen direkten Angriff auf die USA oder überhaupt größere militärische Operationen außerhalb Europas und Asiens durchzuführen. Deshalb brauche man nicht damit zu rechnen, daß die Moskauer Führung unter den gegebenen Umständen sich für eine offene militärische Aggression entscheiden werde. Zum gleichen Ergebnis kam auch Außenminister George C. Marshall in einer Kabinettsitzung Anfang November 1947: »Ich meine, daß die Gefahr eines Krieges in vielen Kreisen übertrieben wird. Die Sowjetregierung wünscht in absehbarer Zukunft keinen Krieg mit uns, noch erwartet sie einen solchen.«¹⁰ Der schon zitierte Bericht der *CIA* vom 26. September 1947 brachte zum Ausdruck, daß die eigentliche Gefahr für die Vereinigten Staaten nicht in einer sowjetischen Aggression liege, sondern in der Möglichkeit eines ökonomischen Zusammenbruchs von Westeuropa und einer sich daraus ergebenden »Machtübernah-

7 Das Memorandum wurde erst mehr als 20 Jahre später veröffentlicht, in: Arthur Krock: *Memoirs: Sixty Years on the Firing Line*, New York 1968, S. 389 ff., deutsche Übersetzung: *Ich und die Präsidenten. Als Journalist im Weißen Haus*, Gütersloh 1970, S. 269 ff.

8 Veröffentlicht in: *Alternative Concepts of United States Foreign Policy 1943-1947: European and Global Aspects of Postwar Relations with the Soviet Union. Documents, Edited and with an Introduction by Karl Drechsler in Cooperation with Christa Link*, Berlin 1992, S. 221 ff.

9 Ebenda, S. 221 (Hervorhebung von mir – K. D.)

10 National Archives, Washington, D.C. (im folgenden: NA): Department of State, Decimal File 1945-49, Box 3429: *RÉsumÉ of World Situation*, 6. November 1947.

me durch Elemente, die dem Kreml hörig sind«. Unter dem Aspekt ihrer *außen- und sicherheitspolitischen Hauptaufgabe*, die Sowjetunion einzudämmen und das internationale Kräfteverhältnis zu deren Ungunsten zu verändern, müßten die USA die folgenden Prioritäten setzen: 1. Westeuropa, 2. der Nahe und Mittlere Osten, 3. der Ferne Osten.¹¹ Das heißt: die deutsche Frage hatte nicht erste Priorität in der globalen Politik der USA, wie das häufig dargestellt wird, stand allerdings zweifellos auf Platz 1 des übergeordneten Problems Westeuropa. Afrika tauchte in der amerikanischen Prioritätenliste überhaupt noch nicht auf, obwohl das erforderliche Uran für den Bau der Atombomben aus der Provinz Katanga der damals noch belgischen Kolonie Kongo kam. Mittel- und Südamerika wurden als »Hinterhof« der Vereinigten Staaten nicht besonders erwähnt. In einem Papier des SWNCC vom 3. Oktober 1947 hieß es dazu, Lateinamerika sei »kein Krisengebiet im Machtkampf zwischen den USA und der UdSSR«.¹² Einige ergänzende Bemerkungen noch zu den Prioritäten Nr. 2 und 3 der globalen Politik der USA: In prinzipieller Übereinstimmung mit anderen Führungsgremien betonte der NSC am 12. Februar 1948: »Die Sicherheit des östlichen Mittelmeeres und des Nahen Ostens ist lebenswichtig für die Sicherheit der Vereinigten Staaten.«¹³ Diese sei gefährdet, wenn es der Sowjetunion gelänge, Italien, Griechenland, die Türkei oder den Iran unter Kontrolle zu bekommen, was im damaligen offiziellen Sprachgebrauch Washingtons schon ein Sieg linker Kräfte sein konnte. Um einen solchen Fall zu verhindern, müsse die gesamte politische und ökonomische, unter Umständen auch die militärische Macht der USA eingesetzt werden. Das SWNCC stellte in einem Papier vom 3. Oktober 1947 fest, die Länder dieser Region könnten zu einem entscheidenden Faktor der weltweiten Auseinandersetzungen werden: »Mit anderen Worten, unser Kampf gegen die UdSSR kann im Nahen Osten und in Asien verloren werden.« Weiter hieß es, die große Gefahr für die Vereinigten Staaten bestehe darin, daß sie »keine klar umrissene Position zur kolonialen Frage« hätten. Die Sowjetunion dagegen habe »die Sache der nationalistischen Bewegungen mit großem Nachdruck aufgegriffen, indem sie die USA als Helfer der Kolonialmächte abstempelt«.¹⁴ Die 1947/48 erfolgende Neuorientierung der amerikanischen Fernostpolitik – Priorität Nr. 3 – bestand darin, daß nicht mehr China, wie bis dahin angenommen, sondern Japan als wichtigster Verbündeter in dieser Region gelten und aufgebaut werden sollte. In einem Memorandum vom 29. April 1947 stellten die JCS fest, Guomindang-China werde im Fall eines amerikanisch-sowjetischen Konflikts nur dann zu einem wirklichen Verbündeten werden, wenn die USA große Mengen an Waffen, Ausrüstungen und Lebensmitteln liefern würden. Selbst dann bleibe aber zweifelhaft, ob es die amerikanische Kriegführung effektiv unterstützen könne. Eine Kooperation mit Japan dürfte zwar so kurze Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der amerikanischen Bevölkerung sicherlich alles andere als populär sein. Man müsse aber nüchtern davon ausgehen, daß Nippon trotz seiner Niederlage immer noch ein potentiell mächtiges Land sei und nicht für alle Zeiten militärisch machtlos bleiben werde. Nach Meinung der

11 Alternative Concepts, S. 221 f.

12 NA: State Department, Records of Interdepartmental and Intradepartmental Committees (State Department), State – Army – Navy – Air Force Coordinating Committee (SANACC), Box 63, Folder SWNCC 360/3-Sect. 2, Part II, 091.333, Assistance, Foreign Citys.

13 Harry S. Truman Library, Independence, Missouri: Papers of Harry S. Truman, 203 PSF, N.S.C. Meeting No. 6, 2-12-48: The Position of the United States with Respect to Greece.

14 Wie Anmerkung 12: Memorandum: Policies, Procedures and Costs of Assistance by the United States to Foreign Countries.

15 Foreign Relations of the United States (im folgenden: FRUS), 1947, vol. I, Washington 1973, S. 734 ff., 738 ff., deutsch auszugsweise in: Bernd Greiner / Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980, S. 103 ff. (Das Dokument ist vom 29.4.1947, nicht, wie angegeben, vom 9.4.1947).

16 FRUS, 1948, vol. I/2, Washington 1976, S. 510 ff.: Memorandum: Review of Current Trends U.S. Foreign Policy.

17 Alternative Concepts, S. 174.

18 FRUS, 1946, vol. V, Washington 1969, S. 519.

19 Ebenda, S. 536.

Stabschefs sollte man in Japan die einzige Nation sehen, »die eine große Streitmacht unserer ideologischen Gegner im Fernen Osten binden könne, während die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten im Westen eine größere Offensive starten«. Aus diesem Grund müßten die USA Japan mit allen Mitteln unterstützen und es in die Lage versetzen, seine *Volkswirtschaft* und sein *militärisches Potential* wiederaufzubauen.¹⁵ Es sind dies im Prinzip die gleichen Argumente, die damals auch für die Neuorientierung der amerikanischen Deutschlandpolitik angeführt wurden. Der PPS des Außenministeriums riet am 24. Februar 1948, nur mit Einschränkung von einer führenden Rolle der Vereinigten Staaten im Fernen Osten zu sprechen. Die Länder dieser Region befänden sich in einem historischen Umbruch. Es sei durchaus möglich, »daß im Verlauf dieses Prozesses viele Völker für unterschiedliche Zeiten unter den Einfluß Moskaus geraten, dessen Ideologie eine größere Anziehungskraft auf solche Völker ausübt«. Der Planungsstab empfahl, Japan und die Philippinen zu den Ecksteinen eines pazifischen Sicherheitssystems der Vereinigten Staaten zu machen.¹⁶

Aus dem allmählichen Übergang von der Kooperation mit der Sowjetunion zur Konfrontation ergaben sich 1946 neue Akzente auch in der amerikanischen Deutschlandpolitik. Der Leiter der *Division of Central European Affairs* des *State Department* James W. Riddleberger forderte am 28. März eine »Revision unserer politischen Grundsatzpapiere für Deutschland«. ¹⁷ Ausgangspunkt dieser Überlegungen war, mindestens partiell, eine Fehlinterpretation sowjetischer Ambitionen. Maßgebliche Vertreter der amerikanischen Führungskreise glaubten, das unmittelbare Ziel der UdSSR bestehe darin, ganz Deutschland in ihren Macht- und Einflußbereich einzubeziehen, was so nicht zutraf. Daraus leiteten sie die vermeintliche Alternative ab, entweder ganz Deutschland an die Sowjetunion zu verlieren oder Vorbereitungen für die Spaltung des Landes zu treffen. George F. Kennan, der letztere Auffassung schon im Januar 1945 vertreten hatte, schrieb am 6. März 1946 an Außenminister James F. Byrnes, die amerikanische Politik habe zwischen den zwei Möglichkeiten zu wählen, »das verbliebene Deutschland nominal geeint, aber außerordentlich anfällig für sowjetische politische Durchdringung und sowjetischen Einfluß zu lassen«, oder »sich um die Rettung der westlichen Zonen Deutschlands zu bemühen, indem man sie gegen eine östliche Durchdringung abschließt und sie statt in ein geeintes Deutschland in die westeuropäische Region integriert«. ¹⁸ Ähnlich äußerte sich auch der amerikanische Botschafter in Moskau Walter Bedell Smith am 2. April und riet seinem Außenminister, »unser unmittelbares Ziel sollte die Integration der westlichen Zonen Deutschlands in eine auf Westeuropa und die westliche Demokratie orientierte politische Einheit sein«. ¹⁹ Dieses Konzept wurde schließlich Realität, was allerdings noch mehr als drei Jahre dauerte.

Noch gab es viele Bedenken gegen dieses Vorgehen. So legte ein vom *State Department* gebildetes *Committee on Policy Toward Germany*, dem u. a. der schon erwähnte Riddleberger und der bekannte liberale Ökonom John Kenneth Galbraith – unter John F. Kennedy Botschafter in Indien – angehörten, am 13. Sep-

tember 1946 ein Memorandum vor, in dem es hieß, ein neutrales, wirksam entwaffnetes Deutschland gehöre zu den unveränderlichen Zielen amerikanischer Politik. Die Autoren hielten eine Spaltung für unvereinbar mit der ökonomischen Wiederbelebung Deutschlands und dem Beitrag, den es zur ökonomischen Wiederbelebung Europas leisten könne.²⁰ Noch betrachtete man zentrale Verwaltungsbehörden in Deutschland als dringend und notwendig. Die USA müßten sich allerdings jedem sowjetischem Versuch widersetzen, so Riddleberger am 28. März 1946, »die zentrale Maschinerie zu beherrschen«. Zentrale Behörden seien deshalb so aufzubauen, »daß sie schließlich auch in den westlichen Zonen allein genutzt werden können, wenn sich herausstellt, daß die Viermächte-Kooperation bei der Besetzung Deutschlands zusammengebrochen ist«.²¹ Noch wies man den Gedanken zurück, so David Harris, der Stellvertreter Riddlebergers, am 26. März 1946, »die Militärmacht Deutschlands als Gegengewicht gegen Rußland wiederaufzubauen«. Noch wurde ein einheitliches kapitalistisches Deutschland, assimiliert als ein gleicher Partner in einer konstruktiven Weltgesellschaft als die beste der möglichen Varianten angesehen. Die Spaltung Deutschlands sollte erst betrieben werden, wenn alle Hoffnungen auf eine andere Lösung erschöpft seien. Noch hatte man große Furcht vor den Folgen einer Spaltung Deutschlands. Wie Harris betonte, werde diejenige Besatzungsmacht, die sich für die nationale Einheit engagiere, zweifellos den größten Einfluß in Deutschland bekommen, oder, anders formuliert: »wenn die Bevölkerung Westdeutschlands davon überzeugt würde, daß der Kommunismus das bessere Mittel zur Einheit ist, dann würde die Mehrheit kommunistisch werden«. Daraus ergab sich dann die große Frage, ob ein »anständiger Lebensstandard und die Furcht vor dem Kommunismus die Deutschen des Westens dazu bringen kann, ihre Vorkriegshingabe an die nationale Einheit preiszugeben und die Teilung zu akzeptieren«.²²

Die schrittweise Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und der beginnende Kalte Krieg in den Jahren 1947 und 1948 bewirkten in Washington ein neues Herangehen auch an die Deutschlandpolitik. Die Chancen, daß es doch noch ein Arrangement zwischen den beiden Weltmächten geben könnte, wurden immer geringer. Durch die *Containment*-Politik gegenüber der UdSSR mit ihren Prioritäten Westeuropa, Naher und Mittlerer Osten, Ferner Osten erhielten die westlichen Besatzungszonen Deutschlands einen veränderten Stellenwert. In dem bereits zitierten Memorandum der *Joint Chiefs of Staff* vom 29. April 1947 hieß es, Deutschland sei die »potentiell stärkste Militärmacht« Westeuropas. »Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. Mit einem wiedererstarkten Deutschland, das auf der Seite der westlichen Alliierten kämpft, wäre das möglich.«²³ Der *Policy Planning Staff* des *State Department* führte diese Überlegungen in einem Memorandum vom 24. Februar 1948 weiter und versuchte, darüber Klarheit zu gewinnen, wie die angestrebte poli-

20 Alternative Concepts, S. 190 ff.

21 Ebenda, S. 173.

22 Memorandum »Future Policy toward Germany« von Harris für Riddleberger, 26. März 1946, in: *Alternative Concepts*, S. 164 ff., siehe auch S. 180 ff.: weitere Ausarbeitungen von Harris vom 20. April und 1. Mai 1946.

23 Greiner / Steinhaus, S. 104.

24 FRUS, 1948, vol. I/2, S. 510 ff.

25 Alternative Concepts, S. 224 (Hervorhebung von mir – K. D.).

26 Ebenda, S. 231.

27 George F. Kennan: Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925-1950, Stuttgart 1968, S. 496 f. (Aus dem Am.).

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

tische, wirtschaftliche und militärische Union Westeuropas aussehn müsse und welche Rolle die westlichen Besatzungszonen Deutschlands dabei spielen sollten.²⁴ Zum Neuen der Jahre 1947 und 1948 gehörte schließlich die Überzeugung, daß viele der Bedenken, die man 1946 im Hinblick auf einen westdeutschen Teilstaat noch hatte, an Bedeutung verloren. So stellte die CIA in ihrem Bericht über die Weltsituation vom 26. September 1947 fest, in Deutschland habe sich die akute wirtschaftliche Notlage durch die fortbestehende Teilung und die Unsicherheiten über den künftigen Status des Landes zwar verschärft: »Trotzdem erweist sich Westdeutschland resistenter gegenüber kommunistischer Durchdringung als Frankreich und Italien.«²⁵ Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands, besonders des Ruhrgebietes, sei lebenswichtig für die allgemeine Gesundheit Europas, wobei, wie auch in vielen anderen Äußerungen, unter Deutschland jetzt nur noch Westdeutschland und unter Europa nur noch Westeuropa verstanden wurde. So ganz gegenstandslos schien die Befürchtung, man könne sich selbst ungewollt in die Ecke des »Spalters« manövrieren, aber immer noch nicht zu sein. In ihrem Bericht zur Weltsituation vom 14. November 1947 wies die CIA darauf hin, daß die Sowjetunion möglicherweise einen generellen Truppenabzug aus Deutschland (und aus Korea) vorschlagen könnte. Mit Sorge wurde registriert, daß eine Ablehnung durch die USA wahrscheinlich negative Reaktionen in der deutschen Bevölkerung hervorrufen würde, deren Gefühl für die Einheit traditionell stark sei.²⁶

George F. Kennan hatte während seiner Tätigkeit an der Botschaft der USA in Moskau und später als Leiter des *Policy Planning Staff* im *State Department* wesentlich zur Neuorientierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik 1947/48 beigetragen. Gerade ihm kamen aber früher als anderen Zweifel, ob der eingeschlagene Weg richtig sei. Als er im Sommer 1950 vorübergehend aus dem diplomatischen Dienst ausschied, versuchte er, für sich Klarheit über »das amtliche Denken Washingtons« zu gewinnen, wie er es nannte. Sein sarkastisches Urteil: »Die Regierung ist ganz einfach in einem Stadium angelangt, in dem sie Abneigung spürt, sich in der Psychologie unserer Gegner um feinere Unterschiede zu kümmern, weil Spekulationen dieser Art zu unzuverlässig, zu relativ und zu subtil sind, um von Leuten ertragen zu werden, denen die schwere Verantwortung obliegt, Entscheidungen zu treffen, die Krieg oder Frieden bedeuten können.« In solchen Zeiten sei es leichter, den Versuch aufzugeben, Denkprozesse des Gegners zu analysieren. Es erscheine sicherer, »ihm im Zweifelsfall unterschiedslos jeden aggressiven Plan zu unterstellen, selbst wenn sich einige davon gegenseitig ausschließen sollten.«²⁷ – Ähnliches muß allerdings wohl auch über Stalin und die sowjetische Führung des Jahres 1950 gesagt werden.

Anhang

»Zusammenfassung

1. Unter den ausländischen Mächten ist allein die UdSSR in der Lage, die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu bedrohen.
2. Die UdSSR ist gegenwärtig zu einer militärischen Aggression außer-

halb Europas und Asiens unfähig, aber sie ist in der Lage, den größten Teil Kontinentaleuropas, des Nahen Ostens, Nordchinas und Koreas zu überrennen.

3. Es ist unwahrscheinlich, daß die UdSSR unter den gegenwärtigen Bedingungen eine militärische Aggression durchführt. Ihre Politik ist es, einen Krieg zu vermeiden, ihr Kriegspotential aufzubauen und ihren Einfluß und ihre Kontrolle mit politischen, ökonomischen und psychologischen Methoden auszudehnen. Damit betreibt sie bewußt politische, ökonomische und psychologische Kriegführung gegen die Vereinigten Staaten.

4. Die größte Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten ist die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs von Westeuropa und die daraus resultierende Machtübernahme durch kommunistische Elemente.

5. Die Stabilisierung und Gesundung Europas und Asiens wären geeignet, das Kräftegleichgewicht wiederherzustellen und damit die UdSSR in Schranken zu halten.

6. Unter dem Gesichtspunkt, die UdSSR einzudämmen und schließlich das Kräftegleichgewicht wiederherzustellen, gelten für die größeren Regionen Europas und Asiens die Prioritäten:

a) Westeuropa;

b) der Nahe und Mittlere Osten (aber innerhalb der Region ist die Situation in Griechenland von großer Bedeutung und höchster Dringlichkeit, während die Situation im Hinblick auf Palästina außerordentlich gefährlich ist);

c) der Ferne Osten (aber innerhalb der Region ist Japan das einzige Gebiet von Bedeutung, das sich relativ früh zu einem Machtzentrum, als Gegengewicht zum sowjetischen Fernen Osten, entwickeln kann).«

Aus dem Bericht Nr. 1 der CIA »Überblick über die Weltsituation im Hinblick auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten«, 26. September 1947, in: *Alternative Concepts of United States Foreign Policy 1943-1947: European and Global Aspects of Postwar Relations with the Soviet Union. Documents, Edited and with an Introduction by Karl Drechsler in Cooperation with Christa Link, Berlin 1992, S. 221 ff.*

STEFAN DOERNBERG

Zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion

Die vier Besatzungsmächte hatten maßgeblichen Anteil an der gesamten deutschen Entwicklung nach 1945. Entscheidungen bedurften stets ihrer Zustimmung. Hauptlinien der Politik, aller Reformen wurden immer auch von ihnen oder zumindest ihren Interessen initiiert. In dieser Hinsicht unterschied sich die sowjetische Deutschlandpolitik nicht von der Frankreichs, Großbritanniens wie der USA. Aber sie räumte der Wiedergutmachung für die Kriegsschäden, damit Reparationen erklärtermaßen ein höheres Gewicht zu, auch der Beseitigung der sozialökonomischen Wurzeln des deutschen Faschismus und dessen Aggressionskrieges.

Und sie setzte auf andere deutsche Helfer, Funktionsträger bzw. Eliten. Sie orientierte sich somit primär ebenfalls an den eigenen Interessen, kann aber nicht isoliert betrachtet werden. Sie stand stets im engen Wechselverhältnis zur Politik der anderen Besatzungsmächte.

Genannt seien einige wesentliche Kernpunkte.

Erstens: Detaillierte und umfassende konzeptionelle Vorstellungen für die künftige Deutschlandpolitik gab es in der UdSSR bis 1945 nicht. Eigene Erinnerungen wie Gespräche mit führenden Vertretern der SMAD wurden jetzt durch Veröffentlichungen aus dem Moskauer Außenministerium bestätigt. Kommissionen wurden nur zu Vorschlägen der Kapitulationsurkunde und Demarkationslinien wie Grundsätzen der Reparationspolitik gebildet. In den USA wie in Großbritannien dagegen gab es weitaus mehr Vorarbeit bis hin zur Formulierung zahlreicher Gesetze, die bereits im Frühjahr 1945 verkündet wurden.

Zweitens: Erste Amtshandlung der im Juni 1945 gebildeten Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) war die Genehmigung der Tätigkeit von demokratischen Parteien und Gewerkschaften, dann die Bildung von Landes- bzw. Provinzialverwaltungen mit drei Sozialdemokraten und drei bürgerlichen Politikern an der Spitze. Die SMAD ergriff auch dringliche Maßnahmen, um Seuchen, wirtschaftliches Chaos und Hungerunruhen zu verhindern. Damals hatte niemand erwartet, daß eben diese Aktivitäten vorrangig von sowjetischer Seite erfolgten. Obwohl in der Bevölkerung antisowjetische Vorurteile und Stimmungen weiter vorherrschten, stieg das Ansehen der SMAD trotz der Übergriffe von Soldaten als einer insgesamt doch humanen Okkupationsmacht an.

Stefan Doernberg – Jg. 1924,
Prof. Dr., Historiker, Berlin.

Beitrag auf der Konferenz
»1947/48: Internationale
und deutsche Politik am
Scheideweg« am 13. und
14. Juni 1998 in Berlin.

Drittens: Höheren Stellenwert hatten in der Deutschlandpolitik der UdSSR trotzdem Reparationsansprüche wie Maßnahmen zu ihrer strikten Durchsetzung. Zunächst hauptsächlich in der Form von Demontagen unterschiedlicher Ausrüstungen und Werte. Ihre Verantwortung lag bei speziellen Organen, die unmittelbar der Regierung in Moskau, zunächst G. Malenkov als Mitglied des Staatlichen Verteidigungsausschusses unterstellt waren.

Ihr Umfang war gewaltig, obwohl für den Wiederaufbau in der UdSSR geringer als erwartet. Sie selbst, noch mehr Methoden ihrer rigorosen Durchführung hatten zudem negative Auswirkungen auf die sowjetische Deutschlandpolitik insgesamt. Erst in der zweiten Hälfte 1946, auch mit der Bildung von SAG-Betrieben, trat eine gewisse Ordnung ein. Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion, worauf die USA und auch Frankreich und Großbritannien weitgehend verzichteten, blieben eine Belastung, so gerechtfertigt sie auch waren.

Viertens: Neben dem Primat der Reparationspolitik stand die Ausmerzung der Wurzeln von Faschismus und Militarismus im Mittelpunkt der Deutschlandpolitik der UdSSR. Deutschland sollte auf Dauer gesehen keine Gefahr für den europäischen Frieden und die Sicherheitsinteressen der UdSSR darstellen. Dabei wurde den sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus eine insgesamt höhere Bedeutung zugemessen als den rein ideologischen oder auch den machstrukturellen. Nach sowjetischer Interpretation entsprach das auch den auf dem Potsdamer Gipfeltreffen 1945 getroffenen Vereinbarungen.

Die SMAD initiierte auch viele weitere Maßnahmen zu einer vielschichtigen Entnazifizierung – im Verwaltungsapparat, in der Justiz, im Bildungswesen – wie zur Proklamierung eines antifaschistischen Ideenguts in Presse, Rundfunk und durch verlegerische Tätigkeit. Nicht zu übersehen die Förderung einer antifaschistischen und auf die Traditionen der humanistischen Klassik orientierten Kunst und Kultur, so im Film und Theater. Alle diese tiefgreifenden Umwälzungen fanden verständlicherweise nicht nur Zustimmung. Das konnte auch nicht anders sein. Von recht vielen Menschen war ja 1945 als Zusammenbruch eigener Visionen, als Ursache der nationalen Katastrophe, weniger als Folge der faschistischen Aggressionspolitik aufgefaßt worden. Hinzu kam der tief verwurzelte Antikommunismus, an den mehr und mehr von vielen westlichen wie auch deutschen Politikern angeknüpft wurde.

Alle Reformen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erfolgten zwar mit ausdrücklicher Billigung, nicht wenige auch auf direkte Initiative der SMAD. Sie wurden jedoch nicht durch deren Befehle, sondern durch Gesetze deutscher Landtage oder Verwaltungen verwirklicht. Abgedeckt waren sie durch den Volkentscheid in Sachsen, Beschlüsse des Blocks der demokratischen Parteien wie basisdemokratische Aktivitäten.

Fünftens: Bestandteil der sowjetischen Deutschlandpolitik war auch das Wirken der Organe des Innenministeriums der UdSSR, das eigene Dienststellen sowie Internierungslager errichtete, eine

spezifische Gerichtstätigkeit entwickelte und dies alles als Maßnahmen gegen nazistische Verbrechen oder besatzungsfeindliche Umtriebe deklarierte. Von der deutschen Öffentlichkeit wurde dies weitgehend auch so aufgefaßt, also als eine nicht vermeidbare Folge des Krieges, um so mehr, weil sich Kenntnisse über die furchtbaren Verbrechen der faschistischen Aggressoren in der UdSSR und in anderen Ländern immer mehr durchsetzten. Die von den sowjetischen Behörden angewandten Methoden sowie die Bedingungen in den Lagern waren weniger bekannt. Auch nicht bei den Mitarbeitern der SMAD, die auf die Tätigkeit der unmittelbar den entsprechenden Behörden in Moskau unterstehenden Organe keinen Einfluß hatten. Aber auch diese Sphäre darf aus der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht ausgeklammert werden. Heute wissen wir mehr über Ausmaß und Bedingungen der Repressionen, wenn auch oftmals Halbwahrheiten und sensationell gefärbte Entstellungen ein Geschichtsbild vortäuschen wollen, was die Bedingungen nach 1945 und die Zusammenhänge mit der Entnazifizierung bewußt übertünchen soll. Das ändert nichts an der Notwendigkeit, diese Seite der sowjetischen Politik kritisch aufzuarbeiten. Vor allem die willkürliche Ausdehnung des Begriffs »besatzungsfeindliche Tätigkeit« war verwerflich, Praktiken des Stalinismus systemimmanent. Aber die Repressionen waren nicht das Kernstück der Deutschlandpolitik der UdSSR.

Sechstens: Die UdSSR setzte sich seit Kriegsende uneingeschränkt für die Wahrung der staatlichen Einheit Deutschlands ein. Die konkreten Vorschläge, die vor allem auf den Konferenzen der vier Außenminister unterbreitet wurden, sind bekannt. Auch in dieser Frage ging die UdSSR primär von ihrer eigenen Interessenlage aus. Sie wollte einen nachhaltigen Einfluß auf die Nachkriegsentwicklung ganz Deutschlands ausüben. Schon zur Sicherung ihrer Reparationsansprüche, aber auch zunehmend, damit sich der politische und wirtschaftliche Einfluß der USA in ganz Europa nicht weiter erhöhe. Dagegen versprach sie sich, ihren eigenen Einfluß auf die europäischen Angelegenheiten zu verstärken, wohl wissend, daß sie dann in ihrer Besatzungszone nicht mehr allein bestimmen könnte. Den sowjetischen Vorschlägen für einen baldigen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, der von einer gesamtdeutschen Regierung unterzeichnet werden sollte, sowie für einen schnellen Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland lagen sowjetische Interessen zugrunde. In früheren Darstellungen wurde oftmals darauf hingewiesen, daß sich die sowjetische Deutschlandpolitik in dieser Frage stark an den nationalen Belangen und Interessen des deutschen Volkes orientierte. Objektiv entsprach sie diesen durchaus.

Die Motive und angestrebten Ziele sind aber anders zu benennen. Damit möchte ich auch frühere Wertungen von mir korrigieren.

Siebtens: Die gewandelte internationale Konstellation führte 1947 zu beträchtlichen Änderungen in der Deutschlandpolitik der UdSSR. Zudem waren die Demontagen abgeschlossen, auch die wichtigsten antifaschistisch-demokratischen Reformen. Noch nach-

haltiger war der Beginn des Kalten Krieges. An die Stelle des Widerspruchs zwischen den freiheitliebenden Völkern wie den Staaten der Anti-Hitler-Koalition und dem faschistischen Imperialismus mit seinen Welteroberungs- und Genozidplänen war der Widerspruch zwischen den zwei Gesellschaftssystemen, primär ihren Führungsmächten, den USA und der UdSSR, getreten. Unmittelbar nach 1945 hatten sich beide Staaten mehr damit begnügt, die mit dem Krieg errungenen Machtpositionen, ob politische, wirtschaftliche oder militärische, weiter zu stabilisieren. Jetzt ging es ihnen aber darum, den neuen Hauptgegner aus seinen Einflusssphären zu verdrängen.

Bei dem amerikanischen Außenpolitiker John Foster Dulles findet man die klare Zielsetzung, perspektivisch »Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens« zu ziehen. Als Ziel wollten die USA eine »vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert.« Sehr deutliche Worte, publiziert 1950.

Die Sowjetunion bezog eine diametral entgegengesetzte Position, obwohl sie nicht die völlig absurde Zielstellung einschloß, Westdeutschland in den eigenen Machtbereich zu ziehen. Doch zu ihr gehörte die Absicht, die Westmächte aus Berlin zu verdrängen. Begründet wurde die Rechtmäßigkeit damit, daß die Westmächte ihre Streitkräfte in Berlin deshalb stationieren durften, weil die ehemalige Reichshauptstadt als Sitz des Alliierten Kontrollrats mit dem Ziel einer gemeinsam abgestimmten Verwaltung Deutschlands ausersehen war, die Westmächte aber durch einseitige Handlungen, über die sie gegenüber dem Kontrollrat keine Rechenschaft ablegen wollten, ihre Rechte in Berlin verwirkt hätten. Recht ultimatativ versuchte die UdSSR, die neue Position durchzusetzen.

Am 20. März 1948 hatte die sowjetische Delegation die Sitzung des Alliierten Kontrollrats verlassen, da die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs eine Information über die Londoner Empfehlungen ablehnten, welche Vorbereitungen für die Bildung eines westdeutschen Staates vorsahen. Seitdem hatte es keine Tagung des Kontrollrats mehr gegeben.

Achtens: Die Sowjetunion war nicht der hauptsächliche Verursacher des Kalten Krieges, auch nicht seiner Zuspitzungen. Sie hatte ein objektives Interesse an einer friedlichen Koexistenz der beiden Weltsysteme, insbesondere zwischen der UdSSR und den USA. Ihre Vorschläge zur Verminderung der Spannungen, zur Aufrechterhaltung gedeihlicher Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und Verhinderung eines atomaren Wettrüstens waren keine propagandistischen Manöver. Aber sie wurden auch für die Disziplinierung der osteuropäischen Staaten wie der Sympathisanten in der entstehenden Friedensbewegung genutzt.

Auch der 1949 unterbreitete Vorschlag für den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates hätte zunehmender Blockkonfrontation entgegen gewirkt. Es lag aber nicht im Interesse der USA, den Vorschlag

überhaupt einer Prüfung zu unterziehen und eine Kompromißmöglichkeit nur auszuloten. Die UdSSR aber tat ihrerseits bewußt zu wenig, um eben einem Kompromiß den Weg zu ebnet. Dahinter steckten imperiale Ambitionen, auch die perverse Absicht, das Feindbild für die Rechtfertigung des innenpolitischen Kurses mit dessen Bruch das Vermächtnis der Oktoberrevolution zu mißbrauchen. Man kann auch von einer Absicht sprechen, mit Friedenspropaganda andere Erscheinungen im Wettstreit der zwei Systeme zu überdecken. Es gab damals die Auffassung, daß auch der Kalte Krieg letztlich der UdSSR dienlicher sein würde als den USA. Er nutze dem Kampf gegen den Imperialismus. Das durchdrang dann die außenpolitische Propaganda der UdSSR. Auch die Erklärungen kommunistischer Politiker wie Togliatti und Thorez, daß die Linken im Falle eines Krieges an der Seite der UdSSR gegen die USA-Aggressoren kämpfen würden. All das hatte 1949 positive, friedensfördernde Wirkungen, war aber schon damals wie später falsch. Es gehörte zu den verderblichen Deformationen des Sozialismus, seines gesamten Ideenguts.

Neuntens: Besonders deutlich zeigte sich dies in der Berlin-Krise 1948/49. (Der Begriff einer Berlin-Blockade ist zumindest ungenau, wenn nicht tendenziös. Es ging auch nie um einen Angriff der Sowjetunion auf die Freiheit der Berliner, dem sich die USA, Großbritannien und Frankreich als »Schutzmächte« entgegenstellten.) Die Berlin-Krise wurde eindeutig von der aktiv betriebenen Spaltung Deutschlands als unmittelbare Auswirkung des Kalten Krieges und speziell durch die separate Währungsreform, deren Ausdehnung auf die Westsektoren Berlins mit den für den ganzen Osten verbundenen Auswirkungen ausgelöst. Die USA hatten Gegenmaßnahmen der UdSSR eingeplant, wenn nicht sogar provoziert. Das ändert nichts an deren Verwerflichkeit, ganz besonders auch praktizierter Methoden – bis zum Einsatz von Bahnpolizei gegen Streikende und anderen Gewaltanwendungen mit Todesopfern.

Nach der Ausdehnung der Währungsreform in den Westzonen auf Westberlin ordnete die UdSSR die Sperrung aller Transporte zwischen den Westzonen und Berlin an. Sie erklärte zugleich ihre Bereitschaft, ganz Berlin mit Lebensmitteln zu versorgen, traf auch entsprechende Maßnahmen. Damit sollte ein drohendes Finanzchaos im Osten Deutschlands verhindert werden. Das eigentliche Ziel war die Verdrängung der Westmächte aus Berlin.

Kompromißbereitschaft bot sich zuerst auf keiner Seite an. Dann kam es aber zu Verhandlungen in Moskau zwischen Stalin und den Botschaftern der drei Westmächte. Sie endeten am 30. August mit der Vereinbarung, daß in ganz Berlin nur die Ostmark gültig sein sollte und beiderseitig die Transporte unbehindert erfolgen würden. Ausführungsbestimmungen sollten in kurzer Zeit gemeinsam von den Besatzungsbehörden der vier Mächte direkt in Berlin getroffen und von ihnen in Kraft gesetzt werden.

Dazu kam es aber nicht. Inzwischen hatte sich die Luftbrücke bewährt: sowohl als technische Pionierleistung für den Transport von gewaltigen Mengen an Lebensmitteln, aber auch anderen, darunter sperrigen Gütern, als Neuheit in der Militärtechnik, auch als profi-

tables Geschäft sowie letztlich als Instrument des Kalten Krieges, einer weiteren Forcierung der geplanten NATO-Bildung. Nicht zuletzt bewährte sich die Luftbrücke für die weitere Anheizung des Antisowjetismus und Antikommunismus, wobei man in Deutschland an noch lebendige Traditionen aus der NS-Zeit anknüpfen konnte. Die unbewegliche, von imperialen, d.h. nichtsozialistischen Werten geprägte Haltung der UdSSR, die von der SED-Führung unterstützt wurde, trug zweifellos zur weiteren Zuspitzung des Kalten Krieges bei.

Erst im Frühjahr 1949 kam es zu einer gewissen Entspannung. Blockademaßnahmen wurden aufgehoben. Es blieb aber bei der Gültigkeit der Westmark für die Berliner Westsektoren, der faktischen Spaltung Berlins. Doch die Regierungen der vier Mächte einigten sich auf die Einberufung einer neuen Tagung der Außenminister, um Möglichkeiten einer Friedensregelung und der Bewahrung oder Wiederherstellung der deutschen Einheit zu beraten. Die schon weit fortgeschrittene Konstituierung eines westdeutschen Staates sollte zunächst ausgesetzt werden.

Das letztere blieb aber ein Lippenbekenntnis. Die Bestätigung des Besatzungsstatuts wie auch des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 war eine eindeutige Sprache. Von der jetzt unmittelbar bevorstehenden Spaltung Deutschlands versprachen sich die USA und ihre Bundesgenossen, Politiker der CDU wie auch der SPD weitergehende Pläne einer ihnen genehmen Gestaltung der europäischen Zukunft. Damit will ich die UdSSR durchaus nicht von ihrer Verantwortung für die Weichenstellung 1948/49 freisprechen.

Dennoch möchte ich die schon vielfach aufgestellte und bewiesene These unterstützen: die DDR war nicht das Wunschziel der UdSSR, die auch nach 1949 für ein wiedervereinigtes Deutschland eintrat, so lange zumindest bestimmte Aussichten dafür bestanden. Natürlich wollte sie nicht einen Anschluß an die BRD oder eine komplette Übernahme der politischen wie ökonomischen und anderen Strukturen und Grundlagen der kapitalistischen Bundesrepublik, schon gar nicht eine deutsche Einbindung in die gegen die UdSSR gerichtete NATO.

Zehntens: Damit komme ich aber zu einer Kernfrage. Betrieb die UdSSR eine Politik der »Sowjetisierung«? Versteht man darunter, ob es etwas ähnliches gab wie eine »Amerikanisierung«, z.B. im geistig-kulturellen Bereich, in der Übertragung von Werten und Erfahrungen auf das Leben in den Westzonen, so dürfte der Begriff nicht anfechtbar sein. Höchstens mit dem Unterschied, daß sich die »Amerikanisierung« aus verschiedenen Gründen als nachhaltiger erwies. Die Zielsetzung einer Einführung des sowjetischen Gesellschaftsmodells in Deutschland oder nur in der sowjetischen Zone gab es aber zu keinem Zeitpunkt. Nicht nur als Ausdruck einer nicht zu leugnenden Realpolitik sondern auch deshalb, weil die UdSSR internationale Rahmenbedingungen mehr respektierte als die deutschen Politiker selbst. Sie tat zwar durch viele Fehlentscheidungen, vor allem durch die Wirkungen des ausgesprochenen Demokratiedefizits und des autoritären Stalinschen Führungsstils

auf die Außenpolitik viel zu wenig zur Eindämmung des Kalten Krieges, begünstigte dessen Zuspitzung wesentlich, hatte aber kein wirkliches Interesse daran. Bis zum Herbst 1949 versuchte die UdSSR, oftmals zwar inkonsequent oder mit untauglichen Mitteln, die staatliche Zweiteilung Deutschlands zu verhindern. Und man wußte in Moskau, daß dies mit dem Übergang zum Aufbau des Sozialismus oder der Proklamierung einer volksdemokratischen Ordnung nicht zu vereinbaren war. Das sowjetische Ziel für eine längere Periode war ein deutscher Staat mit einer bürgerlich-demokratischen Ordnung, wenn auch begrenzter Dominanz des Finanzkapitals und verstärkter Abkehr von den konservativen Traditionen. Die Reformen von 1945/46 sollten dagegen erhalten werden, wobei man sich ihre Ausstrahlung auf die gesamtdeutsche Entwicklung versprach. Aus meiner Sicht war Stalin auch schon deshalb nicht an der Durchsetzung eines sozialistischen Modells in Deutschland interessiert, weil er befürchtete, daß dieses der Hegemonierolle der UdSSR Abbruch tun würde. Auch dies bildete einen Hintergrund – nicht die Hauptursache – für die ablehnende Haltung zu den Vorstellungen der SED-Führung Ende 1948. Diese wünschte analog den Erklärungen von Dimitroff, Gottwald und anderen auch für Ostdeutschland eine Proklamierung der volksdemokratischen Ordnung, nach Möglichkeit als einer besonderen Form der Diktatur des Proletariats.

Elftens: Alle wichtigen Aktivitäten der Deutschlandpolitik der UdSSR spielten sich in der Öffentlichkeit ab, wurden von der Tagespresse dokumentiert. In den Archiven wurden dagegen die Vorarbeiten, damit konkreter belegbare Motivationen, Einschätzungen über damals vorherrschende Erkenntnisse und taktische Varianten, darunter mögliche Alternativvorschläge verborgen. Ihre Veröffentlichung ist unbedingt anzustreben.

Zu einer grundlegend neuen Bewertung der Ergebnisse werden sie nicht führen, höchstens zu einem Diskurs darüber, ob es andere Möglichkeiten und welche machbaren es gegeben hatte. Doch das ist dann immer auch recht spekulativ.

Nichts halte ich von einer sensationellen Suche nach inneren Intrigen in der sowjetischen Führung oder auch in der SMAD, die von ausschlaggebender Wirkung auf die Deutschlandpolitik gewesen sein sollen. Natürlich gab es auch verschiedene Einschätzungen und sogar Intrigen zur Festigung eigener Machtpositionen. Sie konnten in dem nicht pluralistischen System nicht den Einfluß haben, den manche aus einzelnen Dokumenten oder Bruchstücken und auch Sekundärquellen ablesen wollen. Grundfragen lagen letztlich in der Entscheidungsgewalt Stalins. Beträchtlichen Einfluß übten in den jeweils ihnen unterstehenden Bereichen Molotow, Malenkow und Berija, weniger dagegen Sdanow aus. Aber sie alle konnten nichts ohne Zustimmung Stalins bewirken. Zudem war die Außenpolitik, darunter die Deutschlandpolitik, nicht die Sphäre, in der sie, aus welchen Gründen auch immer, Eigeninitiative entwickelten. In der SMAD selbst gab es mitunter erhebliche Differenzen, wobei die jeweils Beteiligten ihre Stränge zu ihren Vorgesetzten in Moskau zu nutzen suchten. Dabei versuchte z.B.

Semjonow zu erreichen, daß die SMAD insgesamt dem Außenministerium unterstellt wurde. Es blieb jedoch dabei, daß die SMAD und ihr oberster Chef nur dem Vorsitzenden der Sowjetregierung, also damals Stalin, unterstellt war. In Einzelfragen aber konnten trotzdem auch verschiedene Moskauer Behörden hineinwirken. Kernfragen waren letztlich nicht oder nur höchstens indirekt dadurch betroffen. Ich möchte aber nochmals aus meiner Sicht die Meinung vertreten, daß diese Problematik für Experten ein gewisses Interesse bilden könnte, aber für eine globalere Bewertung nicht sonderlich ins Gewicht fallen sollte.

Zwölftens: Alle Besatzungsmächte betrachteten die Kontrolle der politischen Parteien als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Sie war verbunden mit einer vielfältigen Beschaffung von Informationen über deren Aktivitäten, Haltungen einzelner führender Funktionäre und mögliche innere Widersprüche. Direktkontakte zwischen der KPdSU und der SED gab es dabei bis 1949 nicht, wenn man von den Treffen Piecks, Grotewohls, Ulbrichts und anderer mit Stalin absieht, der sie jedoch mehr in seiner Funktion als Ministerpräsident empfing. Die SMAD dagegen pflegte die ständige Zusammenarbeit und verband ihre Kontrolle mit einer politischen Anleitung, wobei sie deutlich die SED als Verbündeten betrachtete, als Hauptinstrument bei der Durchsetzung ihrer Politik.

Bedeutendere Konflikte oder auch Widersprüche gab es nicht. So sehr manche danach suchen, gibt es keine Belege dafür, daß die KPdSU oder die SMAD ihre Vorstellungen oder die Durchführung von Reformen bzw. anderen Aktivitäten der SED oktroyieren mußte. Auch in einer jüngsten Veröffentlichung, die den negativen Einfluß der KPdSU unter Stalin auf die internationale, darunter die deutsche Arbeiterbewegung ausgiebig thematisiert – die Rede ist von dem von Hermann Weber herausgegebenen Band über die im Zeichen des Stalinismus initiierten Parteisäuberungen –, sind für die Jahre 1945 bis 1949 trotz unübersehbarer Auswahlprinzipien eher mäßigende Vorschläge sowjetischerseits gegenüber der SED zu erkennen. Oftmals findet man den Hinweis, den Rahmen demokratischer Umgestaltungen nicht zu überspringen, keine Vormachtstellung gegenüber den anderen Parteien des Blocks anzustreben und auch sonstigen sektiererischen Tendenzen entgegenzutreten. Änderungen, verbunden mit der Entwicklung der SED zur sogenannten Partei neuen Typus, traten 1949, noch stärker 1950 ein. Nach Gründung der DDR verstärken sich Repressalien gegen SED-Mitglieder, selbst wenn sie nicht jenes Ausmaß und nicht die Brutalität erreichten wie in der UdSSR selbst und in den osteuropäischen Ländern. Diese Entwicklung war vornehmlich fremdbestimmt – durch die neue Welle der Terrorpraktiken der Stalinherrschaft. Das ändert nichts an der Mitverantwortung der SED-Führung damals.

Damit komme ich zu einer Schlußbemerkung. Die sowjetische Deutschlandpolitik wurde den Abmachungen von Jalta und Potsdam, den Erfordernissen einer nachhaltigen Überwindung der Wurzeln des Faschismus dennoch gerechter als die Politik der westlichen Mächte. Genauso wie diese auch orientierte sie sich an den

eigenen Interessen, so wie sie verstanden wurden. Sie war zudem durchaus nicht frei von Fehlern, von Folgen des Dogmatismus, des tiefwirkenden Demokratiedefizits und anderen Erscheinungen des Stalinismus. Man darf sie nicht beschönigen, soll sie aber auch nicht dämonisieren. Und eine letzte, aber für mich wichtige These. In den Jahren 1945 bis 1949 geschah in Deutschland nichts, was nicht die ausdrückliche Zustimmung oder zumindest die Duldung der Besatzungsmächte fand. Auch in der weiteren Zeit nahmen sie noch bestehende Rechte und Möglichkeiten wahr. Trotzdem wurde die Entwicklung nicht einfach fremdbestimmt. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung wie die DDR selbst, eingebegriffen ihr sozialistischer Anspruch, waren ein legitimes Ergebnis der deutschen Geschichte. So wie die Entwicklung der BRD, beide ein alternatives. Beide mit ihren negativen wie positiven Merkmalen. Beide, um in neudeutscher Sprache zu formulieren, ein deutsches Projekt. Wir sollten dazu beitragen, das Verständnis dafür zu stärken. In diesem Sinn »kein Schwamm darüber«. Richtige Geschichtsbetrachtung ist Voraussetzung für die Gestaltung der Zukunft.

ROLF BADSTÜBNER

Gesamtdeutsche Optionen und Neutralisierungsvarianten

Daß sich die internationale und deutsche Politik 1947/48 an einem Scheideweg befand, erscheint im Rückblick sehr plausibel, und vieles kann zum Beleg dessen angeführt werden; dennoch sollte man sich auch in diesem Fall der Gefahr bewußt sein, die daraus erwächst, wenn der Scheideweg quasi als unumstößliche und irreversible Tatsache festgeschrieben und alternative Möglichkeiten vollständig oder weitgehend ausgeblendet werden.

Ungeachtet aller scheinbaren Eindeutigkeiten war m. E. auch die Situation der Jahre 1947 bis 1949 in Wirklichkeit in sich widersprüchlicher und komplizierter und enthielt auch andere Entwicklungsmöglichkeiten als die eine, die sich dann letzten Endes durchsetzte. Solchen Möglichkeiten muß besonders dann ein hoher Stellenwert beigemessen werden, wenn man Geschichte nicht auf die gesellschaftlich-objektive Seite einengt, sondern stärker die Handlungen, Motive und Vorstellungen derjenigen einbezieht, die diese Geschichte gemacht oder mitbewirkt bzw. erlebt und erlitten haben.

Bei Verwendung des Begriffs Scheideweg sollte uns außerdem bewußt sein, was das impliziert. Es setzt doch voraus, daß es vorher eine Alternativstruktur zu Kaltem Krieg und Blockbildung gegeben hat.

Das wird nun allerdings von denen vehement bestritten, die die Geschichte in das Prokrustesbett einer abstrakten Systemkonflikttheorie zwingen, nach der jede systemübergreifende Kooperation gar nicht oder selbstverständlich nur zeitweilig und partiell möglich gewesen sei. So gesehen, gab es 1947/48 keinen Scheideweg, sondern offenbarte sich eigentlich nur die bipolare, systembedingte Konfliktstruktur der Welt, die zeitweilig überdeckt worden war. Eine solche Betrachtungsweise wurde und wird von den Ergebnissen des kurzen 20. Jahrhunderts anscheinend unwiderleglich gestützt, dennoch ist sie m. E. einseitig und wird der Dialektik des historischen Prozesses und seiner widersprüchlichen Komplexität, in der auch stets latent alternative Entwicklungsmöglichkeiten sowohl innerhalb wie zwischen den Systemen enthalten waren, nicht gerecht. Und der Ausbruch des Kalten Krieges war zwar keineswegs zufällig, aber wiederum auch nicht gesetzmäßig und nicht zwangsläufig.

In der Menschheitsgeschichte ist es ja wohl so, daß es meist immer erst eines tiefen Falls und des Erlebens einer Katastrophe bedarf, um Menschen zu umgestaltender Tat und dem Beschreiten

Rolf Badstübner – Jg. 1928.
Prof. Dr. habil., Historiker,
Berlin.

Beitrag auf der Konferenz
»1947/48: Internationale
und deutsche Politik am
Scheideweg« am 13. und
14. Juni 1998 in Berlin.

neuer Wege aufzurütteln. Die beiden Menschheitskatastrophen in Gestalt der beiden Weltkriege, die unser Jahrhundert entscheidend beeinflussten und prägten, wirkten zugleich auch auf diese Weise und eröffneten, wenngleich auf unterschiedliche Art, Chancen in Richtung auf weltgeschichtliche Alternativen. Insbesondere der Zweite Weltkrieg, der – und das gilt es zu betonen – nicht der Systemauseinandersetzung entsprungen war, der ein Krieg gegen den Faschismus und gegen den japanischen Militarismus war, die die ganze Welt versklaven wollten, und der die Menschheit bis hart an den Rand des Abgrunds brachte, weckte und mobilisierte system- und ideologie- und somit grenzüberschreitend Kräfte und Anstrengungen dahingehend, einem erneuten Weltbrand auf neue Art und Weise und wirksam vorzubeugen.

Die Bedeutung der Antihitlerkoalition reduzierte sich in diesem Kontext nicht auf die gemeinsame, systemübergreifende Niederwerfung des Faschismus. Sie ergab sich mehr noch aus dem anfangs allseits mit festem Willen unternommenen Versuch, unbeschadet der System- und Interessengegensätze mittels eines neuen internationalen Systems eine integrative Weltordnung zu errichten, die den Weltfrieden dauerhaft sichern, den Weg kooperativer Konfliktbewältigungen beschreiten und den Hauptmächten der Antihitlerkoalition eine entscheidende Rolle zukommen lassen sollte.

Mit den in zähem Ringen zustande gekommenen einvernehmlichen Beschlüssen der Antihitlerkoalition und ihrer Realisierung hinsichtlich wichtiger Kernbereiche – Stichworte UNO und neue internationale Ordnung, neues Völkerrecht, Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern, politisch-ideologische Überwindung des Nazismus – wurde die Nachkriegsentwicklung auf eine neue Grundlage gestellt, die durch den Kalten Krieg nicht einfach aufgehoben und beseitigt wurde, sondern ihn überdauerte.

Andererseits ließ nach Kriegsende der große Drang zu grundlegenden, eventuell Opfer kostenden Veränderungen bei vielen Kräften und in den herrschenden Kreisen zunehmend die Bereitschaft nach, neue Wege zu gehen. Die Hauptmächte der Antihitlerkoalition sahen sich offensichtlich immer weniger in der Lage, ihre imperialen Interessen und Ziele im Rahmen eines kooperativen Interessenausgleichs wahrzunehmen. Gegenseitige Fehlwahrnehmungen traten hinzu. Die Ziele der Antihitlerkoalition erwiesen sich in vielem als zu ambitioniert und zu weitgesteckt. Das betraf insbesondere auch das radikaldemokratische alliierte Programm in bezug auf Deutschland.

Da man die sich auftuenden Widersprüche und Schwierigkeiten im Rahmen einer integrativen Weltordnung und des bestehenden Kooperationssystems nicht lösen und die aufbrechenden Konflikte nicht bewältigen konnte (oder das nicht wollte, das muß hier offen bleiben), blieb nur der Ausweg, den Konflikt zu regionalisieren und die Kooperation abzubauen. Die weitreichende Kooperation während des Krieges bedingte den besonders rigorosen Bruch, gegenseitige Schuldzuweisung eingeschlossen, kurz, Blockbildung und Kalten Krieg. Indem ich den Kalten Krieg inhaltlich mit konfrontativer Systemblockbildung und gegenseitiger Verteufelungs- und Vernichtungsentention im Zusammenhang sehe, begann er aus

meiner Sicht – ungeachtet fließender Übergänge und damit der Problematik solcher Zäsuren – mit der Truman-Doktrin und, im Gegenzug der Kominformerklärung, und endete mit dem KSZE-Prozeß.

Der mit dem Kalten Krieg vollzogene Bruch war jedoch keineswegs absolut. Das kooperative System wirkte in Gestalt der UNO etc. und auch im Festhalten an der gemeinsamen Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland weiter. Die deutsche Einheit oder Wiedervereinigung und der Abschluß eines Friedensvertrages standen weiterhin auf der Tagesordnung des weiterwirkenden Rates der Außenminister.

Stalin hielt an seiner gesamtdeutschen Option und an dem Ziel eines neutralisierten Deutschlands fest. Das ist auch dann von Bedeutung, wenn er dafür offensichtlich kein realisierbares Konzept entwickeln konnte und gleichzeitig vieles tat, was diesem Ziel entgegenwirkte. Das sowjetische Festhalten an wichtigen Kooperationszielen und Inhalten, z.B. mit dem 1949 unterbreiteten Vorschlag, die Arbeit des Kontrollrates wiederaufzunehmen, war andererseits so realitätsfern nicht, wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag. Kann man doch davon ausgehen, daß Stalin über geheimdienstliche Kanäle Kenntnis hatte von verschiedenen Neutralisierungsplänen, wie sie in westalliierten Kreisen entwickelt und beraten wurden. Der bekannteste und wichtigste war zweifellos der von Kennan, der immerhin Leiter des Politischen Planungsstabes im State Department war, im August 1948 vorgelegte Plan A. Er war mit Blick auf eine neue Außenministerkonferenz mit dem Ziel entwickelt worden, einen Durchbruch in der alliierten Deutschlandpolitik zu erzielen. Er sah die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung vor, danach (und das ist wichtig!) gesamtdeutsche Wahlen, Ausarbeitung einer Verfassung, Bildung einer Vier-Mächte-Kontrollkommission, Rückzug der alliierten Truppen in Randzonen und ihr späterer Abzug, 25- oder 40jährige Demilitarisierung Deutschlands gemäß dem Byrnes-Plan, Einsetzung einer internationalen Ruhrbehörde ohne amerikanische und sowjetische Beteiligung und schnelle Beendigung aller Reparationslieferungen. Darüber kam es zu kontroversen Diskussionen, aber der Plan A wurde nicht einfach abgeschmettert, sondern zeigte Wirkungen. Die nach den US-Wahlen vom November 1948 gebildete neue Führung im State Department begann ihre Planungsarbeit Anfang 1949 damit, die grundlegenden Prämissen der Weststaatsbildung und diese selbst in Frage zu stellen. Außenminister Acheson zeigte sich im März 1949 vom Plan A beeindruckt und stellte die Frage, »er verstehe auch nicht, wie wir je zu der Entscheidung gekommen seien, eine westdeutsche Regierung oder einen westdeutschen Staat einzurichten. Er frage sich, ob das nicht vielleicht das geistige Kind von General Clay sei und nicht eine Regierungsentscheidung.«¹ Man erwog, anstelle eines Weststaates bloß eine Regierungs- oder Verwaltungsstelle für die westlichen Besatzungsgebiete einzurichten. Parallel hierzu erklärte auch der französische Außenminister Couve de Murvill, »daß sich seine Regierung noch nicht zwischen der westdeutschen und der gesamtdeutschen Lösung entschieden habe...«²

1 FRUS 1949/III, S. 102.

2 FRUS 1949/III, S.89/90.

Die komplizierte und zum Teil noch immer unentschiedene Situation im Frühjahr 1949 reflektieren auch die Papiere des Inspektors bei der amerikanischen Militärregierung, W. L. Dorn, wie dies Niethammer folgendermaßen zusammenfaßt: »Als Dorn Ende März 1949 für zwei Monate in die US-Zone zurückkehrte, um in OMGUS bei der Bilanz der Militärregierung zu helfen, traf er auf eine spannungsgeladene Situation: Schienen doch die künftigen Rollen Westdeutschlands und Frankreichs in Europa ungeklärt, die antifaschistischen Reformen der frühen Militärregierung gescheitert, der Parlamentarische Rat in der Krise, die Besatzungsbehörden kurz vor ihrem Abbau noch zum Druck auf die Deutschen in die Richtung einer ungeliebten Amerikanisierung entschlossen, die soziale Frage besonders der Flüchtlinge, der Wohnungslosen, der Arbeitsuchenden unbeantwortet, die liberale Führungsschicht der ersten Nachkriegsjahre in der US-Zone politisch in der Sackgasse und das Wiedererwachen eines neuen deutschen Nationalismus, der den Osten gegen den Westen ausspielen könnte, durchaus denkbar.«³

Auch in der britischen Militärregierung wurden zur gleichen Zeit ähnliche Besorgnisse geäußert: Es könnte dahin kommen, daß sowjetische Vorschläge über den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen »uns in eine schwierige Position brächten, denn die Deutschen würden wahrscheinlich mit der Weiterführung der Pläne für den Weststaat zögern«.⁴ Umfragen in der britischen Besatzungszone hätten deutliche Mehrheiten für einen Abzug der Besatzungstruppen ergeben.

Ich kann das hier nicht weiter ausbauen und lasse das einfach so im Raum stehen.

Noch weniger geradlinig und definitiv festgelegt wie der Weg zum Weststaat war auf der anderen Seite der Weg zum Oststaat. Auch nach dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Forschung bleibt festzuhalten, daß es in der Ostzone keine Orientierung auf einen Ostzonenstaat gab, wie es sie auf der anderen Seite in bezug auf den Westzonenstaat seit 1945/46 in den Westzonen gab.

Es verhielt sich allerdings so, daß – nachdem es nicht gelungen war, deutsche Zentralverwaltungen zu errichten – die Zoneneinteilung Deutschlands zur Zonenaufteilung geriet, und das bedeutete, daß man in der Ostzone nicht umhin kam, sie verwaltungsmäßig als Einheit auf- und auszubauen. Das Problem besteht nicht darin, daß, sondern wie das geschah, d. h., ob dies in dem durch die alliierten Beschlüsse abgesteckten Rahmen geschah und damit als Stufe auf dem Wege zur möglichen Herstellung der deutschen Einheit interpretiert werden konnte. Und dies war m. E. bis 1947 weitgehend der Fall, wenngleich Zuspitzungen und Überziehungen bei der Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen und mehr noch der sowjetische Druck bei der Fusion von KPD und SPD Relativierungen notwendig machen.

Stalin favorisierte auch 1948 und danach stark die gesamtdeutsche Option und wünschte keinen Oststaat, dessen Lebensfähigkeit überdies in Zweifel gezogen werden mußte. Dem entsprachen die Volkskongreßbewegung und insbesondere die intensiven Aktivitäten des Deutschen Volksrates und seiner Ausschüsse. Es ist m. E.

3 Walter L. Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß. Übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 25), Stuttgart 1973, S. 124.

4 Polit-Divis. CCG (BE) and Foreign Office 8.3. 1949. PRO: FO 371/76611/C 2113.

nicht zulässig, dies alles, wie es vorherrschend geschieht, als bloße Propagandataktik zu desavouieren und wegen der schließlichen Erfolglosigkeit zu marginalisieren. Wenn sich damit sicher auch viele völlig irrealen Vorstellungen und Erwartungshaltungen verbanden, weil die Westdeutschen in ihrer Mehrheit und vor allem die Entscheidungsträger die »kommunistisch radikalisierte« Ostzone schon endgültig abgeschrieben bzw. zur bloßen Irredenta herabgestuft hatten, so kann m. E. an der Ernsthaftigkeit dieser äußerst intensiven Aktivitäten kein Zweifel bestehen. Und mehr noch: Es kam doch zu beachtlichen Ergebnissen der Arbeit des Volksrates und seiner Ausschüsse.

Es war recht mutig und aller Beachtung wert, und es brachte ihm den Vorwurf des »Objektivismus« seitens der SMAD ein, als Otto Grotewohl die Arbeit des Verfassungsausschusses dahingehend orientierte, daß das Verfassungswerk »aus spezifisch deutschen geschichtlichen Erfahrungen geschöpft werden« müsse, »es kann nicht nach den Auffassungen unserer Besatzungsmächte wachsen, sondern es muß sich völlig unabhängig nach deutschen Gesichtspunkten orientieren«, auf »einer für ganz Deutschland tragbaren mittleren Linie, der Einigung sowohl der linken wie der rechten Auffassungen unter fortschrittlichen und demokratischen Prinzipien.«⁵ Und der erarbeitete und verabschiedete Verfassungsentwurf konnte durchaus, von der dogmatisierten Aufhebung der Gewaltenteilung abgesehen, mit seinem Grundrechtskatalog sowie pluralistischen und rechtsstaatlichen Elementen als ein konstruktiver Beitrag für eine gesamtdeutsche Verfassungsarbeit gewertet werden, wenn eine solche je zustande gekommen wäre. Und es war von Bedeutung, daß diese Verfassung dann – entgegen den ursprünglichen Absichten – für den Ostzonenstaat in Kraft gesetzt wurde. Das trug zwar von Anfang an dazu bei, den Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit zuzuspitzen, aber dennoch gingen von dieser Verfassung zugleich positive Langzeitwirkungen aus. Auch war die SBZ mit ihrer Mehrsektorenwirtschaft und anderen Strukturelementen, mit ihren Länderverfassungen und einer noch nicht völlig gleichgeschalteten Blockpolitik zu dieser Zeit noch entwicklungsfähig und mit den Westzonen kompatibel. Dahin zielte ja auch die Orientierung der 1. Parteikonferenz der SED, die Verhältnisse in der Ostzone in deutlicher Abhebung von den Volksdemokratien so zu entwickeln, daß sie quasi Modellcharakter für ganz Deutschland annehmen würden.

Mit Blick auf die mögliche Herstellung der deutschen Einheit hätte Kompatibilität unschwer dann erzielt werden können, wenn in den Westzonen anstelle der »sozialen Marktwirtschaft« die Sozialisierungs- und gemeinwirtschaftlichen Varianten zum Zuge gekommen wären, was noch unentschieden war oder zumindest schien.

Zum anderen waren das Ausgangspunkte dafür, den de facto beschrittenen »besonderen Weg zum Sozialismus« gemäß den spezifisch deutschen Bedingungen weiter zu verfolgen.

Allerdings wurde dies alles durch die seit Sommer 1948 quasi parallel betriebenen volksdemokratischen Forcierungen, insbesondere gegen Großbauern und Kapitalisten, die nur partiell zurück-

5 Deutschlands Stimme, 8.8.1948, S. 5.

genommen wurden und die Stalinisierung der SED mit der Zurückweisung des »besonderen deutschen Weges« unterlaufen bzw. es wirkte auf ambivalente Art und Weise eine gegenläufige Tendenz. Wie das ein Otto Grotewohl und andere Politiker verarbeitet oder wie sie pragmatisch mit diesem Widerspruch gelebt haben, wird wohl ein Geheimnis bleiben.

Dennoch wurde, vor allem über das Festhalten an der gesamtdeutschen Option, de facto ein besonderer deutscher Weg zum Sozialismus in der DDR und perspektivisch für ganz Deutschland, wie auch immer, weiter verfolgt und fortgesetzt. Deutliche Unterschiede zu den Volksdemokratien blieben somit nicht nur über das Faktum des deutschen Teilstaates und der Vier-Mächte-Verantwortung hinaus bestehen.

Das alles gilt es m. E. gebührend zu beachten, um historischen Vereinfachungen und Verkürzungen vorzubeugen, wenn von Weichenstellungen und bipolaren Entwicklungen als bestimmende Tendenz die Rede ist.

JÜRGEN HOFMANN

Die Deutsche Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Möglichkeiten und Grenzen eines Bündnisses gegen die Teilung

Vor über fünfzig Jahren, am 26. März 1948, trafen sich Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl in Moskau mit J. W. Stalin und anderen führenden Repräsentanten der KPdSU. In ihrem Bericht verwiesen Pieck und Grotewohl auf den, nach ihrer Meinung bisher insgesamt erfolgreichen Verlauf der Volkskongreßbewegung. Der Erste Deutsche Volkskongreß sei »mehr impulsiver« (sprich spontaner), der Zweite »mehr organisierter« gewesen. Zugleich machten sie auf die komplizierte Stimmungslage und die Schwierigkeiten aufmerksam, denen sich die SED zu stellen hatte. Zur Sprache kam die Polarisierung durch aufbrechende politische Gegensätze. »Stimmung beeinflusst von Gegensätzen. Massen nicht so klar. Gewisse Erfolge dieser Hetze«¹, ist in den Notizen Wilhelm Piecks zu lesen. Dahinter verbarg sich auch das Eingeständnis, daß die Bewertung der Lage und der politischen Kontrahenten, wie sie die SED in ihren offiziellen Verlautbarungen vornahm, nicht unbedingt gleichermaßen von der Bevölkerung geteilt wurde. Außerdem berichtete die SED-Führung von Angst, die sich im Bürgertum wegen der Enteignungen breit gemacht habe. Bodenreform, Sequesterverfahren und die oft sehr weit gefaßte Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher hatten Befürchtungen genährt. Solche Ängste und die damit verbundene Distanz zur SED war aber eine denkbar ungünstige Ausgangslage für ein breites Bündnis zur Bewahrung der nationalen Einheit. Dazu kamen die Frage der deutsch-polnischen Grenze und die Umsiedlungsaktionen, deren Verteidigung der SED nicht unbedingt Sympathie einbrachte.

Wenige Tage vor dem Gespräch mit Stalin hatte anlässlich des 100. Jahrestages der Berliner Märzrevolution von 1848 der Zweite Deutsche Volkskongreß getagt und sich in die Tradition dieser bürgerlich-demokratischen Revolution gestellt. Die Feierlichkeiten zum 18. März 1848 in Berlin wurden jedoch bereits überschattet vom Klima des Kalten Krieges und der politischen Konfrontation. Zwei Kundgebungen, jeweils mit Massenresonanz, ließen dies deutlich werden. Neben dem Zug zu den Gräbern der Märzgefallenen, an dem sich die Delegierten des Volkskongresses beteiligten, fand auch die Konkurrenzveranstaltung vor dem Reichstag Massenzulauf.

Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich bereits ab, daß die Volkskongreßbewegung ihre ursprünglich angedachte Zielstellung nicht erreichen würde. Dabei waren vor allem drei Aufgaben bzw. Funktionen wesentlich:

Jürgen Hofmann – Jg. 1943, Historiker, Berlin.
Prof. Dr. sc., Arbeitsgebiete: Revolutionsgeschichte 1848/49, DDR- und SED-Geschichte, nationale Frage, empirische Forschungen zum Einigungsprozeß und zum Transformationsprozeß.

¹ Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 190.

Alles in allem muß unsere Politik darauf ausgerichtet sein, ein Kräftegleichgewicht in Europa und Asien wiederherzustellen. Das bedeutet, daß wir auf der Außenministerkonferenz darauf bestehen müssen, Westdeutschland von kommunistischer Kontrolle freizuhalten. Wir müssen dann sehen, daß es besser in Westeuropa integriert wird und daß ein Teil unserer Verantwortung für die Bedingungen dort auf die westeuropäischen Verbündeten und auf das deutsche Volk übertragen wird. Ausarbeitung G. F. Kennans für Außenminister Marshall vom 6. November 1947.

Wir sind am Ende der Straße angelangt, das Zeitalter von Jalta ist vorbei. Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen.
The New York Herald Tribune, 20. Dezember 1947.

Er bemerkt, daß er aus dem langen Gespräch im ganzen den Eindruck gewonnen habe, daß Herr Adenauer die östliche Besatzungszone Deutschlands für lange Zeit, wenn auch nur vorübergehend »abgeschrieben« habe. Aktennotiz für Jakob Kaiser über eine Einschätzung des Korrespondenten der »Neuen Zürcher Zeitung«.

Zum einen galt es, eine gesamt nationale Repräsentation unter Einschluß aller wesentlichen politischen Strömungen ins Leben zu rufen. Sekundär war, ob die Volkskongreßbewegung sich selbst als nationale Repräsentation konstituieren oder wenigstens deren Einberufung bewirken konnte.

Zum anderen sollte die Volkskongreßbewegung einen begrenzten deutschen Einfluß auf die Verhandlungen der vier Mächte zur Deutschlandfrage, insbesondere auf die Außenministerkonferenzen, gewährleisten.

Schließlich ging es um die zonenübergreifende Mobilisierung breiter Kreise der deutschen Bevölkerung gegen die heraufziehende Gefahr der Spaltung.

Der Erste Deutsche Volkskongreß war auf Initiative der SED Anfang Dezember 1947 in Berlin zusammengetreten. Über 2200 Teilnehmer, von denen ein Drittel aus den westlichen Besatzungszonen kam, und deren parteipolitische Differenzierung ließen zunächst hoffen, daß der erstrebte Mobilisierungs- und Ausstrahlungseffekt doch noch eintreten könnte, obwohl die politischen Kontroversen im Vorfeld an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließen. Die Delegation, die der Volkskongreß zur Londoner Außenministerkonferenz entsandte, konnte ihr Mandat nicht wahrnehmen, da die britische Regierung ihr die Einreise verweigerte. Außerdem waren die Westmächte nicht gewillt, eine deutsche Delegation zu akzeptieren, die direkt oder indirekt vom sowjetischen Verhandlungspartner beeinflußt war. Hoffnungsvolle Anläufe für regionale Volkskongresse in den Westzonen wurden von den dortigen Besatzungsbehörden behindert. Ihr Wirkungsgrad blieb außerordentlich eingeschränkt.

Der Zweite Deutsche Volkskongreß im März 1948 stand ganz im Zeichen des 100. Jahrestages der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848. Von den fast 2000 Teilnehmern kam nur jeder vierte aus den Westzonen. Die Beteiligung von Mitgliedern der SPD, LDP und CDU war rückläufig. Den nachhaltigsten Einfluß auf das Geschehen der Folgemonate sollte der Deutsche Volksrat erlangen, der vom Zweiten Volkskongreß gewählt wurde. Die Benennung dieses Gremiums geht auf einen Vorschlag von Wilhelm Külz (LDP) zurück. Den Vorsitz teilten sich die Vorsitzenden der beteiligten Parteien. Sekretär wurde Erich W. Gniffke. Der Versuch Walter Ulbrichts, sich als paritätischer Sekretär zu etablieren, fand keine Mehrheit im Parteivorstand der SED.

Den 400 Mitgliedern des Deutschen Volksrates oblag die Vorbereitung eines Plebiszits zur deutschen Einheit, das auf der Grundlage der Regelungen der Verfassung der Weimarer Republik durchgeführt wurde. Obwohl es in den Westzonen behindert bzw. verboten wurde, konnte die notwendige Stimmenzahl erbracht werden. Ein darauf aufbauender Volksentscheid hätte jedoch der Zustimmung aller Besatzungsmächte bedurft. Außerdem hätte ein Votum für die deutsche Einheit nicht die tiefgreifenden Differenzen aufgehoben, die sich aus den unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen ergaben und die im Kontext mit der deutschen Frage zur Entscheidung anstanden. Die eigentliche historische Leistung des Deutschen Volksrates ist wohl in der bemerkenswerten Sacharbeit zu

sehen, die er mit seinen Fachausschüssen im Rahmen der Verfassungsdiskussion leistete. Sie muß hinsichtlich ihrer Qualität und Quantität keinen Vergleich mit anderen verfassungsvorbereitenden Gremien scheuen.

Der Dritte Deutsche Volkskongreß tagte Ende Mai 1949 in einer Situation, in der die Konstituierung der Bundesrepublik bereits in vollem Gange war. Am 8. Mai hatte der Parlamentarische Rat das Grundgesetz angenommen, das am 23. Mai in Kraft trat. Die Bestätigung des Verfassungsentwurfs und die Wahl eines neuen Deutschen Volksrates konnten so nur noch Weichenstellungen zu einer zweiten deutschen Staatsgründung sein. Obwohl die Volkskongreßdelegierten aus der sowjetischen Besatzungszone sich diesmal auf ein Zwei-Drittel-Wählermandat stützen konnten, hatten die »Einheitslistenwahlen« und Ungereimtheiten bei der Auszählung Zweifel hinterlassen. Ein Drittel Neinstimmen signalisierten, daß die politische Stimmungslage auch im Osten kompliziert blieb. Dies war einer der Gründe, auf weitere Wahlen im Vorfeld der ostdeutschen Staatsgründung zu verzichten. Der zweite Deutsche Volksrat, der 330 Mitglieder umfaßte, konstituierte sich am 7. Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

Zunächst gab es andere Vorstellungen zur Bildung einer ostdeutschen Regierung. In den vorbereitenden Gesprächen mit Stalin im Dezember 1948 war noch davon die Rede, die Deutsche Wirtschaftskommission zur Volkskammer auszubauen. Erst danach wurde entschieden, den Deutschen Volksrat und eventuell den gesamten Volkskongreß in die Konstituierung des ostdeutschen Staates einzubeziehen. Dies erleichterte den anderen Blockparteien die Zustimmung zur Gründung der DDR. Insbesondere die CDU der Ostzone erhoffte sich von einem ostdeutschen Parlament und einer offiziell bestellten Regierung eine Beschränkung der Allmacht der SED-dominierten Deutschen Wirtschaftskommission. Als Ersatzparlament wäre die Wirtschaftskommission deshalb für diese Kreise, die gegen die ostdeutsche Staatsgründung ohnehin Bedenken hegten, keinesfalls in Frage gekommen.

Die Volkskongreßbewegung war mit ihrem dritten Kongreß »ausgereizt«. Ihre Umbildung zur Nationalen Front vermochte daran nichts zu ändern. Walter Ulbricht hatte diesen Schritt bereits am 17. Mai vor Berliner SED-Funktionären angekündigt, bevor Otto Grotewohl die Grundzüge einer nationalen Front im Deutschen Volksrat entwickeln konnte. Auch die Nationale Front des demokratischen Deutschland erlangte in der Folgezeit nicht die gesamtdeutsche Ausdehnung und Wirkung, die ihr zgedacht war.

Bereits unter Zeitgenossen war die Volkskongreßbewegung umstritten. Ihre Idealisierung auf der einen und ihre Verketzerung auf der anderen Seite haben sich auch in der historischen Rückschau erhalten. Erstaunlicherweise steht eine detaillierte und quellen gestützte Darstellung noch aus. Das gilt auch für die meisten anderen Volksbewegungen in Ost und West, die solch wichtige Probleme, wie deutsche Einheit, Remilitarisierung, atomare Bewaffnung oder Raketenrüstung, betrafen.

Die notwendige Frage nach den Ursachen des Scheiterns der

Leider sind alle Bemühungen zur Bildung einer gesamtdeutschen Beratung der Parteien über die Vertretung der Interessen des deutschen Volkes auf der Außenministerkonferenz an dem Widerstande führender Männer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und bürgerlicher Parteien in den westlichen Besatzungszone gescheitert. Schließlich hat auch der Führer der Christlich-Demokratischen Union in der sowjetischen Besatzungszone seine Zustimmung verweigert. In einem der entscheidendsten Augenblicke versagen die Führer dieser Parteien und lassen das deutsche Volk im Stich.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann und will sich mit diesem Zustande nicht abfinden. Sie erachtet es als ihre Pflicht, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, seinen Willen der Londoner Konferenz kundzutun ... Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ruft in letzter Stunde dazu auf, alles Trennende beiseite zu lassen. Aus dem Aufruf der SED zu einem deutschen Volkskongreß, 26. November 1947.

Das deutsche Volk wünscht einen den Grundsätzen der Beschlüsse der alliierten Mächte in Jalta und Potsdam entsprechenden Frieden, der ihm die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern zusichert, ihm eine freie demokratische Entwicklung und die völlige Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit ermöglicht.

...

Das deutsche Volk wünscht von der Konferenz der Außenminister in London die Bildung einer zentralen deutschen Regierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien. ...

Das deutsche Volk wünscht, daß nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen eine Nationalversammlung gewählt wird ...

Aus der Entschließung des 1. Deutschen Volkskongresses, 6. und 7. Dezember 1947.

Volkskongreßbewegung schmälert in keiner Weise die Leistungen der beteiligten Akteure und ihres Massenanhangs, die über Parteigrenzen hinweg für die deutsche Einheit stritten. Sie akzentuiert vielmehr deren Engagement. Eine Antwort auf diese Frage kann sich jedoch nicht darauf beschränken, lediglich die zeitgenössischen Schuldzuweisungen an die Westmächte und reaktionäre Politiker zu wiederholen. Der Respekt vor den Leistungen der Volkskongreßbewegung verlangt auch nach selbstkritischer Distanz, d. h. nach Offenlegen hausgemachter Fehler. Er sollte das Geflecht widersprüchlicher Faktoren veranschlagen, die direkt oder indirekt die Chancen der Volkskongreßbewegung beeinträchtigten.

Die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Volkskongreßbewegung fiel in eine Zeit dramatischer innen- und außenpolitischer Veränderungen. In diesem Bedingungsgefüge mußten ihre Erfolgsaussichten eher begrenzt bleiben. Nachfolgend seien einige Elemente dieser Rahmenbedingungen skizziert:

Nicht unterschätzt werden dürfen die Wirkungen des einsetzenden Kalten Krieges und seiner Polarisierungsmechanismen. Der Truman-Doktrin, dem Marshall-Plan-Projekt und der Politik des »containment«, der Eindämmung des kommunistischen Einflusses standen die forcierte volksdemokratische Entwicklung im sowjetische Einflußbereich, die erneute Ausrichtung auf das sowjetische Modell und die Zwei-Lager-Theorie gegenüber. Die eskalierende Berlin-Krise verfestigte 1948 die Konfrontation. Dennoch sollte das Scheitern der Volkskongreßbewegung nicht allein aus den Bedingungen des Kalten Krieges erklärt werden.

Die Verhandlungen der vier Mächte zur Deutschlandfrage steckten in der Sackgasse. Weder auf der Pariser Außenministerkonferenz vom April bis Juli 1946 noch auf der in Moskau im März und April 1947 konnte ein Konsens erzielt werden. Dafür wurden die Gegensätze immer deutlicher. Die Volkskongreßbewegung sollte faktisch in letzter Minute Einfluß auf die Londoner Konferenz der Außenminister im November und Dezember 1947 nehmen. Eine Bewegung jedoch, die die festgefahrene Situation aufbrechen wollte, hätte eine ungewöhnliche Kraft und Dynamik entfalten müssen. Das vermochte die Volkskongreßbewegung selbst in ihren besten Phasen nicht. Mit einer weltweiten oder wenigstens europäischen Unterstützung war wenige Jahre nach dem Krieg nicht zu rechnen. Die Koppelung der Volkskongreßbewegung an die sowjetische Deutschlandpolitik stellte eher einen Nachteil dar. Wie wenig flexibel diese Politik in dieser Phase war, zeigte sich vor allem in der Reparationsfrage. Aber auch die USA setzten auf eine härtere Gangart. »Ich glaube, wir sollten uns auf keine Kompromisse mehr einlassen«,² hatte Präsident Truman seinen Außenminister im Januar 1946 wissen lassen.

Die Weichen für die Bildung eines westdeutschen Staates waren 1947 längst gestellt und die sowjetische Besatzungszone abgeschrieben. Der Ankündigung des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes in seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 folgte bereits im Januar 1947 die Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone zur Bi-Zone, die mit regierungsähnlichen Institutionen ausgestattet wurde. Die Münchener Konferenz der

2 Zitiert nach: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: Die Spaltung Deutschlands 1945 - 1949, Berlin 1966, S. 88.

Ministerpräsidenten der deutschen Länder im Juni 1947 hatte keine Annäherung gebracht. Sie scheiterte schon in ihren Ansätzen am Ost-West-Konflikt. Die Währungsreform vom Juni 1948, langfristig unter dem Deckwort »bird doc« vorbereitet und vor dem sowjetischen Partner geheimgehalten, klammerte erneut den Osten Deutschlands bewußt aus.

Dem Aufruf zum Deutschen Volkskongreß vorausgegangen waren mehrere gescheiterte Anläufe für gesamtdeutsche Parteinergespräche. Um sie hatten sich u. a. die CDU-Politiker Jakob Kaiser und Ferdinand Friedensburg bemüht. Die Initiative der SED vermochte die aufgetretenen Differenzen nicht zu überbrücken. Ebenso wenig ließ sich die fortschreitende Polarisierung der Parteien durch die Volkskongreßbewegung kompensieren. Die SPD war durch Kurt Schumacher mehrheitlich ohnehin auf strikten Konfrontationskurs zur SED und ihren Vorschlägen eingeschworen.

Der Vorschlag der SED, zu einem Deutschen Volkskongreß einzuladen, stieß bereits im Zentralausschuß des Demokratischen Blocks der sowjetischen Besatzungszone auf Widerstand und geteilte Resonanz. Der Vorsitzende der Ost-CDU, Jakob Kaiser, zog in der Sitzung am 15. November 1947 seine bisherige Unterstützung für eine gesamtdeutsche Konferenz zurück. Lediglich die LDP unterstützte unter dem Einfluß von Wilhelm Külz das Anliegen. Damit schied jedoch der Demokratische Block als Einlader aus. Der Parteivorstand der SED war in die Rolle des alleinigen Einladers gedrängt und wandte sich am 26. November 1947 mit einem entsprechenden Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit. Dabei verzichtete sie nicht auf massive Kritik an die Adresse anderer Parteien. Schon allein daraus ergab sich für politische Kräfte in den Westzonen eine gewisse Hemmschwelle, die nur durch Massenmobilisierung hätte abgebaut werden können. Der Führungsanspruch der SED und die Erfahrungen mit der Blockpolitik sowie massive Eingriffe in ihre innerparteilichen Angelegenheiten hatten aber inzwischen auch das Mißtrauen bei den ostdeutschen Partnern der SED verstärkt.

Die Wirkungsmöglichkeiten der Volkskongreßbewegung in den Westzonen waren von Anbeginn durch Eingriffe und Restriktionen der Besatzungsmächte eingeschränkt. Der fortwirkende Antikommunismus tat ein übriges. Zugleich trugen fehlerhafte und teilweise völlig falsche Lagebeurteilungen dazu bei, daß die Volkskongreßbewegung im Westen nicht Fuß fassen konnte. Als wenig hilfreich und fehlorientierend erwies sich beispielsweise die These von der Kolonialisierung der Westzonen.

Kontraproduktiv auf das Anliegen der Volkskongreßbewegung wirkte ebenfalls die Rigorosität, mit der die antifaschistisch-demokratischen Reformen teilweise vorangetrieben wurden. Potentielle Adressaten waren verunsichert bzw. ausgegrenzt. Ein wirksames Gegengewicht zur Spaltung Deutschlands konnte aber nur ein extrem breites Bündnis bieten. Die Zuspitzungen in der Politik der SED schränkten den Bündnispielraum jedoch ein. Die Beschlüsse der Staatspolitischen Konferenz in Werder und der Kurs auf eine Partei neuen Typus im Jahre 1948 mußten zwangsläufig zu einer weiteren Verengung der Bündnismöglichkeiten führen.

Konnte ein Mann von Ihrer politischen Erfahrung einen Augenblick ernsthaft daran denken, daß die Londoner Konferenz den Applaus einer Zweitausend-Menschen-Versammlung in Berlin, die höchst zufällig zusammendrigiert war, als Geschichtsauftrag für Deutschland empfände. Vielleicht war es ganz schön, Menschen vor sich zu haben, die glaubten, Geschichte zu machen. Einem halbwegs nüchternen Urteil mußte doch von Anbeginn klar sein, daß derlei nicht der Start ist, um zu einer Delegation von Rang zu kommen.

Theodor Heuß an Wilhelm Külz, 19. Dezember 1947.

Nachdem in Frankfurt (Main) einige Staatsfunktionäre und Parteiführer, ohne unser Volk zu befragen, ihre Zustimmung zu den Maßnahmen der Aufteilung Deutschlands gaben, unterstützen wir von ganzem Herzen den Beschluß ..., eine zweite Tagung des Volkskongresses für ganz Deutschland zum 18. März 1948 nach Berlin einzuberufen.

Aus dem Manifest des Bremer Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, 18. Januar 1948.

Aus den bitteren Erfahrungen der letzten hundert Jahre deutscher Geschichte ergibt sich die Lehre, daß die Vollstreckung einer großen nationalen Aufgabe nur möglich ist, wenn sie unter Mitwirkung und Verantworten der großen Mehrheit des Volkes erfolgt.

Aus der Entschließung des 2. Deutschen Volkskongresses, 17. und 18. März 1948.

Um für diese Ziele wirksam kämpfen zu können, stellt sich die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Aufgabe, jede mögliche Form der Zusammenarbeit patriotischer Kräfte zu unterstützen, auf politischem wie auf kulturellem Gebiet, in finanziellen, kommerziellen und sonstigen wirtschaftlichen Fragen.

Aus dem Manifest der 9. Tagung des Deutschen Volksrates, 7. Oktober 1949.

Auf die Bereitschaft, mit der SED in der Volkskongreßbewegung zusammenzuarbeiten, wirkten sicherlich auch Vorgänge in anderen Ländern des sowjetischen Einflußbereichs dämpfend, die nichtkommunistische Kräfte in ihrer ohnehin vorhandenen Distanz bestärkten. Hier sei vor allem auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei verwiesen. Dort nutzte die KPTsch ihren Wahlerfolg von 1946 (38 Prozent der Stimmen), um verstärkt Kurs auf die sozialistische Umgestaltung zu nehmen. Die auftretenden Konflikte mündeten in einer Krise der Regierung der Nationalen Front. Die KPTsch schaltete mit Unterstützung ihrer Volksmilizen im Februar 1948 ihre bisherigen Bündnispartner aus der Regierungsverantwortung aus. Staatspräsident Benes wurde zur Abdankung genötigt. Sein Amt übernahm der Vorsitzende der KPTsch, Klement Gottwald.

Die Volkskongreßbewegung konstituierte sich zu einem Zeitpunkt, als die Frage der deutschen Einheit bereits deutlich von der Frage nach gesellschafts- und ordnungspolitischer Weichenstellung überlagert wurde. Auf diesem Feld trafen sich die Interessen der jeweiligen Besatzungsmächte mit denen deutscher politischer Kräfte. Daraus entstand eine Situation, in der keine Seite ihre vermeintlichen oder tatsächlichen Trümpfe aus der Hand geben wollte. Das Primat von ordnungspolitischen Vorstellungen implizierte aber mit Notwendigkeit die logische Tendenz zur Zweistaatlichkeit. Ein Erfolg der Volkskongreßbewegung hätte jedoch den wenigstens vorläufigen Kompromiß zur Voraussetzung gehabt. Diesen Kompromiß wollten die Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland nicht. Die Ernsthaftigkeit der Angebote der SED ist weder damals noch in der Folgezeit jemals ausgelotet worden.

ANDREAS MALYCHA

1948 – das Jahr des Wandels im Charakter der SED?

In den seit 1990 geführten Debatten um die unmittelbare Nachkriegsgeschichte hat sich die Ansicht verfestigt, die entscheidenden Weichenstellungen im Charakter und der Strategie der SED wären im Jahre 1948 erfolgt, in dem Jahr, in dem der Kalte Krieg einen ersten Höhepunkt erreichte. Betrachtet man die Stoßrichtung der 1948 gefaßten zentralen Vorstandsbeschlüsse, so ist diese Feststellung zweifelsohne zutreffend. Die Ergebnisse meiner in den letzten Jahren betriebenen Untersuchungen weisen jedoch darauf hin, daß schon unmittelbar nach der Gründung der SED ein Prozeß der schleichenden Stalinisierung der SED einsetzte, der mit den Vorstandsbeschlüssen von 1948 lediglich seine formelle Entsprechung fand und eine ganze Reihe von Entwicklungen praktisch legalisierte, die bis zum Jahre 1948 unterhalb der zentralen Ebene stattfanden. Der scheinbare Bruch des Jahres 1948 ist in diesem Sinne nicht als Abkehr vom sogenannten Gründungskonsens, sondern als folgerichtiges Ergebnis eines schrittweisen Stalinisierungsprozesses zu interpretieren.

Das Festhalten an der Zäsur von 1948 hatte natürlich nachvollziehbare Hintergründe. Als DDR-Historiker nach 1990 versuchten, die Ursprünge der Irrwege in ihrer politischen Heimat zu erkunden, und zu ihnen zähle ich mich ebenso, glaubten nicht wenige unter ihnen, für die ersten Jahre nach Kriegsende einen wirklichen Neubeginn und eine verlorene Chance zu entdecken. Also eine Zeit, in der Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED in Überwindung ihrer traditionellen Differenzen ein gemeinsames Ziel verfolgten, eine antifaschistische Ordnung mit parlamentarisch-demokratischen Charakterzügen zu schaffen. Die Gemeinde- und Landtagswahlen vom Herbst 1946 galten in dieser Sicht ebenso als demokratisch wie die ersten Parteiwahlen im Sommer/Herbst 1947. Erst die Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Westmächten habe der demokratischen Chance im Sommer 1948 eine Ende bereitet und die SED weitgehend in Richtung auf das sowjetische Parteimodell verändert. Meiner Auffassung begann der Wandel nicht erst 1948, was im folgenden untermauert werden soll.

Kaum Abstriche gibt es an der Tatsache zu machen, daß der Kalte Krieg Auswirkungen auf die innere Entwicklung der SED haben mußte. Seit 1947 erwachsen aus der Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Westmächten in einer neu definierten Lage Deutschlands veränderte Perspektiven, die sowohl für stalinistisch sozialisierte und ideologisch zur Disziplin trainierte als auch

Andreas Malycha – Jg. 1956. Dr. phil., 1978-83 Studium der Geschichte in Leipzig. 1983-89 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus in Berlin, 1990-92 Leiter einer Forschungsgruppe des nunmehr umbenannten Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Von 1992 bis 1996 freiberuflicher Historiker. Arbeit an verschiedenen Projekten, u.a. für die Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn zur Gründung der SED. Seit Mai 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Freien Universität Berlin. Forschungen zur Geschichte der SED 1946 bis 1961.

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

auf Freiräume und innerparteiliche Demokratie hoffende SED-Mitglieder Konsequenzen nach sich zogen. Die Sicherung der Machtpositionen der SED nahm für die sowjetische Führung einen immer größer werdenden Stellenwert ein. Die Festigung und der Ausbau der führenden Position der SED in der sowjetischen Zone wurde in dem Maße zu einem Schlüsselglied der sowjetischen Deutschlandpolitik, wie sich die Konfrontation der UdSSR mit den Westmächten in der deutschen Frage herausbildete. Im Prozeß der globalen Konfrontation zwischen den ehemaligen Siegermächten bekam darüber hinaus die Aufrechterhaltung der sowjetischen Position in Deutschland strategische Bedeutung zur Absicherung des sowjetischen Einflusses in den Staaten Osteuropas. Die Frage nach der Organisationsform einer kommunistisch geprägten Massenpartei erhielt dann im Verlaufe des Jahres 1947 in dem Maße eine neue Dimension, als von der SED die Gründung eines deutschen Teilstaates ernsthaft in Erwägung gezogen und vorbereitet wurde und somit das Problem auftauchte, durch welche innerparteilichen Veränderungen der Machtanspruch der SED dauerhaft durchgesetzt werden könnte.

Die seit 1947/48 nunmehr auch formell beanspruchte Hegemonie einer zentralistisch geführten Staatspartei folgte vor allem einer gewissen Logik und Dynamik der seit 1945 vorangetriebenen gesellschaftspolitischen Veränderungen. Wie in den osteuropäischen Ländern hatten die ökonomischen und sozialen Umbrüche auch in der sowjetischen Zone zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung geführt, die gesamtgesellschaftlicher Planung bedurfte. Diese Art Planung – nach sowjetischem Vorbild – setzte einen Parteityp voraus, der mit Hilfe seiner zentralistischen Strukturen in der Lage schien, den Wirtschaftsplan nicht nur auszuarbeiten, sondern gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Nicht zufällig hatte Walter Ulbricht auf einer Parteivorstandstagung am 29./30. Juni 1948 die »Partei neuen Typs« gerade mit der Durchführung des Zweijahresplanes für 1949/1950 gefordert.

Die im Ergebnis der Integration der sowjetischen Besatzungszone in die sowjetische Machtsphäre erfolgte forcierte Transformation in eine stalinistische Partei ist aus diesem Grund nicht primär auf dem Hintergrund der Verschärfung des Ost-West-Konflikts und der damit weltpolitisch und lagerintern ausgelösten Blockbildungszwänge zu sehen. In der Sicht der SED-Führung war im Verlauf des Jahres 1947 die gesellschaftspolitische Entwicklung in ein Stadium gelangt, in dem sich die Frage nach der sozialistischen Perspektive stellte. Hatte man bislang offizielle Rückgriffe auf das sowjetische Gesellschafts- und Parteikonzept zu vermeiden versucht, so galten jetzt die gesellschaftspolitischen Bedingungen als geeignet, die Übernahme des sowjetischen Modells nicht nur verdeckt zu betreiben, sondern formell zu propagieren und zur herrschenden »Generallinie« zu erklären. Die internen Äußerungen von führenden Kommunisten auf zentraler und regionaler Ebene ließen allerdings kaum Zweifel daran, daß eine Abkehr vom leninistischen und stalinistischen Partei- und Gesellschaftsverständnis nie ernsthaft zur Disposition stand.

An den Orientierungen deutscher Kommunisten am sowjetischen Sozialismusmodell hatte sich nichts geändert. Seit Mitte der dreißei-

ger Jahre wurde in der Kommunistischen Internationale das Konzept der Volksdemokratie entwickelt. Im Zentrum dieser Überlegungen für das politische System der nachfaschistischen Gesellschaften stand ein sozial wie politisch breites, von den kommunistischen Parteien geführtes Bündnis. Für die Glaubwürdigkeit des Konzeptes der Volksdemokratie war nun die Betonung nationaler Wege und eine formale Abgrenzung zum sowjetischen Gesellschaftsmodell unverzichtbar. Die KPD richtete sich nach 1945 noch immer an den allgemeinen Leitlinien der kommunistischen Weltbewegung aus. Diese ging nicht auf eine grundsätzliche Distanz zum Stalinschen Sozialismusmodell, sondern orientierte auf seine zeitweilige Zurückstellung zugunsten einer inhaltlich breit interpretierbaren und taktisch motivierten Übergangsphase, in der zunächst die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet werden sollte. Charakteristisch für alle kommunistischen Parteien in Ost und West war der Verzicht, die angestrebte Ordnung deutlich als Übergangsperiode zum Sozialismus stalinistischer Prägung zu deklarieren. Von Anfang an war jedoch daran gedacht, diese »antifaschistisch-demokratische Ordnung« über Zwischentappen auf dieses Ziel hin zu entwickeln. Die Art der Machteroberung sollte sich zwar nach demokratischen Spielregeln richten, die Macht dann unabhängig existierender Mehrheitsverhältnisse nicht mehr aus den Händen gegeben werden.

Freilich vermittelte die Formel vom »demokratischen Weg« zum Sozialismus den Eindruck reformkommunistischer Wandlungen. Mit dem im Februar 1946 veröffentlichten Artikel von Anton Ackermann »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« stellte die KPD-Führung die Möglichkeit eines demokratischen Weges zum Sozialismus in Deutschland in Aussicht. Doch was dies nun konkret bedeuten würde, blieb völlig offen. Nicht beantwortet war die Frage, ob und wie dieser Weg auch ein parlamentarischer sein werde. Von der Erringung parlamentarischer Mehrheiten war in dem Artikel Ackermanns und den »Grundsätzen und Zielen« der SED nicht die Rede, lediglich von einer »Beschränkung auf rein gesetzliche Mittel«. Sowohl der Weg zum Sozialismus selbst als auch das Ziel wurden inhaltlich nicht konkretisiert, und fraglich blieb auch, ob der »friedliche Weg« für alle Teile Deutschlands Gültigkeit haben könnte.

So bedeutete die Hervorhebung eines »demokratischen Weges« zum Sozialismus keine wirkliche Alternative zum Stalinschen Sozialismusmodell. Derartige Überlegungen waren auch nicht den Einsichten der deutschen Kommunisten entsprungen. Die Betonung der nationalen Besonderheiten resultierte weniger aus der Analyse der konkreten deutschen Situation. Sie stellte vielmehr den Versuch dar, die Politik der KPD in ein internationales Konzept der kommunistischen Weltbewegung sowie in die sowjetische Interessenlage einzuordnen. Die seit 1944 von den kommunistischen Parteien betonten Sonderwege entsprachen den sowjetischen Nachkriegsplänen, die darauf hinausliefen, die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten auch nach Kriegsende fortsetzen zu können. Die Akzeptanz oder gar Förderung von Sonderwegen zum Sozialismus bildete also eine wichtige Komponente für die Koope-

rationsbasis der Sowjetunion mit den Westmächten. Die offizielle Rücknahme der Sonderweg-Thesen fiel auch nicht zufällig mit dem Auseinanderbrechen der alliierten Zusammenarbeit 1948 zusammen. So wurde mit der Abkehr vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« ein ideologischer Ballast abgeworfen, den nicht wenige aus der KPD kommende SED-Funktionäre nur unter dem Druck der Parteidisziplin zähneknirschend mit sich herumgeschleppt hatten. Ein Bruch ist 1948 somit schwer erkennbar.

Auch im Parteiverständnis hatte sich nach 1945 wenig geändert. Sicherlich, die KPD schickte sich an, im Unterschied zur Weimarer Zeit eine Massenpartei zu werden, die nach der Staatsmacht griff. Hatte das aber Einfluß auf die inneren Funktionsmechanismen? Die KPD legte auch nach 1945 in Fortführung der Tradition Lenins und Stalins besonderen Wert auf die bedingungslose Durchführung gefaßter Beschlüsse und den kämpferischen Charakter der Partei. In ihrem Entwurf für die »Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei« knüpfte die KPD an die von Stalin kanonisierten Merkmale einer kommunistischen Partei aus dem Jahre 1924 an und berief sich auf die »Weiterentwicklung des Marxismus in der imperialistischen Epoche, den Leninismus«. Die KPD sah ferner »in der bedingungslosen Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und in der strikten Durchführung der gefaßten Beschlüsse die echte Demokratie, in der die demokratische Willensäußerung der Mitglieder oberstes Gesetz ist.« Die kommunistischen Vorarbeiten zur Gründung der SED machten die wichtigsten Elemente eines stalinistischen Parteiverständnisses erkennbar. Wiederholt wurde der Charakter der künftigen Partei als einer Kampfpartei betont, die nach außen hin einen einheitlichen Willen verkörpern müsse. Die Aneignung Leninscher Parteinormen hatte bei Kommunisten, die im April 1946 in das Zentralsekretariat und den Parteivorstand der SED gewählt wurden, tiefe Spuren hinterlassen. In Reaktion auf Forderungen der Sozialdemokraten betonte die KPD ihr Bekenntnis zur innerparteilichen Demokratie, womit ein sichtbarer Unterschied zur KPD der Weimarer Zeit herausgestellt werden sollte. Allerdings hatte schon Wilhelm Pieck während der zweiten Sechziger-Konferenz am 26. Februar 1946 zu verstehen gegeben, daß die KPD nicht gewillt war, ihre Auffassung über den demokratischen Zentralismus zu revidieren, und so gab es auch keinerlei Unklarheiten, was unter innerparteilicher Demokratie zu verstehen war: »Die zwei elementarsten Grundsätze, unter denen eine Partei nur wirklich ihre Aufgaben erfüllen kann, sind einmal der demokratische Zentralismus und eine eiserne Disziplin in der Durchführung der gefaßten Beschlüsse.«

Nach außen hin schienen die beiden Parteiströmungen in den ersten Monaten der Existenz der SED gleichberechtigt in der gemeinsamen Partei vereint. Dieser Eindruck täuschte gewaltig. Denn unter der wahrnehmbaren Oberfläche tobte ein Kampf um die Vorherrschaft in der Partei, der mit einer schrittweisen Marginalisierung der Sozialdemokraten auf zentraler sowie auf Landesebene und durch eine rasche Demontage der innerparteilichen Demokratie verbunden war. Die Erwartungen vieler Sozialdemokraten, sich in der Einheitspartei gegenüber den Kommunisten

behaupten zu können, hatten sich allzu rasch als trügerisch erwiesen. Schon unmittelbar nach der Parteigründung begannen Kommunisten, ihre politischen Vorstellungen, die sich im Verlaufe der Einheitskampagne als nicht durchsetzbar erwiesen, nunmehr in der Einheitspartei – gestützt auf die Monopolstellungen in den Apparaten – durchzusetzen. Das betraf sowohl das kommunistische Organisationsverständnis vom demokratischen Zentralismus als auch die kommunistischen Disziplinierungsmechanismen, die auf eine Unterbindung eines freien innerparteilichen Diskussionsklimas zielten. Damit begann die Transformation der SED zu einer Partei sowjetischen Typs bereits im Jahr ihrer Gründung.

Schrittweise wurde in den Jahren 1946/47 das Parteistatut ausgehöhlt, um den sozialdemokratischen Einfluß in den mittleren und unteren Parteiebenen zu beschneiden und die Zentralisation und damit die Autorität der Parteispitze zu stärken. Zur Aushöhlung des 1946 beschlossenen Statuts kam es, indem mit den organisationspolitischen Richtlinien vom Dezember 1946 die Betriebsgruppe gegenüber der Ortsgruppe zur entscheidenden Grundeinheit der SED erklärt, Anfang 1947 die im Statut als verbindlich festgeschriebenen Bezirksverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg aufgelöst wurden, 1948 und 1949 die vorgeschriebenen Parteitage ausblieben und statt dessen im Jahre 1949 eine Parteikonferenz stattfand, die statutarisch nicht vorgesehen war. Zudem wurde es schon wenige Monate nach Parteigründung gängige Praxis, Mitglieder der verschiedensten Leitungsebenen von der übergeordneten Leitung her abzulösen oder sogar ganze Kreis- und Ortsvorstände der SED ohne Wahlakt auszutauschen. Die Außerkraftsetzung statutarischer Verbindlichkeiten seit 1946 lag im Charakter der Partei selbst begründet: Die SED war grundsätzlich auf eine autoritäre Führung der Partei festgelegt.

Eine sichtbare Zäsur im Prozeß der Umwandlung der SED in eine Partei Stalinschen Typs bildeten die im Herbst 1946 in der sowjetischen Zone durchgeführten Gemeindewahlen und Wahlen der Landtage. Der SED war es nicht gelungen, bei den Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 in einem Land die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erhalten. Vor allem die aus der KPD kommenden Landesfunktionäre beklagten den organisationspolitische Zustand der SED. Die mangelnde Mobilisierungskraft im Wahlkampf erschien aus kommunistischer Perspektive als ein Ergebnis des Organisationskompromisses vom April 1946. Mehrfach wurde kritisiert, daß die SED im Wahlkampf keine «einheitliche Linie» vertreten habe, nicht aus «einem einheitlichen Guß» wäre und selbst viele Mitglieder Desinteresse und Teilnahmslosigkeit offenbart hätten. Nicht wenige SED-Funktionäre kommunistischer Herkunft forderten organisationspolitische Konsequenzen nach den Wahlen und brachten Lenins Kriterien für eine Partei neuen Typs ins Spiel. Zum zentralen Schlagwort entwickelte sich die »Durchorganisation der Partei«, unter dem sich die Bemühungen um Unterordnung, Disziplinierung und Indoktrination verbargen. Als direkte Folge der in allen Landesverbänden mit ungewohnter Schärfe geführten Debatten um die Bewertung der Wahlergebnisse können die Auflösung der Bezirksverbände in Sachsen, Sachsen-

Anhalt und Brandenburg und die organisationspolitischen Richtlinien des Zentralsekretariats vom Dezember 1946 gesehen werden.

Am 24. Dezember 1946 bestätigte das Zentralsekretariat »Richtlinien für den organisatorischen Aufbau der SED«, die einen strukturellen Einschnitt in das organisationspolitische Gefüge der Partei markierten. Die Richtlinien des Zentralsekretariats schufen faktisch neue Struktureinheiten der Partei. Mit der Auflösung der Bezirksverbände Anfang 1947 wurde ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Gleichschaltung und Stalinisierung der Partei vollzogen. Die schleichende Stalinisierung wurde im August und September 1947 durch die Neuwahl der Vorstände aller Ebenen komplettiert. Besonders innerhalb der Kreisvorstände kam es im Ergebnis der Parteiwahlen unter Verletzung der Regeln der Parität zu erheblichen personellen Umbesetzungen. Betroffen vom personellen Ränkespiel waren jene aus der SPD stammenden Kreisfunktionäre, die selbstbewußt an die Durchsetzungskraft sozialdemokratischer Ideen in der SED glaubten und auch nicht bereit waren, ihre sozialdemokratische Identität aufzugeben. Sie wurden durch anpassungsbereite SED-Funktionäre sozialdemokratischer Herkunft ersetzt, von denen kein ernsthafter Widerstand gegen die geplante Umstrukturierung der SED erwartet wurde.

Die Oktoberwahlen hatten für die SED-Führung eine klare Erkenntnis gebracht. Da durch demokratische Wahlen der Machtanspruch der SED nicht mehr zu realisieren war, entwickelte sich jetzt der von der SED-Führung gesteuerte Prozeß der Machtsicherung und des Machtausbaus in einer anderen Perspektive. Da unter den unabwägbareren Voraussetzungen einer demokratischen Wahl die SED nicht mehr darauf einging, sich einem demokratischen Votum zu stellen, erhielten traditionelle sowjetische Machtsicherungselemente eine neue Dimension: zentralgeleitete Planwirtschaft, Zentralisation und Konzentration der Staatsorgane, »Partei neuen Typs«. Nicht die Mehrheit in den Parlamenten, sondern die Eroberung der Schlüsselstellungen in Wirtschaft und Verwaltung galten als Garant und Voraussetzung für den sozialistischen Aufbau, was den Charakterwandel der Partei dringend notwendig machte. Die Schaffung der »Partei neuen Typs« bildete im kommunistischen Politikverständnis die entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus, also die zentralistische Steuerung von Staat und Wirtschaft. Sie galt als unerlässlich für die Kontrolle des Verwaltungsapparates.

Der zweite Parteitag der SED vom September 1947 setzte bereits deutliche Zeichen, in welche Richtung sich die Partei nach den Vorstellungen der Führung zu entwickeln habe. Hatte noch vor dem Vereinigungsparteitag im April 1946 für Sozialdemokraten die Kritik an bereits gefaßten Beschlüssen zum Instrumentarium der innerparteilichen Demokratie gehört, so erläuterte Erich Gniffke den Delegierten des Parteitages, daß es dem Charakter einer sozialistischen Kampfpartei entspreche, wenn sich die Minderheit der Mehrheit unbedingt unterzuordnen habe. Die von Gniffke auf dem Parteitag im Auftrag des Zentralsekretariats unterbreitete Sprachregelung zu den Themen »Parteidisziplin« und

»persönliche Freiheit« ordnete sich in die Bemühungen ein, den Weg der SED zur Partei neuen Typs mit vorzubereiten.

Mit Vorstandsbeschlüssen vom Jahre 1948 fand der seit dem Frühjahr 1946 eingeleitete Wandel im Charakter und der Struktur der SED einen deutlich sichtbaren Niederschlag, sicherlich auch eine deutliche Forcierung. Denn die Fixierung der Partei auf das Betriebsgruppenprinzip, die Durchsetzung der Politik von oben nach unten innerhalb einer streng hierarchischen Struktur, das funktionsbedingte Agieren jedes einzelnen Funktionärs, die Verdrängung und Ausschaltung jeglichen Ansatzes oppositionellen Denkens erreichte seit 1948 eine vorher nicht gekannte Qualität. Zur Durchsetzung des Führungsanspruchs betrachtete die Parteiführung die politische Gleichschaltung der SED unter dem Etikett »Einheit und Geschlossenheit« auf eine Weise als unabdingbar, die vorher nicht in dieser Form artikuliert worden war.

Dennoch bin ich der Auffassung, daß die Stalinisierung der SED nicht, wie oft angenommen, im Jahre 1948 als Reaktion auf den Kalten Krieg, sondern schon unmittelbar nach der Parteigründung im Sommer 1946 begann. Meine Untersuchungen, auf die ich hier nicht im Detail eingehen kann, lassen erkennen, wie in einem komplexen Prozeß Freiräume in den paritätisch besetzten Führungsgremien zuerst eingeschränkt, dann schrittweise eliminiert wurden. Anhand der Unterlagen der Landesarchive, die ich in den letzten Jahren einsehen konnte, wird erkennbar, auf welche Weise sich die SED-Führung zunehmend auf zentral gesteuerte Disziplinierungs- und Gleichschaltungsmaßnahmen zurückgriff, nachdem ab Herbst 1946 deutlich wurde, daß die SED als »Russenpartei« in der sowjetischen Zone freie Wahlen nicht gewinnen würde und sie sich mit andauernden Fraktionskämpfen, Resignation und Passivität an der Basis in einer Krise befand.

Die Fixierung auf den zentralen Parteivorstand und das Jahr 1948 suggeriert eine grundsätzliche Weichenstellung im Prozeß der Stalinisierung der SED, verdrängt jedoch in dieser Festlegung auf ein »Schlüsseljahr« die vorangegangenen Schritte in allen Parteigliederungen seit April 1946. Monate vor der erklärten Wandlung zur »Partei neuen Typs« war der Weg dahin organisatorisch und ideologisch längst beschritten.

HERBERT MAYER

Die internationale sozialistische Konferenz und der Marshall-Plan 1947/48

Das Europäische Wiederaufbauprogramm (European Recovery Program, ERP), bekannt geworden als Marshall-Plan, teilte die Welt und reflektierte die Teilung der Welt.¹ Zusammen mit der Truman-Doktrin zur Eindämmung des Kommunismus vom 12. März 1947 kennzeichnete es deutlich die Wende der amerikanischen Nachkriegspolitik. Vorstellungen und Ziele in den USA mögen differiert haben, als Marshall seine später berühmt gewordene Rede am 5. Juni 1947 hielt. Auf jeden Fall bot er Europa amerikanische Hilfe (Nahrungsmittel, Rohstoffe, Maschinen, Energieträger) an, wenn die Europäer dazu die Initiative ergriffen. Marshall erklärte, »unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, aber eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundung der anderen Länder zu hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten.«² Damit war die Stoßrichtung gegen die Sowjetunion anvisiert und erkennbar, daß die Mittel nicht ohne Bedingungen vergeben würden. Bei Beratungen, beginnend am 27. Juni 1947 in Paris, warnte die Sowjetunion vor den Folgen der Annahme der Hilfe für die wirtschaftliche und politische Autonomie der betroffenen Staaten. Der sowjetische Außenminister Molotow brach am 2. Juli die Verhandlungen mit seinen britischen und französischen Amtskollegen Bevin und Bidault ab. Die wichtigsten Einzelheiten des ERP wurden in Konferenzen im zweiten Halbjahr 1947 festgelegt, an ihnen waren 16 Länder beteiligt, aber keines aus Osteuropa, die westlichen Besatzungszonen Deutschlands wurden (nach der Londoner Konferenz) durch die Mitwirkung der Militärgouverneure einbezogen. Die Ablehnung des Marshall-Plans durch die Sowjetunion und durch die osteuropäischen Länder, die Kominform-Gründung im September 1947 und die Prager Februar-Ereignisse 1948 wirkten als Katalysatoren, Widerstände im amerikanischen Kongreß zu überwinden und den Plan durchzusetzen, so daß am 3. April 1948 der Kongreß den Economic Cooperation Act annahm. Zugleich wurde der Sowjetunion nebst osteuropäischen Staaten und Kominform die Verantwortung für die Blockbildung zugeschoben. Insbesondere die Stalinsche These von den zwei Lagern – dem »antiimperialistischen, demokratischen« und dem »imperialistischen, antidemokratischen Lager« – verstärkten diesen Eindruck. Der Plan trug einerseits zur weiteren Formierung des westlichen Lagers und zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems in Westeuropa bei, forcierte andererseits den sich entfaltenden Ost-West-Konflikt, die

Herbert Mayer – Jg. 1948, Historiker, Dr. sc. phil., Studium in Leipzig, Forschungs-, Publikations- und Editionsarbeiten zur Zeitgeschichte, besonders zur Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, zum Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, zur Sozialistischen Arbeiterinternationale und Sozialistischen Internationale; jüngste Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD nach 1945 und der SED.

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

1 Vgl. zum Marshall-Plan an deutschsprachiger Literatur u. a. G. Bischof: Der Marshall-Plan in Europa 1947-1952, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur

Blockbildung und den Kalten Krieg. An Stelle der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in der Antihitler-Koalition trat bei ihren einstigen Verbündeten immer mehr eine Politik der Eindämmung.

Von den Zielen, die die USA mit dem Marshall-Plan verfolgten, werden im Nachhinein besonders sichtbar: 1) Durch amerikanische Wirtschaftshilfe sollte ein möglichst großer Teil des europäischen Kontinents von den USA beherrscht werden. 2) Die Sowjetunion sollte ausgeschaltet werden (bzw. sich selbst ausbooten), ihr Einfluß vermindert und der Kommunismus zurückgedrängt werden. Gewertet werden konnte er je nach Sichtweise als Defensivmaßnahme gegen ein befürchtetes Vordringen des »Kommunismus« oder als Expansion der politischen und wirtschaftlichen Macht der USA.

Die Reaktion einiger europäischer sozialdemokratischer Parteien
Zunächst zu den Reaktionen einiger sozialdemokratischer Parteien auf den Vorschlag Marshalls, die die Debatten in internationalen sozialdemokratischen Gremien deutlicher werden lassen.

Die britische Labour Party unterstützte den Marshall-Plan von Anfang an.³ Dies leitete sie aus der wirtschaftlichen Lage des Landes ab, und das gründete sich auf die engen Beziehungen der Partei zur Regierung und zu den Gewerkschaften. Die LP sah im Plan sowohl ein gemeinsames amerikanisch-britisches Projekt als auch eine Möglichkeit, daß die begonnenen Sozialreformen und der wirtschaftliche Wiederaufbau unter Führung der LP-Regierung verwirklicht werden könne. Es blieb in der LP die Illusion verbreitet, daß die USA uneigennützig handelten und Großbritannien als Verbündeten ansahen, der Hilfe brauchte. Der britische LP-Außenminister Bevin ging schnell auf den vagen US-Vorschlag ein und initiierte Schritte zu seiner Umsetzung.

Die französische sozialistische Partei, die SFIO, war sich einig über die Notwendigkeit einer amerikanischen Wirtschaftshilfe für Frankreich und seine Nachbarn, da Fortschritte zum Sozialismus nur bei wirtschaftlicher Prosperität möglich seien. Sie sah im Vorschlag von Marshall ein Programm, das mit amerikanischer Hilfe zum Wiederaufbau Europas, einschließlich Osteuropas, führt. Die SFIO hegte Hoffnungen, mit dem Marshall-Plan eigene außenpolitische Ziele im Sinne des Dritten-Kraft-Konzepts, der Troisième Force Européenne, durchzusetzen.⁴ Ein sozialistisches, ein sozialdemokratisch geführtes Europa sollte als Dritte Kraft fungieren, den Gegensatz der beiden Weltmächte aufheben und der gegenseitigen Annäherung dienen. Das Dritte-Kraft-Konzept verstand sie in dem Sinne, Europa als supranationale Einrichtung mit Hoheitsrechten, Parlament und Exekutive zu gestalten. Das unter französisch-britischer Führung stehende Europa der dritten Kraft hätte ihrer Auffassung nach auch zur Wiedererrichtung der Sozialistischen Internationale beigetragen. Die SFIO-Vorstellungen verkannten – auch in der Folgezeit – das Ausmaß des eskalierenden Ost-West-Konflikts und verfielen in Illusionen sowohl über die Stärke der europäischen Staaten wie auch der europäischen Sozialdemokratie.

Die skandinavischen Parteien (Norwegens, Dänemarks und Schwedens), die 1947 alle an der Regierung waren, nahmen analog

Wochenzeitung Das Parlament, 22-23/97, S. 3 ff.; W. Heering: Der Marshall-Plan und die ökonomische Spaltung Europas, in: ebenda, S. 30 ff.; P. Wagner: Mythos Marshall-Plan. Das europäische Wiederaufbauprogramm in der deutschen öffentlichen Meinung 1947-1952, Pfaffenweiler 1996; G. Hardach: Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952, München 1994; C. S. Maier/G. Bischof (Hrsg.): Deutschland und der Marshall-Plan, Baden-Baden 1992; W. Loth (Hrsg.): Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950, Bonn 1990; vgl. zur Thematik dieses Beitrags vor allem auch O. N. Haber/L. Niethammer (Hrsg.): Der Marshall-Plan und die europäische Linke, Frankfurt 1986 (im folgenden Haber/Niethammer); R. Steininger: Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 1979 (im folgenden R. Steininger) (vgl. auch ders.: Der Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale, in: Haber/Niethammer, S. 481 ff.).

2 Rede des amerikanischen Außenministers Marshall vom 5. Juni 1947 an der Harvard-Universität, in: C. Gasteyer: Europa von der Spaltung zur Eingung, Bonn 1997, S. 69. Vgl. auch Europa-Archiv, (2) 1947, S. 821 ff., dort auch eine Chronik und die Kurzfassung des Schlußdokuments.

3 Vgl. zur LP v. a. A. Sked: Die britische Arbeiterpartei und der Marshall-Plan, in: Haber/Niethammer, S. 407 ff. Zunächst war der Plan in der LP auf Widerstände – so von Keep Left – gestoßen, die aber dann auf-

gegeben wurden. Im Mai 1948 hat dann der LP-Parteitag nachdrücklich den Plan unterstützt. Diejenigen, die nun weiterhin gegen den Marshall-Plan auftraten, galten als Mitläufer der KP und wurden aus der LP ausgeschlossen.

4 Vgl. zur SFIO v. a. W. Loth: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940 - 1950, Stuttgart 1977, S. 139 ff.; ders.: Die französischen Sozialisten und der Marshall-Plan, in: Haberl/Niethammer, S. 359 ff. Die Gruppe der Gegner des Marshall-Plans in der SFIO war klein, der Widerstand kam von der Gruppe um Y. Dechezelles, die aber auf dem Parteitag im August 1947 nur 274 von 4984 Stimmen erhielt und Anfang 1948 aus Partei ausschied.

5 Vgl. zu den skandinavischen Parteien v. a. E. Lorenz: Skandinavische Arbeiterbewegung und Marshall-Plan, in: Haberl/Niethammer, S. 423 ff.; K. Misgeld: Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden, Frankfurt - New York 1984, isb. S. 96 ff.

6 Die spätere Teilnahme ihrer Länder am ERP und die daraus resultierende Abhängigkeit von den USA hatten in den skandinavischen Ländern und ihren sozialdemokratischen Parteien unterschiedliche Konsequenzen zur Folge. Die DNA verband ihre positive Einstellung Anfang 1948 mit einer außenpolitischen Neuorientierung Norwegens, um eine stärkere Bindung an die USA und Großbritannien durchzusetzen. Die SAP hielt als Regierungspartei die Neutralität Schwedens

ge Positionen ein. Nach anfänglichen starken Bedenken und Vorbehalten liefen sie im Laufe der Zeit auf eine immer klarere Zustimmung zur US-Hilfe hinaus.⁵ Die Norwegische Arbeiterpartei (DNA) z. B. befürchtete zunächst allerdings die Spaltung Europas, vertrat ein Konzept des Brückenbaus und wollte nicht in Ost-West-Spannungen hineingezogen werden. Die skandinavischen Parteien betonten wirtschaftliche Aspekte und sahen ihre Zustimmung zum Plan nicht zugleich auch als Beteiligung an einer westlichen Blockbildung.⁶

Westdeutschland nahm im Marshall-Plan einen zentralen Platz ein, da Deutschland im Zentrum des Ost-West-Konflikts stand. Die grundsätzliche Stellungnahme der SPD zum Marshall-Plan erfolgte im Juni/Juli 1947 auf dem Nürnberger Parteitag im Referat Kurt Schumachers »Deutschland und Europa« und der dazu angenommenen Resolution.⁷ Sie enthielten ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen sozialen und ökonomischen Entwicklung Europas. Schumacher wandte sich dagegen, den Plan als »Geschäftsprojekt« zu kennzeichnen und wertete ihn als »echte Hilfeleistung« der USA. Die angenommene EntschlieÙung machte den »Erfolg der großangelegten Hilfsaktion der USA für das zerrissene Europa« vom Tempo und der Intensität der Hilfe abhängig. Deutschland könne seine Volkswirtschaft und das nationale Leben nicht aufbauen ohne Hilfe der Siegermächte. Daher standen die Bedingungen des Marshall-Planes den wirtschaftspolitischen Forderungen der SPD (und anderer sozialdemokratischer Parteien) nach Sozialisierung der Schlüsselindustrie und nach Planung der Wirtschaft entgegen. Die SPD-Vertreter im Bizonenwirtschaftsrat stimmten im Juli 1947 dem Plan zu.⁸

Die Debatte in der internationalen Sozialdemokratie

Als der Marshall-Plan verkündet wurde, gab es keine sozialdemokratische Internationale. Die Sozialistische Arbeiterinternationale war 1940 zusammengebrochen, ein Wiederaufbau scheiterte an verschiedenen Widerständen und Zielsetzungen der einzelnen Parteien. In der Internationalen Sozialistischen Konferenz (ISK) mit einem Sozialistischen Informations- und Verbindungsbüro (SILO) hatten 1945/46 die sozialdemokratischen Parteien eine vorläufige Form der losen Zusammenarbeit gefunden. Ihr gehörten auch die sozialdemokratischen Parteien Osteuropas an. Diese arbeiteten seit dem Widerstandskampf im Zweiten Weltkrieg mit den einheimischen kommunistischen Parteien zusammen. Hingegen hatten die westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien zur Zeit der Verkündung des Marshall-Plans eine solche Zusammenarbeit meist bereits aufgegeben bzw. strikt abgelehnt. Die Haltung der internationalen Sozialdemokratie zu den Vorschlägen von Marshall tangierte eine Reihe internationaler und nationaler Probleme:

- den Ost-West-Konflikt und die Blockbildung;
- die Positionsbestimmung gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern;
- die Haltung zu den kommunistischen Parteien;
- die eigenen gesellschaftspolitischen Konzeptionen und Möglichkeiten zu deren Verwirklichung;

- die Wahrung nationaler Unabhängigkeit;
- die weitere Entwicklung Deutschlands.

Es deutete sich das Dilemma an, in das die internationale Sozialdemokratie und ihre Parteien mit dem Marshall-Plan gerieten: Akzeptierten sie den Plan, besaßen sie kaum Möglichkeiten, eine sozialdemokratische Konzeption einer Dritten Kraft, eines dritten Weges zwischen USA und Sowjetunion bzw. zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu beschreiben. Wollten sie den Plan ablehnen, bestand die Gefahr, daß sie an politischem Einfluß verloren. Sie hatten daher für eine Zustimmung wie auch für eine Ablehnung die erwarteten positiven und negativen Auswirkungen auf ihre eigenen Positionen abzuwägen.⁹

Die widersprüchliche Lage bestimmte auch die Beratung der Internationalen Sozialistischen Konferenz, die wenige Tage nach der Rede Marshalls in Zürich vom 6. bis 9. Juni 1947 stattfand. Bei ihrer Eröffnung plädierte der Schweizer Hans Oprecht für ein sozialistisches Europa, in dem das Erbe eines freiheitlichen, demokratischen Geistes aufrechterhalten werde, daraus ergebe sich die historische Aufgabe, zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika einen demokratisch-sozialistischen Weg zu gehen.¹⁰ Den Gedanken eines »sozialistischen« Europa als dritte Kraft zwischen USA und Sowjetunion schienen zu dieser Zeit viele sozialdemokratische Parteien zu akzeptieren, um der Blockbildung entgegenzusteuern bzw. die Rolle eines Vermittlers übernehmen zu können. Die damit verbundene Idee, durch eine Annäherung der sozialdemokratischen Parteien Europas zugleich die wirtschaftliche Einigung Europas mit sozialistischer Zielsetzung voranzutreiben und durch eine gesamteuropäische Kooperation die Blockbildung zurückzudrängen, die die französischen und belgischen Sozialisten vertraten, stieß aber auf die Ablehnung vor allem der britischen Labour-Leute. Der Züricher Konferenz gelang es nicht, zu den wichtigen aktuellen Themen eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Die Wiedergründung einer sozialdemokratischen Internationale wurde vertagt, nachdem die Bildung einer einheitlichen, auch die kommunistischen Parteien oder gar die gewerkschaftlichen Organisationen umfassenden Internationale schon seit längerem unrealistisch geworden war. Auch die Aufnahme der SPD in die ISK wurde weiter verschoben. In den nachfolgenden Monaten verdeutlichte sich: Die Blockbildung in der Weltpolitik wirkte auf die sozialdemokratischen Parteien immer deutlicher zurück. Das trat am klarsten – neben der deutschen Frage und dem Verhältnis zu den kommunistischen Parteien – in der Haltung zum Marshall-Plan zutage.

Die französische und die belgische sozialdemokratische Partei wollten mit der Neugründung der sozialdemokratischen Internationale auf die Gründung des Kominform im September 1947 antworten und damit die Parteien Osteuropas stärker an den Westen binden. Die Briten, Skandinavien und Holländer, die offenbar schon zu dieser Zeit bereit waren, sich von diesen Parteien zu trennen, waren dagegen. Zwischen diesen divergierenden Positionen setzte sich der Kompromiß durch, den bisherigen Weg fortzusetzen und so die Verbindungen zu den osteuropäischen Parteien auf-

aufrecht. Die dänische Sozialdemokratie blieb – weiter mit wirtschaftspolitischen Gründen argumentierend – zunächst noch bei ihrer Neutralitätspolitik, um sich dann mit der NATO-Gründung an der westlichen Blockbildung zu beteiligen.

7 Vgl. dazu und dem folgenden Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, Hamburg o. J., v. a. S. 35 ff., S. 225 ff.; an Darstellungen zur SPD: E. U.Huster: Die Politik der SPD 1945-1950, Frankfurt/Main - New York 1978; H.-P. Ehni: Die Reaktion der SPD auf den Marshall-Plan, in: Haberl/Niethammer, S. 217 ff.; U. Plener: SPD 1945-1949, Berlin 1981, S. 217 ff.

8 Am 9. April 1948 befürwortete der SPD-Vorstand die Annahme des Plans. Für die SPD traten immer mehr die Vereinigung der Westzonen und ihr wirtschaftlicher Aufbau in den Vordergrund, gleichzeitig versicherte sie, daß diese (hinsichtlich der Forderung nach der deutschen Einheit) nur ein Provisorium seien.

9 Vgl. dazu W. Loth: Die französischen Sozialisten ..., a. a. O., S. 359 f.

10 Vgl. zur Tagung Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam, Socialist International, International Socialist Conference, International Socialist Conference 6 - 9 June 1947 Zurich 1947. Vgl. dazu weiter und zur Entwicklung der ISK generell R. Steininger: S. 53 f., 74 ff., 223 ff.; K. Misgeld: S. 83 ff.; J. Braunthal: Geschichte der Internationale, Bd. 3, Berlin(W) -

Bonn, S. 174 ff.; W. Loth: *Internationalismus ...*, S. 115 ff.; K.-L. Günsche/K. Lantermann: *Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale*, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 119 ff.

11 Vgl. IISG, a.a.O., *International Socialist Conference*, Antwerp, 28 November - 2 December, 1947; vgl. auch Dokument Nr. 13. *Internationale Sozialistische Konferenz in Antwerpen*, in: R. Steininger: S. 282 ff.; zum Verlauf R. Steininger, S. 57 ff.; K. Misgeld, S. 110 ff.

12 Diese Rede und Auszüge aus dem Protokoll sind abgedruckt in: Dokument Nr. 14. *Internationale Sozialistische Konferenz in Antwerpen*, in: R. Steininger, S. 285 ff.

rechtzuerhalten. Divergenzen bestanden auch zum Marshall-Plan: Während die westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien den Marshall-Plan meist befürworteten, wurde er von den sozialdemokratischen Parteien der osteuropäischen Staaten abgelehnt.

Als entscheidend für die weitere Positionsbestimmung und Entwicklung der internationalen Sozialdemokratie erwies sich die Internationale Sozialistische Konferenz in Antwerpen vom 28. November bis 2. Dezember 1947. An ihr nahmen 72 Delegierte aus Argentinien, Kanada, Brasilien, Palästina, dem Bund sowie aus den europäischen Staaten Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn teil, als Beobachter waren auch Parteien aus Indien, den USA, Bulgarien und Spanien vertreten. Die Wiedergründung der Internationale wurde nicht ausdiskutiert, aber das SILO in das Komitee der Internationalen Sozialistischen Konferenz (Comisco) umgewandelt und ein Vollzugsausschuß (Sub-Committee) als weiteres Führungsgremium gebildet. Die Konferenz selbst war von drei weiteren Problemen beherrscht: der Aufnahme der SPD in die ISK, den Beziehungen zu den kommunistischen Parteien und zum Marshall-Plan.¹¹ Die Diskussion zu den beiden zuletzt genannten Fragen wurde unter den Tagesordnungspunkten »Weltfrieden« und »Wirtschaftlicher Wiederaufbau« geführt. Es offenbarten sich unterschiedliche Standpunkte zu allen grundlegenden Fragen. Dabei verlief die Scheidelinie im wesentlichen zwischen den osteuropäischen Parteien mit der italienischen PSI auf der einen Seite sowie den west- und nordeuropäischen Parteien andererseits. Entscheidende Debatten fanden bereits in den Sitzungen der Kommissionen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten statt. Das Grundsatzreferat in der Kommission für den Weltfrieden hielt H. Laski, der einige Jahre zuvor Vorsitzender der LP war und als Linker galt, hier aber die offizielle Parteilinie zu vertreten hatte.¹² Die LP konstatierte die bestehenden Gegensätze zwischen West- und Osteuropa und die Notwendigkeit für die sozialdemokratischen Parteien Osteuropas, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Den Marshall-Plan wertete Laski entsprechend der Position der LP als einen zeitlich begrenzten Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung und Schritt zur europäischen Unabhängigkeit, der ein Gleichgewicht in der Weltwirtschaft herstelle. Er bekundete Verständnis, daß die Osteuropäer den Plan zurückwiesen.

Nach Laski betonte fast jeder Redner die Dringlichkeit amerikanischer Hilfe, doch wurden die unterschiedlichen Positionen deutlich. Pietro Nenni aus Italien stellte im Gegensatz zu Laski den Marshall-Plan in engen Zusammenhang mit der Truman-Doktrin und sprach von der Gefahr der Konterrevolution, insbesondere in Frankreich und Italien. Er hielt die amerikanische Hilfe für Italien für notwendig, doch dürfe kein zweites Griechenland entstehen, wo der amerikanische Einfluß bereits die Sozialisten und die Kommunisten zum Austritt aus der Regierung getrieben habe. Er schätzte ein, daß die Sowjetunion Frieden brauche, der aber durch eine »Kriegspartei« gefährdet sei, die aus Überbleibseln des Faschismus in Europa und den Kapitalisten in den USA bestehe. Nenni for-

derte, Truman-Doktrin und Marshall-Plan abzulehnen und rief zur internationalen und nationalen Aktionseinheit der Arbeiterparteien auf.

Die Kritik an den USA unterstützten mehrere Diskussionsteilnehmer, sie stieß aber auch auf Widerstand. Vor allem die belgischen Vertreter H. Rolin und M. Buset sowie der Holländer K. Vorrink wiesen die Vorwürfe gegen die US-Politik zurück und verlangten statt dessen eine stärkere Kritik an der Sowjetunion und ihrer Politik in Osteuropa. Rolin plädierte zugleich für eine neutrale Rolle der Sozialdemokratie gegenüber den zwei Weltmächten, während Vorrink der Illusion nachhing, der Marshall-Plan könne zum Sozialismus gelenkt werden.

Die beiden polnischen Delegierten K. Rusinek und J. Hochfeld wiesen Behauptungen, die PPS würde zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten und zur Ablehnung des Marshall-Plans gezwungen werden, zurück. Die Ablehnung des Marshall-Plans begründeten sie damit, daß dieser den Wiederaufbau der deutschen Industrie und die Intervention des Kapitalismus in Polen bedeute. Sie befürchteten, daß sich die griechischen Ereignisse in Osteuropa wiederholen könnten, und verwahrten sich daher gegen eine amerikanische Einmischung in Polen.

Gegen Vorrinks Widerstand wurde eine Resolutionskommission eingesetzt. Im vorgeschlagenen Resolutionsentwurf wurde die Existenz feindlicher Blöcke als ständige Ursache von Konflikten bestimmt; die Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien wurde daher darin gesehen, alles zu tun, »um die Verbindungen sowie Kultur- und Handelsabkommen zwischen jenen Ländern wieder herzustellen und auszubauen, die sich gegenwärtig in getrennten Einflußsphären befinden«. Zur ersten Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden wurde die Vereinigung von Europa deklariert. In diesem Zusammenhang wurde gefordert, eine dauernde Spaltung Deutschlands zu verhindern, da diese zur Zerstörung der europäischen Einheit und zur Wiedergeburt des deutschen Nationalsozialismus führe. Die Resolution verurteilte die Entwicklung in Franco-Spanien und die Einmischung in Griechenland. Zum ERP hieß es: »Die Konferenz anerkennt die Notwendigkeit einer Hilfe beim Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft, betont aber gleichzeitig, daß keine Hilfe angenommen werden kann, die die nationale Unabhängigkeit oder die Möglichkeit sozialer Reformen in irgendeinem Lande bedroht«. Dieser Entwurf wurde von den holländischen und österreichischen Vertretern als »vollkommen einseitig« heftig kritisiert, da er nichts zu Osteuropa und zur kommunistischen Politik enthielt. Er wurde dennoch mit zwölf zu zwei Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Der polnische Vertreter hatte einen eigenen Entwurf präsentiert, der soziale und anti-kapitalistische Aspekte stärker betonte, aber abgelehnt wurde.

Ähnlich verlief die Diskussion in der Wirtschaftskommission. Obwohl feststand, daß die osteuropäischen Länder nicht am Marshall-Plan teilnehmen werden, versuchte der Brite M. Phillips, wenn auch vergeblich, die Zustimmung der Konferenz für die Position der westeuropäischen Parteien zum Marshall-Plan zu gewinnen. Er forderte, daß die Parteien, deren Länder an der Konfe-

renz in Paris am 12. Juli teilnehmen, sich auf eine Zusammenarbeit einigen, um amerikanische Hilfe zu erhalten. Wie er argumentierten auch weitere Redner, so E. Anseele aus Belgien oder der Norweger H. Lie für die Annahme der Marshall-Plan-Hilfe, da sie ohne politische Bedingungen erfolge und Westeuropa sie brauche, um den Lebensstandard zu erhöhen. Die Resolution umschrieb die unterschiedlichen Auffassungen: »Die Konferenz bedauert das Fehlen eines internationalen Planes für den Wiederaufbau kriegszerstörter Gebiete sofort nach Einstellung der Feindseligkeiten. Sie verweist auf die Bedeutung einer entsprechenden internationalen Aktion zum Wiederaufbau dieser Gebiete, die der Naziaggression zum Opfer fielen. Die Zusammenarbeit der 16 Nationen, die bei der Pariser Konferenz vertreten waren, wird von den Sozialisten der Mehrheit dieser Länder als Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles gutgeheißen. Gleichzeitig vertiefen die Länder Osteuropas die wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander; dies wird von den sozialistischen Vertretern aus jenen dieser Länder, die an der Konferenz teilnehmen, gleichfalls gutgeheißen.«¹³

Die in den Kommissionen erarbeiteten Resolutionsentwürfe wurden von der Konferenz insgesamt angenommen. Die italienische und die polnische Delegation traten vergebens gegen den »Dritte-Kraft-Geist« der Mehrheit der Konferenzteilnehmer auf. Ihre Schlußfolgerung war, daß die Teilung der Welt in zwei Lager eine Tatsache ist und die natürlichen Bundesgenossen der Sozialisten die Kommunisten sind. Für eine entsprechende Abänderung der Resolution in einem Zusatzantrag stimmten nur die Delegierten Ungarns, Italiens und Polens, er wurde mit 14 Gegenstimmen bei der Stimmenthaltung des Bund abgelehnt. Die Konferenz bestätigte letztlich, daß die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas den Marshall-Plan unterstützten, die Osteuropas ihn aber ablehnten. Die osteuropäischen Parteien sahen eine unabhängige und demokratische Entwicklung nur im Bündnis mit der Sowjetunion gegeben, die westeuropäischen bezogen gegenteilige Positionen.

Die erste Tagung des Comisco fand am 10. Januar 1948 statt.¹⁴ Erstmals nahmen Vertreter der SPD teil, ohne daß sie in die Diskussion eingriffen. Der Marshall-Plan stand zwar nicht als spezielles Thema auf der Tagesordnung, bestimmte aber die Tagung. Der Norweger H. Lie hatte beantragt, eine internationale Konferenz der Sozialdemokratie einzuberufen. Teilnehmen sollten die Parteien aus den Ländern, die den Marshall-Plan unterstützten, nicht aber die Parteien aus den Ländern, die gegen den Plan waren. Das hieß im Klartext, daß die osteuropäischen Parteien nicht eingeladen werden sollten, was die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten weiter zuspitzte. Der PPS-Vertreter bezweifelte den Sinn einer solchen Konferenz. Dem Comisco wurde die Kompetenz abgesprochen, eine solche Konferenz einzuberufen. Ein Kompromiß sah die LP als Ausrichter der Konferenz vor. Dagegen wandten sich die französischen, belgischen und Schweizer Delegierten, sie wollten eine Konferenz aller Parteien zum Thema »Wirtschaftlicher Wiederaufbau Europas im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan«, da sie sonst die Gefahr einer Spaltung zwischen den sozialdemokratischen Parteien befürchteten. Die osteuropäischen Parteien

13 Vgl. Summarised Report of the Meeting of the Committee of the International Socialist Conference, 10 January 1948; SILO Circular 80, 81; R. Steininger, S. 92; K. Misgeld, S. 121 f.; W. Loth: Internationalismus ..., S. 202 f.

14 Zit. nach Dokument Nr. 14, in: R. Steininger, S. 296.

waren mit diesem Vermittlungsvorschlag nicht einverstanden, sie wollten überhaupt keine Konferenz zum Marshall-Plan. Schließlich wurde mehrheitlich beschlossen, daß die LP eine Konferenz der Befürworter des Marshall-Plans einlade. Gegen diesen Vorschlag stimmten die Vertreter Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei, Hollands und Skandinaviens sowie die SPD. Die Spaltung der europäischen Sozialdemokratie wurde damit weiter vorangetrieben, denn nachdem die osteuropäischen Parteien auf den französischen Vermittlungsvorschlag nicht eingegangen waren, wurden nur die Parteien eingeladen, deren Länder sich am Plan beteiligten. Der Marshall-Plan spaltete also nicht nur Europa, sondern auch die sozialdemokratischen Parteien in zwei Lager.

Am 19./20. März 1948 fand in London die nächste Comisco-Tagung statt.¹⁵ Sie nahm die von der LP entworfene Entschließung über Osteuropa mit 12 Stimmen (Österreichs, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Deutschlands, Hollands, Großbritanniens, Islands, Luxemburgs, Norwegens, Schwedens und der Schweiz) bei Enthaltung der Vertreter vom Bund und von Palästina an. Die Mitgliedspartei aus Kanada war nicht vertreten. Nenni hatte eine Erklärung gegen die Resolution abgegeben, die Sitzung verlassen und nicht an der Abstimmung teilgenommen. Interessanterweise hatten die Delegierten der polnischen und der tschechoslowakischen Parteien ihre Visa nicht rechtzeitig erhalten, um an der Beratung teilnehmen zu können. Die Konferenz machte die Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung offenkundig – verantwortlich dafür wurde das Kominform gemacht. Die Resolution war eine unmittelbare Reaktion auf die Entwicklung in der Tschechoslowakei und griff die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien direkt und erstmals in dieser Schärfe an. Die früheren sozialdemokratischen Parteien Rumäniens, Bulgariens und Ungarns galten nicht mehr als Mitglieder des Comisco, sie hätten sich, da sie sich mit den kommunistischen Parteien vereinigt hatten, selbst ausgeschlossen. Auch die Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei wurde ausgeschlossen, da die Führung die Partei »an die Kommunisten verraten« habe. An die polnische PPS und die italienische PSI erfolgte ein »letzter Appell«, »dem Sozialismus und der Demokratie treu zu bleiben« und die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu beenden.¹⁶ Die PPS schied daraufhin aus dem Comisco aus. Als wichtigste Aufgabe sah man nun, ein von sozialdemokratischen Vorstellungen geprägtes demokratisches Europa zu schaffen, das sich dem von Tyrannei nach innen und Aggression nach außen charakterisierten sowjetischen Kommunismus entgegenstellte. Bei allen Divergenzen verband die verbliebenen Comisco-Parteien die Einheit im Kampf gegen den Kommunismus. Das erwies sich de facto, wenn auch nicht expressis verbis formuliert, als wichtigste Voraussetzung für die Marshall-Plan-Hilfe.

Im Anschluß an die Comisco-Tagung fand – mit fast identischem Teilnehmerkreis – die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien aus den am Marshall-Plan beteiligten Ländern in Selsdon Park am 21./22. März 1948 statt. Die Konferenz befaßte sich mit Bedingungen des Marshall-Plans und mit Methoden der Zusammenarbeit der beteiligten Länder. LP und SFIO hatten 14 sozialdemokratische

15 Vgl. SILO Circular 91, 22.3.1948, Minutes of Second Meeting of the Committee of International Socialist Conference, London 19. - 20. March 1948; IISG, Comisco 1948; R. Steininger, S. 93; W. Loth, in Haberl/Niethammer, S. 497; K.-L. Günsche/K. Lantermann, S. 121.

16 Zit. nach: Dokument Nr. 15. COMISCO-Konferenz in London, in: R. Steininger, S. 299 f.

17 Die Resolution der Tagung ist abgedruckt als Dokument 29. Marshall-Plan-Konferenz der sozialistischen Parteien in Selsdon Park/Surrey, in: R. Steininger, S. 364 f., die Zusammenfassung der Memoranden der französischen und britischen Partei als Dokument 27 und 28 Marshall-Plan-Konferenz der sozialistischen Parteien in Selsdon Park/Surrey, ebenda, S. 360 ff., folgende Zitate ebenda. Zur Darstellung der Tagung vgl. auch W. Loth: *Internationalismus...*, S. 202 ff.; R. Steininger, S. 139 f.

Parteien Westeuropas (Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Griechenland, Holland, Island, Italien, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz) eingeladen. Schon die Einladung bedeutete faktisch die Aufgabe des Dritte-Kraft-Konzepts der SFIO. Dennoch ließ sich das eigentliche Ziel der Konferenz, die Politik der sozialdemokratischen Parteien zu koordinieren, nicht erreichen. Die LP hatte in einem Memorandum das ERP als Weg zum Wiederaufbau und zur Stabilität der europäischen Länder interpretiert. Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit hatte für sie den Vorrang vor einer politischen Union.¹⁷ Eine andere Konzeption vertraten nach wie vor die Parteien Frankreichs und der Beneluxländer. Nach ihrer Auffassung sollte ein politischer Einheitspakt entstehen mit der Perspektive, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Der Marshall-Plan galt ihnen als Schritt, als Ausgangspunkt zu diesem Ziel. Da sie es für unwahrscheinlich hielten, daß die beteiligten Staaten ihre unmittelbaren Interessen ohne weiteres zugunsten umfassender Kooperation aufgeben würden, sollte »die im Rahmen des ERP geschaffene dauernde Organisation von Anfang an verfassungsmäßig supranationale Kompetenzen erhalten«. Die LP und die Parteien Skandinaviens, Österreichs und Italiens (die nun aufgenommene PSLI unter G. Saragat) traten auf der Tagung gegen dieses Konzept auf. Sie betonten erneut als wichtigste Funktion des Marshall-Plans die Wiedererlangung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Europas und der einzelnen Länder. Die LP setzte der SFIO-Forderung nach unmittelbarer Gründung einer europäischen Föderation die zahlreichen Schwierigkeiten entgegen, die sich aus der Wirtschafts- und Sozialstruktur der einzelnen Länder ergaben. Sie setzte durch, daß Entscheidungen über das ERP von wechselseitigen Vereinbarungen abhängen sollten, und daß Versuche, ihm supranationale Kompetenzen zuzuweisen, abgewiesen wurden. Die Schlußresolution enthielt das unbestimmte Ziel, »in der Erwartung der Schaffung Vereinigter Staaten von Europa« die wechselseitige Kooperation der europäischen Staaten auszuweiten. Insgesamt stimmte die Konferenz dem Marshall-Plan zu und empfahl allen Mitgliedsparteien, seine Durchführung zu unterstützen.

Die sozialdemokratischen Führer des Westens unterstützten – bei zeitweiligen und teilweisen Bedenken – den Marshall-Plan letztlich aus folgenden Erwägungen:

1) Die Nachkriegsentwicklung war verbunden mit großen ökonomischen Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, niedrigem Lebensstandard, unzureichenden materiellen und finanziellen Ressourcen. Der Marshall-Plan galt als das geeignete Mittel, diese Probleme zu überwinden.

2) Sie versprachen sich davon zugleich Möglichkeiten, nicht nur soziale Konflikte bei der Rekonstruktion der Wirtschaft zu mindern und zu lösen, sondern zugleich unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung sozialpolitische und ökonomische Reformen zu verwirklichen.

3) Die sozialdemokratischen Parteien erkannten zwar als gewisse Gefahr, daß die europäische Bourgeoisie ihre Positionen stärken und der Einfluß der USA auf Westeuropa wachsen würden, sie

sahen aber keine Alternative, um die ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden und das Niveau der Produktion zu erhöhen.

4) Sie glaubten sich in Übereinstimmung mit den Erwartungen großer Teile der Bevölkerung ihrer Länder, die sich vom Marshall-Plan eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation versprachen.

5) Sie hofften, durch Unterstützung und Verwirklichung des Marshall-Plans ihre eigene Position zu stärken und die der Kommunisten zu schwächen, zugleich die Überlegenheit ihrer Konzeption gegenüber der kommunistischen zu beweisen.

6) Nach der Gründung des Kominform und den Prager Ereignissen vom Februar 1948 empfanden die führenden Kräfte der Sozialdemokratie die Politik der Sowjetunion immer mehr als Bedrohung der westlichen Freiheit, Demokratie und Sicherheit. Die Einbindung in den westlichen Block und den Marshall-Plan erschien ihnen als Schutzdamm gegen die vermeintliche kommunistische Gefahr.

Die SFIO hatte am 24./25. April 1948 zu einer weiteren Konferenz über die Vereinigten Staaten von Europa nach Paris eingeladen. Sie fand damit nach der Unterzeichnung des Brüsseler Paktes am 17. März und nach dem OEEC-Abkommen vom 16. April statt. Die Franzosen erreichten von den Delegierten der vertretenen Parteien die provisorische Zustimmung zu koordinierten Maßnahmen im Rahmen des ERP.¹⁸ Das betraf die Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung, der Zoll- und Währungspolitik, der Strukturbereinigung; gemeinsame Export- und Importplanung, planwirtschaftliche Rohstoff-, Energie- und Kreditpolitik. Anerkannt wurde das supranationale Prinzip eines westeuropäischen Rats. Dennoch ließen sich weder die LP noch die skandinavischen Parteien auf eine solche bindende Zusammenarbeit festlegen, wie sie die SFIO erhofft hatte. Die LP war keineswegs bereit, z. B. die Souveränität Großbritanniens aufzugeben, hinzu kam neben anderen Faktoren die Furcht vor der Inflation in anderen Ländern. Zum Scheitern des Dritte-Kraft-Konzepts trugen aber nicht allein die LP bei, sondern auch innerparteiliche Faktoren in der SFIO. Die SFIO selbst war nach den tschechoslowakischen Ereignissen im Februar 1948 von einer antikommunistischen Psychose erfaßt, die zu einer antikommunistischen Wende in der Partei führte und die militärische Verteidigung gegen eine von der Sowjetunion angeblich ausgehende Gefahr in den Vordergrund rückte. Die Ergänzung der Idee einer Dritten Kraft mit dem Ziel eines westlichen Verteidigungsbündnisses stand aber im Widerspruch zu den ursprünglichen Intentionen und besaß nicht die bisher angestrebte Vermittlungsfunktion.

Die in Wien vom 4. bis 7. Juni 1948 stattfindende Comisco-Konferenz vertiefte die Gegensätze zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Bewegung weiter. Die Resolution zum Tagesordnungspunkt »Demokratie und Sozialismus« fungierte deutlich und bewußt als Abgrenzung zu Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen, gegenüber den Volksdemokratien insgesamt. »Die Volksdemokratien sind in Wirklichkeit Diktaturen. Sie sind Regierungen, die politisch die fundamentalen Grundrechte der Staatsbürger verneinen und ökonomisch den Privatkapitalismus

18 Vgl. W. Loth: Internationalismus..., S. 206 ff.; ders., in: Haberl/Niethammer: S. 370; R. Steinger: S. 141; K. Misgeld: S. 135 ff.

19 Zit. nach dem deutschen, von der englischen Fassung stilistisch abweichenden Text bei K.-L. Günsche/K. Lantermann: S. 121. Die Resolution »Demokratie und Sozialismus« ist in englischer Fassung abgedruckt als Dokument Nr. 18. Internationale Sozialistische Konferenz in Wien, in: Steinger, S. 306.

20 Zitiert nach J. Braunthal, S. 231.

durch einen Staatskapitalismus zu ersetzen trachten. Sie verraten sowohl Demokratie wie Sozialismus, die sie vorgeben zu vertreten.«¹⁹

Der Abgrenzung von den Volksdemokratien und von den kommunistischen Parteien und der Distanzierung von den sozialdemokratischen Parteien Osteuropas entsprach die Aufnahme der Exilanten als Vertreter der osteuropäischen Parteien mit dem Status beratender Mitglieder in das Comisco. Die PSI unter Nenni trat gegen die Resolution auf und hielt auch weiter am Bündnis mit der IKP fest, worauf ihre Mitgliedschaft im Comisco suspendiert und sie im Mai 1949 ausgeschlossen wurde. M. Phillips erklärte: »Die von der Kominform eingeleitete Offensive gegen den Weltsozialismus schließt jede Gemeinsamkeit irgendeiner demokratischen sozialistischen Partei mit einer Partei aus, die in aller Form eine Verbindung mit einer kommunistischen Partei unterhält.«²⁰ Im August 1948 wurde gar ein Vorschlag der schwedischen Sozialdemokratie angenommen, wonach jede Mitgliedspartei Auskunft über die Größe der kommunistischen Partei im eigenen Land, über die Entwicklung der Beziehungen zu den Kommunisten seit Kriegsende und über kommunistische Politik und Aktionen geben sollte.

Resümee

1947/48 war auch für die internationale Sozialdemokratie ein Scheideweg. Sie entschied endgültig über ihren Platz in der Auseinandersetzung zwischen den Blöcken, zwischen Sowjetunion und USA. Der Marshall-Plan bedeutete nicht nur die Teilung der Welt. Er schwächte und vertiefte die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene, er wirkte in dieser Hinsicht weniger als Auslöser, sondern mehr als Katalysator. Die Arbeiterbewegung verlor Schlüsselstellungen, die sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den meisten westeuropäischen Ländern eingenommen hatte. Die Chancen auf die Verwirklichung der sozialistischen Idee und sozialistischer Zielstellungen im Nachkriegseuropa wurden weiter eingeschränkt. Der Plan forcierte die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und zwischen den sozialdemokratischen Parteien Ost- und Westeuropas. Mit ihm war die Hoffnung der Sozialdemokratie, die entscheidende Rolle beim Wiederaufbau Europas zu spielen, zerschlagen. Er bedeutete das Ende der sozialdemokratischen Dritte-Kraft-Konzeption und ihrer Vision eines baldigen sozialistischen, sozialdemokratischen Europa.

HELLA KAESELITZ

Positionen westeuropäischer kommunistischer Parteien im Übergang zur Politik des Kalten Krieges

Truman-Doktrin und Marshall-Plan markierten den Beginn einer neuen Etappe in den internationalen Nachkriegsbeziehungen, die bald als Kalter Krieg definiert wurde. In der Folgezeit kam es zu einer Teilung der Welt in zwei einander feindlich gegenüberstehende Machtblöcke, die sich wechselseitig bedroht fühlten und einander schonungslos bekämpften. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die innenpolitische Kräftekonstellation in den westeuropäischen Ländern, die sich dem einen, von den USA beherrschten Machtblock nahezu bedingungslos anschlossen. Für die kommunistischen Parteien in diesen Ländern entstand unter diesen Umständen eine neue strategische Situation, die eine Revision bisheriger Positionen erforderte.

Zur Erklärung der Situation sei zunächst ein kurzer Rückblick auf die kommunistische Bewegung in Westeuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges gestattet. Der antifaschistische Kampf hatte zu einem bedeutenden Aufschwung und einer allgemeinen Stärkung der kommunistischen Parteien in Westeuropa geführt. Einige westeuropäische Parteien, insbesondere die Italienische und die Französische Kommunistische Partei hatten ihre Akzeptanz in der Bevölkerung wesentlich erhöhen können, was sich u.a. in einem sprunghaften Anwachsen der Mitgliederzahlen niederschlug. So konnte die IKP die Zahl ihrer Mitglieder von 15 000 (1943) auf 1,7 Millionen (Ende 1945), die FKP von 300 000 bei Ausbruch des Krieges auf 900 000 (1946) steigern. Selbst eine zahlenmäßig kleine Partei, wie die KP Großbritanniens, wuchs von 18 000 (1939) auf 45 000 (1945) Mitglieder an. Ähnliches trifft auf die KP Österreichs, die KP Belgiens, die KP Dänemarks und andere zu.

Bei den ersten Nachkriegswahlen errangen die Kommunisten in zahlreichen westeuropäischen Ländern beachtliche Erfolge. So stimmte in Frankreich und in Italien jeder 4. bzw. 5. Wähler für die Kommunisten. In den meisten Ländern verstärkten sich die Tendenzen zu einem einheitlichen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten. In neun westeuropäischen Ländern, nämlich in Italien, Frankreich, Belgien, Dänemark, Norwegen, Finnland, Österreich, Island und Luxemburg, waren Kommunisten an den ersten Nachkriegsregierungen beteiligt und versuchten durch aktives Mitgestalten in den Koalitionsregierungen, die antifaschistische Allianz der Kriegsjahre aufrecht zu erhalten und darüber hinaus für tiefgreifende politische und soziale Reformen zu streiten, die den Weg in eine sozialistische Perspektive öffnen sollten.

Hella Kaeselitz – Jg. 1930, Dr. sc., Prof. em. für Allgemeine Geschichte, bis 1990 Bereichsleiter an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

Der in der Bevölkerung latent vorhandene Antikommunismus war im Laufe des Krieges entscheidend zurückgedrängt worden.

Die Ursachen für den Linksruck in Westeuropa lagen vor allem darin begründet, daß die Kommunisten in den vom Faschismus beherrschten Ländern einen wichtigen und mit vielen Opfern verbundenen Beitrag im antifaschistischen Kampf geleistet hatten, in dem sie nicht nur eigene Klasseninteressen vertraten, sondern sich als Anwalt der gesamten Nation verstanden, was ihnen hohen Respekt in der Bevölkerung eingebracht hatte. Aber auch das gewachsene Prestige der Sowjetunion während des Krieges und die unermeßlichen Opfer, die ihre Bevölkerung im Kampf gegen den Faschismus bringen mußte, hatten dem Antikommunismus in den Ländern Westeuropas Boden entzogen.

In den ersten beiden Nachkriegsjahren gelang es – auch dank der erfolgreichen Arbeit der Kommunisten in den antifaschistischen Koalitionsregierungen –, bedeutende demokratische Errungenschaften durchzusetzen. In Italien und Frankreich wurden neue Verfassungen angenommen, die die Ausübung demokratischer Rechte garantierten und demokratische Umgestaltungen im Interesse der werktätigen Bevölkerung möglich machten. In Frankreich, Großbritannien, Italien und Österreich wurde eine Reihe von Industriezweigen nationalisiert. In zahlreichen Ländern erfolgte die Erweiterung staatlicher Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialversicherung, des Gesundheitsschutzes und der Volksbildung. In einigen Ländern wurden gesetzliche Beschränkungen der Arbeiterbewegung abgeschafft.

Mit dem Übergang zum Kalten Krieg im Jahre 1947 verschlechterten sich jedoch zunehmend die Wirkungsmöglichkeiten der kommunistischen Parteien in Westeuropa. Seitens der bürgerlichen (zum Teil auch sozialdemokratischen) Kräfte zeichnete sich immer deutlicher die Tendenz ab, die antifaschistischen Koalitionen der Nachkriegszeit zu sprengen und die Kommunisten aus den Regierungen hinauszudrängen. So verloren im Frühjahr 1947 die französischen, die belgischen und die italienischen Kommunisten ihre Ministerposten. Erneut dienten antikommunistische Attacken und Kampagnen dazu, die Kommunisten im öffentlichen Leben zu diskreditieren und ihre Einflußmöglichkeiten zu begrenzen. Hier soll insbesondere auf die Ereignisse in Frankreich und Italien eingegangen werden.

Am 23. April 1947 erhielt der französische Regierungschef Ramadier vom dortigen USA-Botschafter den Wink, »daß es die französisch-amerikanischen Beziehungen erleichtern würde, wenn die Kommunisten nicht mehr in der Regierung säßen«¹.

Für Ramadier war bald der Anlaß gefunden, um die fünf kommunistischen Minister, darunter den Generalsekretär der FKP Maurice Thorez, aus der Regierung zu entfernen. Anfang 1947 hatte in Frankreich eine Streikwelle begonnen, die den wachsenden Unmut der Arbeiter gegen das Einfrieren ihrer Löhne durch Unternehmer und Staat zum Ausdruck brachte. Symptomatisch hierfür war der Streik der Renault-Arbeiter. Hatte die FKP in den ersten beiden Nachkriegsjahren zur »Schlacht in der Produktion« und damit zur Mäßigung bei Streiks zugunsten des Wiederaufbaus der Wirtschaft

1 Wilfried Loth: Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 1978, 1. H., S. 57.

und der »nationalen Einheit« aufgerufen, begann sie angesichts der neuen Herausforderungen ihre bisherige Position zu überdenken, für die zudem die Basis immer weniger Verständnis aufbrachte. Die kommunistischen Abgeordneten – einschließlich der fünf Minister – solidarisierten sich mit den Streikenden in der Nationalversammlung und stimmten gegen die Lohn- und Preispolitik der Regierung. Dabei kalkulierten sie bewußt eine Regierungskrise ein, aus der sie gestärkt hervorzugehen hofften. Doch Ramadier nutzte die Gelegenheit, um sich der fünf kommunistischen Minister, die er mit Wirkung vom 5. Mai 1947 aus der Regierung entließ, für immer zu entledigen.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in Italien. Seit seiner USA-Reise im Januar 1947 arbeitete Regierungschef De Gasperi zielstrebig darauf hin, die Kommunisten aus der Regierung zu entfernen. Truman hatte ihm unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß eine weitergehende ökonomische Unterstützung der USA »von der Stabilität und Konsolidierung des demokratischen Systems in Italien« abhinge.² Maßgeblich befördert wurden die Pläne De Gasperis durch die Vorgänge innerhalb der Sozialistischen Partei. Im Januar 1947 spaltete sich eine Gruppe um Giuseppe Saragat von der Sozialistischen Partei Nennis ab, die ihren 1934 mit den Kommunisten abgeschlossenen Einheitspakt gerade erneuert hatte. Kurz darauf gründete Saragat eine neue, die spätere Sozialdemokratische Partei Italiens. Wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung, so die Aufhebung der Subventionen für Brotpreise, die danach rasch anstiegen, forderten im Frühjahr 1947 den Protest der kommunistischen und sozialistischen Regierungsmitglieder heraus. Für De Gasperi war die Gelegenheit gekommen, am 13. Mai den Rücktritt der Regierung zu verkünden. In dem am 31. Mai von ihm gebildeten neuen Kabinett waren Kommunisten und Sozialisten nicht mehr vertreten.

Der Ausschluß der Kommunisten aus mehreren westeuropäischen Regierungen stand somit in unmittelbarem Zusammenhang mit der Veränderung des politischen Klimas in Westeuropa im Zuge des beginnenden Kalten Krieg. Insbesondere die von den USA in Aussicht gestellte Wirtschaftshilfe beschleunigte den Bruch der Nachkriegskoalitionen. Damit war der Weg für den Marshall-Plan frei, dessen antikommunistische Grundtendenz unter anderem darin bestand, durch wirtschaftliche Stabilisierung die bürgerlichen Kräfte in den westeuropäischen Ländern zu stärken und den Einfluß der Kommunisten zurückzudrängen.

Die westeuropäischen kommunistischen Parteien reagierten auf die Ereignisse im Frühjahr 1947 zunächst relativ gelassen und rechneten sogar mit einer baldigen Rückkehr in die Regierung. So verstand sich die FKP auf ihrem XI. Parteitag im Juni 1947 in Straßburg weiterhin als potentielle Regierungspartei. Jacques Duclos appellierte an die Sozialisten, gemeinsam mit den Kommunisten und anderen Republikanern eine demokratische Regierung zu bilden. Und in der Nationalversammlung verkündete er, daß die Kommunisten weiterhin als große Regierungspartei handeln würden.³ Die FKP befürwortete auch den Marshall-Plan unter der Voraussetzung, daß er der UNO-Wirtschaftskommission für

2 Dietmar Stübler: Italien. 1789 bis zur Gegenwart, Berlin 1987, S. 208.

3 Alfred Grosser: Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München, Wien 1986, S. 72.

4 Zit. n. Wilfried Loth:
Die Teilung der Welt,
München 1990, S. 186.

Europa unterstellt würde. »Welcher Franzose könnte anders als mit Genugtuung die Hilfe unserer amerikanischen Freunde akzeptieren?«, versicherte Thorez am 23. Juli. »Wir können nicht die Unterstützung abweisen, die uns für den Wiederaufbau unseres Landes angeboten wird.«⁴ Auch die IKP glaubte zunächst nur an eine Regierungskrise und hielt eine Rückkehr in die Regierung für möglich, zumal die Arbeit an der neuen Verfassung, bei der die Kommunistische Partei eine wichtige Rolle spielte, noch nicht beendet war.

Insgesamt kann festgehalten werden, daß sich mit der Wende in den internationalen Beziehungen neue, kompliziertere Bedingungen für die Tätigkeit der Kommunisten Westeuropas ergeben hatten, die von diesen nicht sofort in ihrer ganzen politisch-strategischen Tragweite erkannt wurden. Den meisten Parteien bereitete es offensichtlich Schwierigkeiten, sich flexibel auf die neue Lage einzustellen. Letztendlich entschied Stalin, wie es weitergehen sollte, als er als Antwort auf Truman-Doktrin und Marshall-Plan Mitte September 1947 die Gründung des Kommunistischen Informationsbüros initiierte. Dabei machte er sich die neu entstandene Situation in den internationalen Beziehungen zunutze, um erneut die bedingungslose Führungsrolle zu beanspruchen und die gesamte kommunistische Bewegung und jede einzelne Partei den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion unterzuordnen.

Zur Gründungsversammlung des Kominform am 22. September 1947 in Szklarska Poreba wurden als einzige westeuropäische Parteien die Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs eingeladen. Die dort vom sowjetischen Delegationsleiter Shdanow entwickelte Strategie der »beiden Lager« verpflichtete u.a. die westeuropäischen Kommunisten, mit den sozialdemokratischen Parteien als »Werkzeugen des USA-Imperialismus« zu brechen. Entsprechend heftig war die Kritik an der Einheits- und Regierungspolitik von FKP und IKP. Sie wurden des Opportunismus und des Parlamentarismus bezichtigt und wegen des »illusionären Charakters« ihrer Regierungsabsichten scharf angegriffen. Während die französische Delegation nicht mit einer solchen vehementen Kritik gerechnet hatte, muß Togliatti etwas gehaut haben. Er hatte seiner Delegation mit auf den Weg gegeben: »Wenn man uns vorwirft, daß wir nicht die Macht zu übernehmen wußten oder daß wir uns aus der Regierung drängen ließen, dann antwortet, daß wir Italien nicht in ein neues Griechenland verwandeln konnten, und zwar nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Sowjetunion selbst.«⁵

5 Zit. n. Fernando Claudin:
Die Krise der kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zur Kominform, 2 Bde. München 1978, Bd. 1, S. 76.

Es gab zwei Kritikfelder, mit denen sich die beiden Parteien konfrontiert sahen. Die Sowjets rügten, daß die französischen und italienischen Kommunisten nach ihrem Ausschluß aus den Regierungen weiterhin eine regierungsfreundliche Politik betrieben hätten, anstatt die Massen gegen die proamerikanische Politik ihrer jeweiligen Regierung zu mobilisieren. Sie warfen ihnen vor, daß sie es versäumt hätten, die Einbeziehung ihrer Länder in die neue antisowjetische Strategie des amerikanischen Imperialismus zu verhindern. Beide Parteien wurden aufgefordert, unnachgiebig gegen die Eingliederung ihrer Länder in den Marshall-Plan und deren Integration in den amerikanischen Block zu kämpfen.

Die Hauptrolle bei der kritischen Auseinandersetzung mit den französischen und italienischen Kommunisten aber spielte auf Vorschlag Shdanows die jugoslawische Delegation. Deren Vertreter Kardelj und Djilas warfen den französischen und italienischen Kommunisten vor, daß sie den Charakter der Regierungen, denen sie angehört hatten, völlig verkannt hätten, weil sie ihre Mitwirkung in den Koalitionsregierungen als den Beginn einer volksdemokratischen Entwicklung definiert hätten. Der FKP wurde vorgeworfen, die Auflösung der Streitkräfte der Resistance Ende 1944/Anfang 1945 geduldet und sogar unterstützt zu haben. Ähnliche Vorhaltungen mußte sich die IKP gefallen lassen. Das Argument, daß eine andere Haltung zu einer Konfrontation mit den Alliierten geführt hätte, ließen die jugoslawischen Vertreter nicht gelten. Vielmehr kritisierten sie die generelle Haltung der französischen und italienischen Kommunisten gegenüber Amerikanern und Briten. Auch wurde beiden Parteien vorgeworfen, nicht genügend getan zu haben, um den bewaffneten Kampf der Kommunisten und anderer Linker in Griechenland seit Ende 1945 zu unterstützen. Kardelj und Djilas erklärten später, den Sowjets sei es darum gegangen, »eine tiefe Kluft zwischen der jugoslawischen Partei und den Parteien von Frankreich und Italien aufzureißen«.⁶

6 Ebenda, S. 77.

Die beiden Delegationsleiter der IKP und der FKP, Longo und Duclos, übten Selbstkritik und erkannten ganz allgemein an, daß ihre Parteien eine Anzahl von opportunistischen Fehlern begangen hätten, vor allem hätten sie ihre Regierungstätigkeit ungenügend mit Massenaktionen verbunden. Sie gaben auch zu, das Ausmaß der neuen antikommunistischen Politik der USA unterschätzt zu haben, eine Politik, die direkt zu ihrem Ausschluß aus den Regierungen geführt hatte, und sie versprachen, nunmehr einen unveröhnlichen Kampf gegen den Marshall-Plan zu führen. Insgesamt wurde diese Selbstkritik jedoch als höchst unzureichend empfunden. Shdanow machte ihnen klar, daß es nicht genüge, ein bißchen Selbstkritik zu üben, sondern daß ein radikaler Wechsel der politischen Linie nötig sei. Gleichzeitig aber war niemand an einer tiefgreifenden Analyse der französischen und italienischen Strategie und Politik in der unmittelbaren Nachkriegszeit interessiert, weil dann deutlich geworden wäre, daß diese durchaus mit den außenpolitischen Interessen und Ambitionen der Sowjetunion unmittelbar nach dem Krieg in Übereinstimmung gestanden hatte.

Die beiden großen westeuropäischen kommunistischen Parteien reagierten auf die Gründung des Kominform und ihre Abstrafung auf der Gründungsversammlung unterschiedlich. Die FKP schwenkte im Herbst 1947 vorbehaltlos auf die von der Kominform verkündete Strategie der »beiden Lager« ein. Auf einer ZK-Tagung am 29./30. Oktober 1947 forderte Maurice Thorez eine Neubesinnung der FKP auf ihre Rolle als Oppositionspartei.⁷ In Anlehnung an die »Zwei-Lager-Theorie« erklärte er, man müsse Sozialisten, Gaullisten und andere bürgerliche Kräfte gleichermaßen bekämpfen. Damit unterschätzte die FKP die relativen Interessengegensätze zwischen dem bürgerlichen Staat und den einzelnen Parteien sowie zwischen den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Parteien, die allesamt dem »Lager des Imperialismus« zugeordnet wurden.

7 Michael Schüler:
Die Kommunistische Partei
Frankreichs – ein Abriß ihrer
Geschichte von der Grün-
dung bis zur Libération,
Marburg 1980, S. 134.

Vergleichsweise zurückhaltend reagierte die IKP auf die Gründung des Kominform. Zwar betonte sie ihre unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion, um sich auch künftig deren Unterstützung zu versichern. Gleichzeitig aber war sie bemüht, weiterhin ihre politische und gesellschaftliche Rolle als italienische Massenpartei zu spielen. Sie hielt deshalb auch im wesentlichen an ihrem innenpolitischen Kurs der Verfassungstreue fest. Dadurch vermied sie ihre gesellschaftliche Isolierung und das Abdriften in eine sektiererische Lagermentalität. »Die politische Meisterleistung Togliattis bestand darin, die Widersprüche zwischen Konstitutionalismus und ›Wahl des Lagers‹ im Sinne des Kominform und Shdanows, zwischen den marxistischen Reflexionen Gramscis und dem Marxismus-Leninismus, zwischen der Tradition des Risorgimento und dem ›proletarischen Internationalismus‹, zwischen der weit geöffneten Kulturpolitik und dem Lyssenko-Kult ... nicht aufbrechen zu lassen, sondern durch unzählige Vermittlungen bis 1956 in der Schwebe zu halten«, schreibt Bruno Schoch in seiner leSENSwerten Studie über die internationale Politik der italienischen Kommunisten.⁸

8 Bruno Schoch: Die internationale Politik der italienischen Kommunisten, Frankfurt/Main 1988, S. 88.

Im Rechenschaftsbericht an den VI. Parteitag im Oktober 1948 erwähnte Togliatti das Kominform nur beiläufig. Er konzentrierte sich auf die spezifischen Probleme Italiens und lobte die errungenen Erfolge, darunter die 1948 in Kraft getretene neue Verfassung, an deren Ausarbeitung die IKP maßgeblich beteiligt war. Gleichzeitig übte er die gebotene Selbstkritik, sprach über mangelnde Mobilisierung der Partei und warnte auch vor »konstitutionellen Illusionen«. Dessenungeachtet versuchte die IKP, das Wesen ihrer früheren Strategie lebendig zu erhalten bzw. sie auf die neuen Gegebenheiten anzuwenden. So hielt sie an ihrem Einheitspakt mit den Sozialisten fest, betätigte sich weiterhin aktiv an der parlamentarischen Arbeit und wirkte konstruktiv bei der Ausarbeitung von Gesetzen mit.⁹

9 Ebenda, S. 89.

Eine wichtige Rolle spielten die kommunistischen Parteien Westeuropas in den seit dem Herbst 1947 verstärkt aufflammenden Arbeitskämpfen, ein Ausdruck dessen, daß sie ihre bisherige Stabilisierungsstrategie aufgegeben hatten. Mit machtvollen Streiks setzte sich die werktätige Bevölkerung gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und die sich vertiefenden sozialen Widersprüche zur Wehr. So traten in Frankreich im Herbst 1947 mehr als 2 Millionen Arbeiter in den Ausstand. Der von der Regierung daraufhin verhängte Ausnahmezustand traf auf den erbitterten Widerstand der Arbeiter. Sicherheitskräfte und Streikende lieferten sich regelrechte Straßenschlachten. In der Nationalversammlung kam es zu Tumulten. Die FKP und die CGT versuchten allerdings vergeblich, dem Streik politischen Charakter zu geben und ihn mit politischen Losungen wie »Kampf gegen die ökonomische Beherrschung durch den Marshall-Plan« zu verbinden. Sie stießen damit bei den Arbeitern auf wenig Resonanz. Das Argument, daß sie mit ihren Losungen den Befehlen Moskaus folgten, blieb nicht ohne Wirkung. So gelang es der Regierung, die Streikenden auseinander zu dividieren und den Streik schließlich abzublocken. Darüber hinaus verließ Ende Dezember eine Gruppe

unter Führung von Lèon Jouhaux die CGT und gründete den neuen Gewerkschaftsbund CGT-FO (Force ouvriere), der allerdings gegenüber der CGT zahlenmäßig in der Minderheit blieb. Doch die Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung war damit besiegelt.¹⁰ Ähnliche Streikaktionen wie in Frankreich gab es 1947/48 auch in Italien, Großbritannien, den Westzonen Deutschlands und anderen Ländern.

Ungeachtet der Zuspitzung innenpolitischer Widersprüche war es in Italien unter maßgeblicher Mitwirkung der Kommunisten gelungen, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Sie schrieb nicht nur Errungenes fest, sondern trug zugleich programmatischen Charakter, indem sie in die Zukunft weisende Artikel enthielt, die gesellschaftliche Veränderungen im Interesse der Werktätigen möglich machten. Insofern gehört die Verfassung, die im Januar 1948 in Kraft trat, zu den großen Errungenschaften der italienischen Widerstandsbewegung, der Resistenza. Ihr Inkrafttreten fiel jedoch bereits in eine Zeit, in der die Kommunisten in die Defensive gedrängt worden waren. Bei den ersten Parlamentswahlen nach der Annahme der Verfassung am 18. April 1948 erlitten die zur Demokratischen Volksfront zusammengeschlossenen Kommunisten und Sozialisten eine herbe Niederlage. Im Vergleich zur Wahl von 1946 verloren sie fast 10 Prozent der Stimmen und erreichten nur noch 31 Prozent, während die Christdemokraten mit 48,5 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze in der Abgeordnetenkammer erhielten. Sowohl Kommunisten als auch Sozialisten waren von diesem für sie negativen Ergebnis überrascht. Dabei hatten sie offensichtlich die polarisierenden Auswirkungen der internationalen und innenpolitischen Konfrontation unterschätzt. Der aggressive Wahlkampf der Christdemokraten, die – massiv von der Kirche unterstützt – zu einem regelrechten antikommunistischen Kreuzzug aufgerufen hatten, war nicht ohne Wirkung geblieben. Auch die USA hatten sich erpresserisch direkt in den Wahlkampf eingemischt. So erklärte George Marshall am 12. März 1948: »Wenn das italienische Volk die Macht einer Regierung anvertrauen sollte, in der eine Partei den beherrschenden Einfluß ausübt, die ihre Feindschaft gegenüber der amerikanischen Hilfeleistung wiederholt und unüberhörbar erklärt hat, müßten wir schlußfolgern, daß das italienische Volk wünscht, auf dieses Programm zu verzichten.«¹¹

Ungeachtet dessen war der Rückhalt der IKP in der Bevölkerung nach wie vor sehr groß. Als am 14. Juli 1948 auf Togliatti ein Attentat verübt wurde, kam es in wenigen Stunden zu einem das ganze Land umfassenden zweitägigen Generalstreik, dem wohl größten spontan ausgebrochenen Streik, den es in Italien je gegeben hatte. An ihm beteiligten sich 8 Millionen Arbeiter und andere Werktätige, und er nahm zeitweilig aufständische Züge an. Die Parteiführung versuchte, die Aktionen zu kanalisieren, weil ein Aufstand nach ihrer Auffassung in der gegebenen Situation abenteuerlich gewesen wäre. Trotzdem forderten die Massenstreiks und Unruhen 20 Todesopfer und 600 Verletzte. Der Generalstreik, der von der Einheitsgewerkschaft CGIL proklamiert worden war, wurde von den christdemokratisch orientierten Gewerkschaftsfüh-

10 Grosser: a.a.O., S. 75f.

11 Zit. n. Stübler, a.a.O., S. 210.

ren zum Anlaß genommen, um sich von der CGIL abzuspalten. Sie gründeten die CISL und bald danach wurde eine dritte, von den Sozialdemokraten gegründete Richtungsgewerkschaft – die UIL – gegründet. Wie in Frankreich war nun auch in Italien die Einheitsgewerkschaft ein Opfer des Kalten Krieges geworden.

Nachteilig und hemmend auf die Tätigkeit der westeuropäischen kommunistischen Parteien in jenen Jahren wirkte sich auch ihre unkritische Unterordnung unter die KPdSU und Stalin in der im Sommer 1948 ausgebrochenen Krise zwischen den jugoslawischen Kommunisten und der KPdSU aus. Die Exkommunizierung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens wurde von den westeuropäischen kommunistischen Parteien vorbehaltlos unterstützt. FKP und IKP empfanden dabei sicherlich eine gewisse Genugtuung, waren doch die jugoslawischen Kommunisten auf der Gründungskonferenz des Kominform ihre härtesten Kritiker. Doch ihre bedingungslose Unterwerfung unter Stalin in dieser Frage gab den antikommunistischen Tendenzen in den westeuropäischen Ländern neue Nahrung und lieferte den Gegnern der Kommunisten die nötige Munition, um diese zu diskriminieren und sie der Unterordnung unter die Befehle Moskaus zu bezichtigen. Im Unterschied zu anderen kommunistischen Parteien gelang allerdings der IKP weiterhin der schwierige Spagat, einerseits in internationalen Angelegenheiten Partei für das »sozialistische Lager« zu ergreifen, aber andererseits ihren bewährten innenpolitischen Kurs weiter zu verfolgen, der sich auf die Aktionseinheit mit den Sozialisten, die Verteidigung der demokratischen Verfassung und den Kampf für die Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung stützte.¹²

12 Schoch, a.a.O., S. 96f.

In den folgenden Jahren unterstützten alle westeuropäischen kommunistischen Parteien uneingeschränkt die Kampagnen des Kominform für Frieden, für die Ächtung der Atombombe, gegen den Marshall-Plan und gegen die NATO. So war es nicht zuletzt der aktiven Friedensarbeit der kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs zu danken, daß 1950 in beiden Ländern 17 bzw. 14 Millionen Unterschriften unter den berühmten Stockholmer Appell zur Ächtung der Atombombe gesammelt wurden.

Während die beiden großen kommunistischen Parteien Westeuropas – die FKP und die IKP – mehr oder weniger in der Lage waren, den Risiken des Kalten Krieges zu widerstehen und sich als Massenparteien zu behaupten, wirkte sich der Kalte Krieg und die kritiklose Übernahme der Kominformlinie weitaus ungünstiger auf die zahlenmäßig kleineren kommunistischen Parteien aus. Die gezielte antikommunistische Propaganda, die teilweise bis zur Hysterie ausartete und die durch die Lagermentalität der Kommunisten immer wieder neue Nahrung erhielt, fügte kleineren kommunistischen Parteien erheblichen Schaden zu. Mitgliederzahl und Einfluß der kommunistischen Parteien gingen in den meisten Ländern zurück, und in zahlreichen Ländern verloren die Kommunisten ihre Parlamentssitze.

13 Siehe Noreen Branson: *History of the Communist Party in Britain 1941-1951*, London 1997, S. 151 ff.

Stellvertretend sei hier auf die Lage in der Kommunistischen Partei Großbritanniens eingegangen.¹³ Obwohl die Partei nicht zur Gründungskonferenz des Kominform eingeladen worden war, hielt sie sich strikt an die dort entwickelte Linie. Auf ihrem 20. Partei-

tag im Februar 1948 übte die Partei im Sinne der »Zwei-Lager-Theorie« Selbstkritik, indem sie konstatierte, daß sie zu spät das volle Ausmaß des Abdriftens der Labour-Regierung nach rechts erkannt hätte. Ohne das im Lande vorhandene Kräfteverhältnis zu berücksichtigen, forderte sie die Bildung einer linken Labour-Regierung.

Die Verurteilung der rechten sozialdemokratischen Führer auf der Gründungskonferenz des Kominform lieferte der Labour Party die Argumente, um die Tätigkeit der Kommunisten und ihrer Sympathisanten, der sog. »fellow-travellers«, zunehmend zu behindern. Da die Kommunistische Partei Großbritanniens ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Schwäche relativ stark in den Gewerkschaften verankert war, versuchte man zunächst, dort ihren Einfluß zu untergraben. Ende Dezember 1947 rief der Generalsekretär der Labour Party, Morgan Phillips, in einem Rundschreiben die der Labour Party angeschlossenen Gewerkschaften zu einer Kampagne gegen die Kommunisten auf. Angeblich würden sie Unruhe in den Betrieben provozieren, um damit die Produktion zu sabotieren. Außerdem hätten sie sich zum Ziel gesetzt, die Labour Party über die Gewerkschaften zu unterwandern. Ein Jahr später veröffentlichte der Generalrat des TUC eine Erklärung, die ebenfalls scharfe Angriffe gegen die Kommunisten enthielt. In einem weiteren Pamphlet wurden die dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften aufgefordert, Kommunisten aus leitenden Funktionen zu entfernen und sie nicht als Delegierte zu Gewerkschaftskongressen zu wählen. Die meisten Gewerkschaften widersetzten sich allerdings dieser Nötigung, so daß es den britischen Kommunisten im wesentlichen gelang, ihren Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten.

Am 15. März 1948 verkündete Premierminister Attlee, daß Mitglieder der Kommunistischen Partei oder ihre Sympathisanten aus dem Staatsdienst zu entfernen seien. Zum erstenmal wurden in Großbritannien Staatsdiener nicht für ein Vergehen zur Verantwortung gezogen, sondern wegen ihrer politischen Ansichten und Überzeugungen. Allerdings war diese Verfügung in der Labour Party nicht unumstritten. Ungeachtet dessen versuchte man, mißliebige Staatsdiener zu disziplinieren. So wurde z.B. der persönlichen Sekretärin des Erziehungsministers in einem Schreiben mitgeteilt, daß man ihre Zuverlässigkeit bei der Bewältigung der ihr anvertrauten Arbeiten anzweifelt, weil sie Mitglied der Kommunistischen Partei sei. Obwohl sich zahlreiche Opfer mit Erfolg gegen ihre Entlassung wehrten, mußten sie Versetzungen und Demütigungen hinnehmen. Insgesamt hatte diese Maßnahme eine demoralisierende Wirkung auf viele Angestellte im Staatsdienst. Der antikommunistischen Kampagne fielen auch 17 Wissenschaftler zum Opfer, die in wissenschaftlichen Gremien der Regierung mitarbeiteten. Auch Lehrer, die den Kommunisten nahestanden, wurden diskriminiert und mußten sich »politischen Überprüfungen« unterziehen.

Selbst linke Labourpolitiker wurden zunehmend disziplinarisch belangt und mit Parteiausschluß bedroht. Als im Frühjahr 1948 38 Labourabgeordnete dem italienischen Sozialistenführer Nenni in

einem Telegramm Erfolg für die bevorstehenden Wahlen wünschte, wurde der Initiator des Telegramms, John Platts Mills, aus der Labour Party ausgeschlossen, weil er und die anderen Unterzeichner sich an eine Partei gewandt hatten, die mit den Kommunisten einen gemeinsamen Wahlkampf führte. Die übrigen Unterzeichner wurden verwarnt und aufgefordert, in Zukunft derartige Schritte zu unterlassen. Die Labour Party veröffentlichte eine Liste von Vereinigungen, die sie als »kommunistisch inspiriert und beeinflusst« bezeichnete und in denen mitzuarbeiten Mitgliedern der Labour Party untersagt war. So wurden die Positionen der Linken, insbesondere der Kommunisten, in diesen Jahren entscheidend geschwächt. Die Mitgliederzahlen der Partei gingen zurück, und bei den Unterhauswahlen 1950 verlor sie ihre beiden Parlamentssitze.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß sich das Kräfteverhältnis in den westeuropäischen Ländern 1947/1948 im Zuge des Übergangs zur Politik des Kalten Krieges zuungunsten der kommunistischen Parteien und anderer linker Kräfte verändert hatte. Die von den Kommunisten in den ersten beiden Nachkriegsjahren verfolgte Strategie, durch tiefgreifend politische und soziale Reformen den Weg in eine sozialistische Zukunft zu ebnen, war gescheitert. Der Ausschluß der Kommunisten aus den Regierungen beendete das gemeinsame Handeln der Antifaschisten. Die Gewerkschaftseinheit zerbrach und die Bündnisse von Kommunisten und Sozialdemokraten wurden – mit Ausnahme von Italien – durch erbitterte Feindschaften abgelöst. Mehrere Jahre hindurch mußten die Kommunisten unter den Bedingungen einer zugespitzten antikommunistischen Hysterie, die nicht selten mit Gewaltakten und Verfolgungen einherging, einen aufreibenden Abwehrkampf führen. »Der politische Prozeß im Westen ab 1947 kann als eine antikommunistische Vereinheitlichung bei gleichzeitiger Beibehaltung der parlamentarisch-demokratischen und rechtsstaatlichen Formen bezeichnet werden«, schreibt Georg Fülberth.¹⁴ Die Lagermentalität des Kominform und daraus resultierende sektiererische Einstellungen in den Parteien sowie ihre bedingungslose Unterordnung unter die KPdSU und Stalin taten ein übriges, um insbesondere den kleineren kommunistischen Parteien beträchtlichen Schaden zuzufügen. Die kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens, die sich zwar auch antikommunistischer Hetze ausgesetzt sahen, waren freilich in ihren jeweiligen Gesellschaften so stark verankert, daß sie in den Jahren, in denen der Kalte Krieg seinem Höhepunkt zustrebte, einflußreiche Massenparteien blieben, in den Parlamenten weiterhin mit starken Fraktionen vertreten und in den Gewerkschaften und Kommunen fest verankert waren.

14 Georg Fülberth: Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten, Köln 1994, S. 128.

KARL-HEINZ GRÄFE

Die nationalen Wege und das sowjetische Modell des Sozialismus. Probleme des polnischen Weges zum Sozialismus unter Gomulka (1944-1948)

Versuche von Großmächten, ihre eigenen Gesellschaftsmodelle in ihren Macht- und Einflußsphären durchzusetzen und die inneren zivilisatorisch-kulturellen und national-historischen Gegebenheiten außer acht zu lassen, sind dauerhaft kaum erfolgreich. Die mehr oder weniger zwangsweise Einführung und vierzigjährige Existenz des Staatssozialismus sowjetischen Musters in der osteuropäischen Region löste deren vielfältige Entwicklungsprobleme letztlich nicht. Vieles deutet schon jetzt darauf hin, daß auch dem seit fast einem Jahrzehnt laufenden Experiment, das amerikanisch-westliche Entwicklungsmodell auf Osteuropa zu übertragen, ein ähnliches Schicksal beschieden sein könnte; denn in den peripheren Zonen des Weltkapitalismus bietet die nachäffende kapitalistische Modernisierung den meisten osteuropäischen Völkern kaum Perspektiven für demokratisch verfaßte, national bestimmte und sozial gerechte Gesellschaften. Es ging und geht jenen Großmächten, die ihre Gesellschaftsmodelle mit großen Verheißungen in gesellschaftlichen Umbrüchen anbieten und aufzwingen wollen, in erster Linie um neue Einfluß- und Interessensphären, nicht vorrangig um das Wohl der Völker.

Insofern vermitteln historische Analysen über die Ansätze nationaler Wege in Osteuropa nach Kriegsende bis zum beginnenden Kalten Krieg lehrreiche Erfahrungen. Welche alternativen Wege im Ansatz bestanden und warum sie letztlich chancenlos im Stalinismus endeten, soll am polnischen Beispiel der Jahre zwischen 1943 und 1948 erörtert werden.

Die Chance nach der großen Katastrophe: neuer Linksruck seit 1917

Am Ende des Zweiten Weltkrieges zeichnete sich in ganz Europa als Antwort auf die Verbrechen des Terrors und Völkermords des Faschismus und seiner Verwurzelung im kapitalistischen System ein allgemeiner Linksruck ab, der einen neuerlichen Ansatz sozialistischer Transformation zu ermöglichen schien. Unübersehbar waren Tendenzen, die bürgerlichen Eliten, die diese Katastrophe mitverschuldet oder geduldet hatten, von der Macht zu verdrängen, das Privateigentum großkapitalistischer Unternehmen zu vergesellschaften und durch eine radikale Bodenreform größere soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Gemessen an Rußland 1917, schienen in Osteuropa generell und punktuell günstigere Bedingungen für einen Übergang zum Sozialismus zu bestehen. Dennoch: Die allgemeine zivilisatorische Rückständigkeit (sieht man von der Tschechoslowakei und sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Prof. Dr. habil., Dresden. Nach dem Studium der Slawistik und Pädagogik Lehrer und Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule Dresden, ordentlicher Professor für Geschichte bis 1993. Fachgebiet Geschichte der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder.

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

und Österreichs ab), die enormen Kriegszerstörungen, Dominanz wie Expansionismus der UdSSR, die Zählebigkeit des Antikommunismus und die wieder aufkommende Anziehungskraft und ökonomische Stärke des Kapitalismus in Gestalt der USA verringerten die Chancen einer zum Stalinismus wie Kapitalismus alternativen osteuropäischen Entwicklung, also eines weitgehend selbstbestimmten und demokratischen Weges zu sozial gerechten Gesellschaften.

Der allgemeine Trend eines eigenen nationalen Weges mit sozialistischer Perspektive reflektierte sich in programmatischen Dokumenten der kommunistischen und sozialistischen Bewegung Polens. Sozialisten der PPS-WRN sahen als Alternative künftiger polnischer Entwicklung eine Art dritten Weg zwischen sowjetischem Stalinismus und polnischem Kapitalismus der Zwischenkriegszeit in ihrem Manifest 1940: »Die Geschichte hat Polen eine fürchterliche Lektion erteilt. Für uns führt nun der Weg in die Freiheit durch die Folterkammer der Gestapo und GPU, durch Gefängnis und KZ, durch Massendeportationen und -exekutionen. Unterdrückt, verfolgt und ausgeplündert begreifen wir endlich die bittere Wahrheit. Das Schicksal unseres Landes kann nicht den Repräsentanten der Klassen anvertraut werden, die sich als unfähig erwiesen haben, Polen groß, mächtig und gerecht zu machen. ...Das neue Polen muß die Fehler der Vergangenheit wieder gutmachen. Das Land soll ohne Entschädigung der Eigentümer unter die Bauern aufgeteilt werden. Bergwerke, Banken und Fabriken müssen sich der gesellschaftlichen Kontrolle unterstellen. Freiheit der Sprache, der Religion und des Gewissens muß gewährleistet sein. Schulen und Universitäten müssen für die Kinder des Volkes geöffnet sein.«¹ Die antisowjetische Stoßrichtung ist die Antwort polnischer Eliten auf die ungesühnten Verbrechen des Stalinismus am polnischen Volk und an der polnischen Nation (in Fortsetzung des russischen Zarismus) und deutet die komplizierten Probleme an, die sich aus der geopolitischen Lage Polens in der sowjetischen Machtsphäre für den Weg zu einem polnischen Sozialismus ergeben konnten.

Wenn auch aus anderer politischer Sichtweise, orientierten polnische Kommunisten und mit ihnen sympathisierende Linke auf einen eigenständigen nationalen Weg zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus, den einer ihrer führenden Theoretiker, Alfred Lampe, 1943 in seinem »Politischen Testament« so sah: »Es ist nicht der Weg der sozialen Revolution, der vor Polen steht. Die ungeheuren Zerstörungen, die die Deutschen in der Wirtschaft und der Bevölkerung angerichtet haben, stellen nicht den Bürgerkrieg, sondern die Vereinigung der Bemühungen um den Wiederaufbau des Landes auf die Tagesordnung. Der Weg Rußlands von 1917 ist nicht der Weg Polens im Jahre 1943. Polen braucht einen eigenen Weg der Entwicklung – keine papageienhafte Nachahmung von Vorbildern aus West oder Ost. Polen muß geschützt werden vor Versuchen, dem Land von außen ein politisches Regime oder ein ökonomisches Regime aufzuzwingen, oder auch im Namen fremder Interessen einen Bürgerkrieg anzuzetteln. Die erste Bedingung der Wiedergeburt der Nation ist die Freiheit, eigene Entwicklungswege zu wählen.«² Die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in Polen seit 1943/44 abzeichneten, definierte

1 Zitiert nach Ch. Klessmann: Die Selbstbestimmung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939-1945, Düsseldorf 1971, S. 173. Zum Grundsatzprogramm der WRN-Sozialisten (»Program Polski Ljudowej« vom August 1941) und des gesamten bürgerlichen Lagers, (15. März 1944) vgl. ebenda, S. 250f. und ders.: »Das Programm Volkspolens« von 1941. Zur gesellschaftspolitischen Grundsatzdiskussion im polnischen Widerstand. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 103 ff.

2 Zitiert nach: Polska Ludowa 1944-1950. Przemiany społeczne, hg. von F. Ryszka, Wrocław 1974, S. 146.

der damals führende Kopf der polnischen Kommunisten, Wladislaw Gomulka, 1946 als einen »eigenen polnischen Entwicklungsweg, einen Weg, den wir den Weg der Volksdemokratie nennen. Und auf diesem Weg und unter diesen Bedingungen ist die Diktatur der Arbeiterklasse, um so weniger aber die Diktatur einer Partei weder notwendig noch zweckmäßig. Wir sind der Meinung, daß alle demokratischen Parteien in enger und einträglicher Zusammenarbeit die Macht in Polen ausüben sollten.«³

Kommunisten wie Sozialisten wurden in ihrer Zielstellung einer Grundstimmung in Polen gerecht, die damals auch vom bürgerlichen illegalen Untergrund registriert wurde:

»Große Verschiebung der Weltanschauungen nach links. Starke Radikalisierung, insbesondere unter den Bauern und der verarmten Intelligenz. Fast allgemein die Forderung nach gesellschaftlicher Kontrolle des Wirtschaftslebens, nach Liquidierung der Güteransammlung in Privathand (und Begrenzung) auf ein bestimmtes Minimum. Eine Macht, die diesen Prozeß aufzuhalten versuchte, würde das Land schweren Erschütterungen aussetzen.«⁴

Der nationale Weg – Strategie oder Taktik?

Zwischen 1944 und 1947 war unverkennbar, daß nicht nur in Polen sondern auch in anderen Ländern der sowjetischen Einflußsphäre (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Finnland sowie die sowjetisch besetzten Zonen Deutschlands und Österreichs) ein vom sowjetischen Modell abweichender eigene Entwicklungsweg Konturen annahm. Zu fragen ist, ob Stalins Erklärung gegenüber dem einflußreichen Politiker der polnischen Londoner Exilregierung St. Mikolajczyk im Oktober 1944 tatsächlich ernst gemeint war: »Polen muß eine demokratische Ordnung haben. Privateigentum und ein freies Wirtschaftsleben sollen erhalten werden. In Polen bestehen keine Voraussetzungen für ein kommunistisches System.«⁵ Stand das nicht im Gegensatz zu Stalins politischer Maxime, die er gegenüber M. Djilas auf den Nenner brachte: »Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer auch immer ein Territorium besetzt, führt auch sein eigenes Gesellschaftssystem ein. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit die Macht seiner Armee reicht. Es kann nicht anders sein.«⁶

In geschichtlichen Prozessen bestehen keine einfachen Mechanismen, gewollte Ziele unter konkreten Bedingungen durchzusetzen. Stalins Strategie bestand eben darin, das sowjetische Modell in seinem Machtbereich nicht unbedingt allerorts (z. B. nicht in Finnland und Österreich) und zudem auch nur schrittweise, abhängig von den machtpolitischen Verhältnissen und anderen Umständen, einzuführen. Ihm ging es anfänglich vor allem darum, Reibungen mit den westlichen Alliierten zu vermeiden. Insofern bot das Leninsche Konzept von den zwei Etappen der Revolution einen günstigen Rahmen. Stalin verlangte vorerst von den osteuropäischen Kommunisten nicht, sofort die alleinige Macht zu errichten und den staatssozialistischen Weg nach sowjetischem Muster einzuschlagen. Noch im Mai 1946 bekräftigte er vor einer Gruppe polnischer Kommunisten, Sozialisten und Bauernparteilern: »In Polen gibt es keine Diktatur des Proletariats, und sie ist

3 Zitiert nach Andrzej Werblan: Wladislaw Gomulka. Sekretarz Generalny PPR, Warszawa 1983. Deutsche Übersetzung in: Stanislaw Milc: Der polnische Weg. In: Polnische Perspektiven. Vierteljahresschrift, Warschawa 1988, Jg. 18, Heft 4, S.86f.

4 Polska Ludowa, S. 47.

5 Documents of Polish-Soviet Relation, Bd. 2, London 1969, S. 432.

6 M. Djilas: Conversation with Stalin, London 1962, S. 90.

dort auch nicht nötig. ...Die Demokratie, die bei Ihnen in Polen, in Jugoslawien und teilweise in der Tschechoslowakei errichtet wurde, führt zum Sozialismus ohne unbedingte Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetordnung.« In Gesprächen mit Gottwald einen Monat später zählte er Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Bulgarien zu den Ländern, die einen besonderen Weg zum Sozialismus gehen, nicht über die »Diktatur des Proletariats« und das »Sowjetsystem.«⁷ In einem Interview mit Daily Herald vom 22. August 1946 sah er im Unterschied zur Oktoberrevolution in Rußland im »englischen Weg zum Sozialismus« einen friedlichen und weitaus längerwährenden Prozeß. In gewisser Weise war der nationale Weg eine strategische Frage sowjetischer Außenpolitik. Das erklärt, warum zwischen 1944 und 1947 ein bestimmter politischer Spielraum für nationalkommunistische, sozialistische, sozialdemokratische und sozialrevolutionäre Kräfte bestand, den politische Führer wie Gomulka, Tito, Dimitroff, Gottwald oder Rakosi anfänglich nutzten. Auch in der sowjetischen Besatzungszone war die Rede von einem besonderen deutschen Weg (Ackermann).⁸

7 Zitiert nach: G. P. Murasko/ T.B. Volokina/ A. F. Noskova: Sozdanie soclagerja. In: Sovetskoje obscestvo: voznikovenie, razvitie, istoriceskij final, tom 2, Moskva 1997, S. 12.

8 J. Hofmann: Anton Ackermann und die Problematik des Weges zum Sozialismus. In: Lesearten marxistischer Theorie. Vortragsreihe der »Hellen Panke« e. V., Berlin 1996, S. 49ff.

9 Jörg K. Hoensch: Geschichte Ungarns 1867-1983, Stuttgart Berlin Köln Mainz 1984, S. 168.

Kräfteverhältnisse und Richtungskämpfe

Kernstück der Entwicklungsrichtung in Osteuropa bis 1947/48 war aber auch zugleich das Ringen verschiedener sozialer und politischer Kräfte um die Macht. Zwei gegensätzliche Gesellschaftskonzepte äußerten sich in machtpolitischen Aktionen, reduzierten sich aber nicht auf das einfache Schema hie westliches Kapitalismusmodell und da Sozialismus à la Sowjetunion. Nicht nur die Kommunisten bedienten sich dabei eines »Verfahrens zur Zermürbung und langsamen Entmachtung ihrer politischen Konkurrenten, dem Rakosi später die zum geflügelten Wort gewordene Bezeichnung ›Salamitaktik‹ gab.«⁹ Auch die mit den kommunistischen Parteien konkurrierenden politischen Kräfte (einschließlich der Sozialisten und Sozialdemokraten) sahen in dem mehr oder weniger erzwungenen oder gewollten Zusammengehen in den Volksfronten durchaus Möglichkeiten und Chancen, sich machtpolitisch zu profilieren und zu behaupten. Sie setzten dabei verständlicherweise ihre Hoffnungen zumeist auf die USA, Großbritannien und Frankreich. Nur waren ihre Chancen im sowjetischen Herrschaftsbereich ähnlich gering bis aussichtslos wie die der Kommunisten in Westeuropa oder Griechenland. Der Ausgang des Kampfes um die Macht und die damit verbundene sozialökonomische wie politische Richtung wurden letztlich von den Großmächten im jeweiligen Einfluß- und Interessenbereich bestimmt sowie durch deren zunehmende Konfrontation in der entstehenden bipolaren Welt des Kalten Krieges seit 1947 beschleunigt entschieden.

In Polen besaß die westlich orientierte und antisowjetische Elite bis Mitte 1944 gegenüber den prosowjetisch-kommunistischen Kräften den maßgeblichen Einfluß auf die künftige Gestaltung des Landes. Sie besaß reale Macht in der Londoner Exilregierung samt ihren illegalen staatlichen Strukturen im faschistisch besetzten Polen, einschließlich der antikommunistisch ausgerichteten 300 000 Mann starken Armia Krajowa (Heimatarmee). Infolge der historisch bedingten antisowjetischen Grundhaltung führender

Eliten wie großer Teile der polnischen Bevölkerung (im Unterschied zur Tschechoslowakei, Jugoslawien oder Bulgarien) bestanden schier unlösbare Probleme hinsichtlich der Formierung einer gesamtnationalen Befreiungsbewegung und einer polnisch-sowjetischen Verständigung im Rahmen der Antihitlerkoalition. Hauptstreitpunkte waren die territoriale Gestaltung und die Unabhängigkeit wie auch die politische und sozialökonomische Ausrichtung des neuen polnischen Staates. Nur langsam und mühsam schufen die prosowjetisch orientierten Kommunisten und ihre linken Sympathisanten in Polen eine Gegenmacht zum Londoner Lager. Nicht unwesentlich trug dazu bei, daß eine nach Polen entsandte Initiativgruppe der Komintern die von Stalin 1938 liquidierte Kommunistische Partei Polens am 5. Januar 1942 unter dem Namen PPR (*Polska Partia Robotniczy*) neu gründete. Entschieden wurde, die Partei illegal landesweit aufzubauen (Januar 1942: 4 000, Juli 1944: 22 000, April 1945: 300 000 Mitglieder) und die zersplitterten kommunistischen Partisanengruppen zu einer einheitlichen militärischen Kampforganisation, der *Gwardia Ludowa* (Volksgarde), zusammenzuschließen. Nach dem Tod von Marcelli Nowotko übernahm Pawel FINDER im November 1942 die Führung der PPR. Nachdem dieser 1943 von der Gestapo verhaftet worden war, kam erstmals mit Wladislaw GOMULKA ein nicht aus sowjetischer Emigration Kommender, sondern ein Vertreter des polnischen kommunistischen Untergrundes **an die Parteispitze**.¹⁰ Seine Kandidatur war nicht mit Moskau abgesprochen. Wahrscheinlich war das auch einer der Gründe, warum auf Beschluß des Politbüros der KPdSU im Januar 1944 in Moskau ein zweites kommunistisches Führungszentrum entstand, das Zentrale Büro Polnischer Kommunisten.¹¹ Als Versuche der PPR einer Einigung mit der Londoner Exilregierung scheiterten¹², orientierte GOMULKA unabhängig von Moskau im Oktober 1943 auf die Bildung einer linken nationalen Gegenregierung. Die Legitimität der Londoner Machtzentrale wurde im programmatischen Dokument »Wofür wir kämpfen« (1943) in Frage gestellt, da diese sich »auf die antidemokratische illegitime und nicht vom Volke akzeptierte Verfassung von 1935« stütze und daher nicht berufen sei, eine »demokratische Struktur im neu entstandenen Polen« zu realisieren.¹³ Ähnlich argumentierte auch der im sowjetischen Exil lebende Alfred LAMPE. Er berücksichtigte, daß das polnische Volk »noch keine Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes kennengelernt« habe und nun eine demokratische Alternative zum Vorkriegsregime geschaffen werden müsse. Sollte die Londoner Exilregierung im neuen Polen die Macht übernehmen, dann würde Polen zudem auch »rasch in die Umarmung großkapitalistischer westlicher Orientierung« gezwungen.¹⁴ Der im August 1943 aus sowjetischem Exil in das besetzte Polen entsandte Kommunist BOLESŁAW BIERUT knüpfte wohl ganz im Sinne der von Moskau geforderten breiten nationalen Volksfront mit 14 linken Splittergruppen im polnischen Untergrund Kontakte. Sie gründeten in der Nacht zum Neuen Jahr 1944 in Warschau den illegalen Landesnationalrat (*Krajowa Rada Narodowa*) als Legislative eines künftigen polnischen Staates. In die ständige Exekutive (Präsidium) des linken Untergrundzentrums gelangten BIERUT als Vor-

10 Vgl. *Sprawka sotrudnika sekretariata IKKI o dostavke v Pol'su v 1941-1942 organizatorov partijnoi raboty* vom 29. 2. 1944. In: Russkij archiv. Velikaja Otecestvennaja, 3 (1), Moskva 1994, Dokument 14, S. 129 f.

11 Vgl. SSSR - Pol'sa. *Mechanizmy podcinenija 1944-1949. Sbornik dokumentov*, Moskva 1995; Dokument Nr. 1, 4 und 8

12 Vgl. E. Seeber: *Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um Polen und die CSR 1941-1945*, Berlin 1984, S. 179 ff.

13 Zitiert nach Kszaltowanie sie podstaw programowych Polskiej Partii Robotniczej w latach 1942-1945. *Wybor materialow i dokumentow*, Warschau 1958, S. 145.

14 Antoni Przygonski: *Z zagadnien strategii frontu narodowego PPR 1942-1945*, Warschau 1970, S. 132.

sitzender, der Sozialist Edward Osobka-Morawski als Stellvertreter, der Schriftsteller Wladyslaw Kowalski von einer Splittergruppe der Bauernpartei (SL-Wola Luda) und der offiziell parteilose General Michal Zymierski (Rola), ein ehemaliger Mitstreiter Pilsudskis. Die zwanzig Politiker des Gremiums beschlossen, auf Wojewodschafts-, Kreis- und Gemeindeebene ein System von Nationalräten aufzubauen und die bisher noch isoliert operierenden linken Partisanenverbände (mit ihrem Kernstück, der Gwardia Ludowa) zur Volksarmee (Armia Ludowa) zu vereinen, die bis Mitte 1944 über 55 000 Kämpfer in allen Teilen des Landes verfügte. Der Landesnationalrat anerkannte die von der UdSSR 1939 erzwungene polnische Ostgrenze und kündigte tiefgreifende soziale Reformen an (entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, der Großindustrie, der Banken und der Verkehrsmittel, Einführung des Achtstundentages, unentgeltliche Schulbildung und Gesundheitsbetreuung).¹⁵ Wie schwach die politische Basis des neuen illegalen linken Machtzentrums dennoch war, ist u.a. daran zu sehen, daß nur vier von 24 Führern der 1943 von der Sozialistischen Partei (PPS) abgespaltenen RPPS (Robotnica Partia Polskich Socialistow) ein Zusammengehen mit der PPR befürworteten.¹⁶

Georgi Dimitroff, der nach der offiziellen Auflösung der Komintern deren reorganisierten Apparat in Gestalt der Abteilung für Information des ZK der KPdSU leitete, erfuhr erst nachträglich von Gomulka am 12. Januar 1944 über diesen wichtigen politischen Schritt: Nach den erfolglosen Verhandlungen der PPR mit der Exilregierung sei es notwendig geworden, eine eigene politische Gegenmacht zu schaffen, zumal es in unteren Organisationen der Londoner Regierungsparteien dazu gewisse Bereitschaft gegeben habe. Den alliierten Staaten sollte mit der Bildung des Landesnationalrates zudem signalisiert werden, daß die Exilregierung keinen Alleinanspruch auf die politische Vertretung des polnischen Volkes besitze. Die PPR gehe davon aus, »daß die Rote Armee im Kampf gegen den deutschen Feind polnischen Boden betritt und damit den Kampf der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Polens erleichtert.« Ungeachtet der noch vorhandenen antisowjetischen und antikommunistischen Stimmungen könne dadurch die PPR nunmehr zur entscheidenden Kraft in Polen heranwachsen.¹⁷ Moskau verhielt sich vorerst abwartend und zwiespältig, sicherlich auch wegen unzureichender Informationen über die Lage im polnischen Untergrund. Dimitroff anerkannte, mit der Gründung des Landesnationalrates sei deutlich geworden, daß die »Londoner Regierung keine Monopolstellung im Lande« besitze; dennoch entstände der Eindruck, daß der Landesnationalrat bereits ein Machtorgan sei. Eine künftige polnische Provisorische Regierung müsse aber außer diesem Gremium »verschiedene Gruppierungen im Lande...sowie Vertreter der demokratischen Gruppen, vor allem aus der Partei der Polnischen Sozialisten und der Polnischen Armee in der UdSSR, der Polonia in den USA und aus den demokratischen Elementen in London« umfassen. Auch die radikalen sozialökonomischen Forderungen der programmatischen Deklaration der PPR »Wofür wir kämpfen« (1943) lagen nicht auf der von Moskau gewünschten »gemäßigeren« Linie einer »breiten politi-

15 Vgl. SSSR i Pol'sa 1941-1945 k istoriju voennovogo sojuza. Dokumenty i materialy. In: Russkij archiv, Bd 3 (1) Moskva 1994, Dok. 31 und 32, S. 151 ff.

16 Vgl. B. Fowkes: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Osteuropa-Studien, Bd.1, Mainz 1994 S. 17.

17 Vgl. SSSR-Pol'sa..., Dokument 2, S. 17 ff.

schen Konzentration, die geeignet wäre, einen Teil der Bourgeoisie mitzunehmen oder zu neutralisieren.«¹⁸ In seinem Antwortbrief vom 7. März 1944 an Dimitroff verteidigte Gomulka die von ihm vertretene Politik der PPR: Eine breite nationale polnische Front sei nicht am Sektierertum seiner Partei gescheitert, sondern in erster Linie an der Haltung des Londoner Lagers zur sowjetisch-polnischen Grenze, aber auch am Linksradikalismus und den »trotzkistischen Ideen« der RPPS. Es sei bisher nur gelungen, sich auf die Opposition innerhalb der Sozialisten und der Bauernpartei-ler zu stützen. Der Landesnationalrat verstehe sich nicht als Regierung, aber er werde bis zur Bildung einer Provisorischen Regierung als »Regierungsvertretung handeln« und im Falle der Befreiung Ostpolens seinen Sitz dorthin verlegen.¹⁹ Dimitroff wie auch das Zentralbüro Polnischer Kommunisten und der Bund Polnischer Patrioten besaßen zu diesem Zeitpunkt keine ausreichende Kenntnis über die Zusammensetzung, den politischen Charakter und den realen Einfluß des »sogenannten Landesnationalrates«.²⁰ Vorbehalte gegenüber der Politik des Generalsekretärs der PPR wurden durch Moskauer Emissäre²¹ zusätzlich genährt. Erst am 16. Mai 1944 eine Delegation des Landesnationalrates in Moskau eintraf²², wurde der Landesnationalrat als Kern einer künftigen linken polnischen Macht anerkannt, die die Verwaltung in den bald befreiten polnischen Gebieten (in den Grenzen nach 1939) übernehmen sollte. In den Gesprächen mit Vertretern aus Warschau am 22. Juni 1944 verlangte Stalin aber nachdrücklich, daß der Landesnationalrat durch demokratische polnische Gruppierungen in der UdSSR, in Großbritannien und in den USA erweitert werden müsse. Er stimmte am 15. Juli 1944 zu, ein eigenes polnisches Staatsorgan mit Regierungscharakter aus Vertretern des Landesnationalrates und des Bundes Polnischer Patrioten zu gründen. Es wurde im Interesse einer weiteren Verständigung mit dem Londoner Lager zunächst als »Delegatur des Landesnationalrates für die befreiten Gebiete« benannt; erhielt aber am 21. Juli 1944 – analog den nationalen Repräsentationen Frankreichs und Jugoslawiens – den Namen »Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung« (Polski Komitet Wyzwolenia Narodego).²³ Vorläufiger Sitz wurde die erste befreite ostpolnische Stadt Chelm (22. Juli), danach Lublin (seit 24. Juli). Im Beisein von Stalin und Shukow unterzeichneten Molotow und Osobka-Morawski am 26. Juli 1944 im Kreml ein Abkommen zwischen der Regierung der UdSSR und der Lubliner Machtzentrale über die Beziehungen zwischen dem Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte und der Polnischen Administration nach dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium Polens, dem einen Tag später ein Vertrag über die polnische Ostgrenze folgte. Stalin, Dimitroff und die polnischen Führer in der sowjetischen Emigration setzten durch, daß das Regierungsprogramm sich von den radikalen sozialökonomischen Forderungen des Warschauer Landesnationalrates spürbar abhob. Die entschädigungslose Enteignung beschränkte sich nur noch auf Deutsche und Kollaborateure. Kleine und mittlere Unternehmen konnten an ursprüngliche polnische Besitzer zurückgegeben werden. Das Eigentum der Kirche war von der Nationalisierung ausgeschlossen.

18 Zitiert nach: E. Seeber, Die Mächte der Antihitlerkoalition ..., S. 195.

19 Vgl. ebenda, S. 197 sowie Ben Fowkes: Aufstieg und Niedergang..., S. 17 ff.

20 SSSR i Pol'sa..., Dokument 10, S. 35.

21 In einem Brief an Dimitroff vom November 1943 informierte Bierut, Gomulka stünde als Parteichef »nicht auf der Höhe seiner Aufgaben«. Die hinter ihm stehende Mehrheit im ZK schwanke ständig zwischen Sektierertum und Opportunismus. Der Partei drohe eine Spaltung und es bestünde »die Gefahr, die Bündnispartner (Sozialisten, Bauernpartei-ler) zu verlieren«. Dieses Dokument nutzte Bierut 1948 im Machtkampf mit seinem Rivalen im Zusammenhang mit dem von Stalin verordneten Abbruch des polnischen Sonderweges. Vgl. SSSR i Pol'sa, Dokument 17, S. 47 ff. Leonid Kasmann, ab September 1941 Instrukteur in der Kaderabteilung des EKKI, reagierte auf die erste Information Gomulkas an Dimitroff vom 12. Januar 1944 negativ und beurteilte den Kurs der PPR bezüglich des Landesnationalrat und seiner Aktivitäten als sektiererisch und voreilig. Vgl. ebenda, Dokument 7, S. 28.

22 Zur Delegation gehörten M. Spichalski, E. Osobka-Morawski, J. Haneman und K. Sidoran. Am 5. Juli 1944 nahm General Rola-Zymierski an den Beratungen in Moskau teil, später auch Bierut und Gomulka. Vgl. SSSR-Pol'sa..., Dokumente 16, 21 und 22, S. S. 44 und S. 65 ff.; vgl. auch SSSR i Pol'sa 1941-1945. K istoriju voen-

novogo sojuza. Dokumenty i materialy. In Russkij archiv, Bd 3 (1) Moskva 1994, Dok. 31, S. 151f.

23 Den Vorsitz der Gegenregierung übernahm der Sozialist Osobka-Morawski, der zugleich Außenminister war. Seine Stellvertreter waren die Kommunistin Wanda Wasilewska (Bund Polnischer Patrioten) und Andrzej Witos von der Bauernpartei (SL), der auch Leiter des Ressorts Landwirtschaft und Bodenreform wurde. Die PPR stellte die Ministerposten für Nationale Verteidigung (General Rola-Zymierski), Öffentliche Sicherheit (Stanislaw Radkiewicz), Information und Propaganda (Stefan Jendrychowski) und Volksbildung (Stanislaw Skrzewski), die PPS die Minister für Volkswirtschaft und Finanzen (Jan Stefan Hanemann), Arbeit, Sozialfürsorge und Gesundheit (Boleslaw Drobner). Die Bauernpartei erhielt die Ressorts Justiz (Jan Cechowski), Öffentliche Verwaltung (Stanislaw Kotek-Agroszewski), Verkehr, Post Fernmeldewesen (Jan Michal Grubecki) und die neu gegründete Demokratische Partei das Ressort Kultur und Kunst (Wincenty Rzymowski). Zur Regierung gehörten zudem zwei Parteilose, General Zygmund Berling und Emil Sommerstein. Vgl. Sovetskij Sojus - Narodnaja Pols'sa 1944-1974. Dokumenty i materialy, Moskva 1974, S. 10ff.

24 Vgl. ebenda, Dokumenten 5, 6 und 7, S. 17ff. sowie SSSR i Pol'sa 1941-1945. K istoriju voennovo sojuza. Dokumenty i materialy. In: Russkij archiv, Bd 3 (1) Moskva 1994, Dokument 55, S. 409.

Schließlich wurden auch die in der UdSSR organisierten polnischen Militäreinheiten mit der Armia Ludowa vereint (Ende 1944: 290 000 Mann), die einen beachtlichen Beitrag zur Befreiung vom Hitlerfaschismus auf polnischem und deutschem Gebiet leisteten.

Mikolajczyks Kompromißangebot während seiner Moskauer Verhandlungen Anfang August 1944, die PPR als fünfte Partei in die Londoner Regierungskoalition mit 20 Prozent der Ministersitze aufzunehmen, lehnten Stalin und Bierut ab. Aber Mikolajczyk ging auch nicht darauf ein, in einem erweiterten Lubliner Komitee das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Alle Versuche der Londoner Exilregierung, auf polnischem Territorium vor Eintreffen der Roten Armee mittels der Armia Krajowa die Macht zu errichten, waren sowohl in Ostpolen als auch in Warschau zwischen Februar und Oktober 1944 erfolglos geblieben. Dadurch konnte die PPR mit anderen linken prosowjetischen Kräften unter dem allerdings maßgeblichen Einfluß sowjetischer Militärorgane in den befreiten ostpolnischen Gebieten (78 000 km² mit 5,6 Mio Einwohnern) die künftige polnische Staatsstruktur real aufbauen und schließlich den Status des Lubliner Komitees in eine Provisorische Regierung Polens mit dem Sitz in Warschau umwandeln (31. Dezember 1944). Nach der Krimkonferenz bestätigte das Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR die Westgrenze Polens und übertrug am 20. Februar 1945 der Warschauer Regierung auch die Verwaltung der befreiten ostdeutschen Gebiete bis zur Oder-Neiße als der künftigen polnischen Westgrenze.²⁴ Daß es der PPR und ihren linken Sympathisanten gelang, diesen Machtvorsprung unwiderruflich zu machen, ist nicht zuletzt den internationalen Machtkonstellationen dieser Zeit geschuldet: Nachdem die Regierungen der USA und Großbritanniens sich mit Stalin über ihre Einflusssphären in Europa geeinigt hatten, konnte die Londoner Exilregierung weder die gerechte Forderung nach Wiederherstellung der polnischen Ostgrenze von 1939 noch ihren Alleinvertretungsanspruch auf die Macht in Polen aufrechterhalten. Auf der Krimkonferenz wurde nicht nur die polnische Ostgrenze festgelegt, sondern auch entschieden, daß »die gegenwärtig in Polen amtierende Provisorische Regierung ...auf einer breiteren demokratischen Grundlage unter Einbeziehung von demokratischen Persönlichkeiten aus Polen selbst und von Polen aus dem Ausland (zu) reorganisieren« ist.²⁵ Aber erst im Juni 1945 traten kompromißbereite Kräfte des Londoner Lagers um Mikolajczyk unter massivem britischen Druck der von den Alliierten vorgeschriebenen Regierung der Nationalen Einheit in der Hoffnung bei, sich einen bestimmten Machteinfluß auf die Gestaltung Polens offenzuhalten. Wie chancenlos das allerdings war, machte Gomulka seinen politischen Haupttrivalen während der Verhandlungen siegesbewußt deutlich: »Wir billigen nur den Demokraten aus der Emigration einen Platz in unserem Hause zu, und unterstreichen damit, daß wir bis heute von unserer Linie...auf Verständigung ...nicht abgegangen sind. Sie dürfen nicht beleidigt sein, meine Herren, daß wir Ihnen solche Plätze in der Regierung anbieten, die wir selbst für tragbar halten. Wir sind nämlich die Hausherren, und Sie können zu Mitgestaltern werden. ...Wir wollen die Verständigung aus ganzem Herzen. Glauben

Sie jedoch nicht, daß unsere Existenz davon abhängt.«²⁶ Die Regierung führte der Sozialist Osobka-Morawski, dem PPR-Chef Gomulka als Erster Stellvertreter und zugleich Minister für die neu gewonnenen Westgebiete zur Seite stand. Der Chef der im August 1944 zugelassenen PSL, der zahlenmäßig stärksten polnischen Partei (1945: 600 000 Mitglieder), Mikolajczyk wurde Zweiter Stellvertreter des Premiers und zugleich Agrarminister. Da sich aber beträchtliche Teile der Polen in der Regierung der Nationalen Einheit nicht vertreten sahen, verwundert es auch nicht, daß trotz offizieller Auflösung der Armia Krajowa und trotz der Amnestie (von der im August 1945 44 000 Personen Gebrauch machten) eine militärische Untergrundopposition fortbestand (die AK-Nachfolgeorganisation WiN, die rechtsradikal-nationalistische NSZ und die Ukrainische Aufstandsarmee), für dessen Bekämpfung die Staatsmacht noch 1946 150 000 Mann der Armee, der Miliz und der Sicherheitsorgane einsetzte. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände, die bis 1948 auf beiden Seiten 30 000 Menschenleben kosteten, waren letztlich auch ein militanter Aufstand gegen die angestauten Ungerechtigkeiten und Willkürakte, die Polen von der sowjetischen Großmacht seit 1939 erdulden mußte und die auch von den alliierten Verbündeten nachträglich akzeptiert worden waren.

Die PPR Gomulkas nur ein Moskauer Befehlsempfänger?

Die kommunistische Führungsgruppe um Gomulka handelte zwar seit 1943 in weitgehender Interesseneinheit mit Moskau, aber eben nicht ausschließlich nach sowjetischen Vorgaben. Vielmehr ließ sie sich wie nie zuvor und wie nie danach von den nationalen Bedingungen und Interessen Polens und von marxistischen Grundsätzen leiten, die sich von den damals geltenden stalinistischen Doktrinen in manchem unterschieden. Das belegt Gomulkas Rapport am 10. Mai 1945 vor der von Dimitroff geleiteten Abteilung für internationale Information des ZK der KPdSU:²⁷ »Genossen, es ist notwendig, hier festzustellen, daß unsere Partei große Fehler gegenüber der Stronictwo Ludowe (linke Splittergruppe der einflußreichen Bauernpartei PSL) zuließ. Nach der Befreiung eines Teils Polens im Jahre 1944, des sog. Lubliner Polen, beherrschten wir gänzlich die SL, unsere Partei erlaubte denjenigen Elementen, die manchmal nicht ganz und gar mit uns übereinstimmten, keine legale Tätigkeit. Wir wollten eine Bauernpartei aufbauen, die in allen Fragen mit uns einer Meinung zu sein hat. Das schlug deshalb fehl, weil die aktivste Gruppe der Bauernpartei nicht in jene Partei eintrat, die wir schufen; diejenigen aber, die zu uns kamen, hatten zugesagen keine Bedingungen für eine selbständige Tätigkeit. In dieser Periode war es sicherlich auch schwer, eine andere Politik zu führen. Aber der Fehler besteht darin, daß wir später, als sich die Lage innerhalb der Bauernpartei veränderte, daraus keine Schlußfolgerungen zogen. Einige Monate nach der Befreiung entstand in der illegalen PSL eine Opposition, die sich Mikolajczyk nicht unterordnen, nicht mehr illegal arbeiten und gegen uns kämpfen wollte. Kurz gesagt, wir gaben der Bauernpartei, die großen Einfluß in der Bauernschaft besitzt, nicht das Recht eines selbständigen Partners mit großem Einfluß und konnten deshalb nicht die ganze Bau-

25 Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 bis 1945. Bd.4. Die Krim(Jalta)-konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte – UdSSR, USA und Großbritannien (4.-11. Februar 1945). Dokumentensammlung, Dokument 28, S. 233 (Deklaration über Polen).

26 Gomulka: *Artykuly i przemowieniam* Bd.1, Warschau 1962, S. 215f.; vgl. auch *Polityka* vom 19. Juli 1958 und W. Gora: *Volksrepublik Polen. Ein Abriß*, Berlin 1979, S. 94.

27 SSR- Pol'sa..., Dokument 30, S. 112.

ernschaft für die Unterstützung der Provisorischen Regierung gewinnen. Die Reaktionäre erklärten, daß die Aufteilung des Gutsbesitzerlandes die erste Etappe der Kollektivierung sei, daß nach der Bodenreform Kolchosen eingeführt werden, und vor allem die, die Land erhalten hatten, gezwungen würden, den Kolchosen beizutreten. Die polnischen Bauern fürchten sich vor der Kolchose, sie wollen diese nicht. Auf diese Weise erreichte es die Reaktion, daß die Bauern wenig Aktivität bei der Bodenreform zeigten. Wir gaben keine Antwort darauf, was die Bauern hinsichtlich der Kolchosen bewegt. ... Wir haben nicht die Mehrheit auf dem Dorfe, wir brauchen gerade in der gegenwärtigen Periode eine echte Bauernpartei als tatsächlichen und nicht fiktiven Partner.« Im Unterschied zur Bauernpartei seien aber die Sozialistische Partei (PPS) und die Demokratische Partei (SD) selbständige Bündnispartner. Gomulka kritisierte, nicht wenige Kommunisten würden infolge der Anwesenheit sowjetischer Truppen die schwierige politische Arbeit durch die Tätigkeit der Straf- und Sicherheitsorgane ersetzen. Hinsichtlich des militärischen Untergrunds der Londoner Exilregierung in den von der Sowjetarmee befreiten und besetzten polnischen Gebieten ließ Gomulka wissen: Die PPR wolle nicht den Weg des Terrors und der Massenverhaftungen gehen, sondern werde die Konflikte mit dem militärischen Untergrund politisch lösen. In einem Brief vom 15. Mai 1945 teilte Gomulka diese Standpunkte Stalin noch einmal persönlich mit und vermerkte, daß sektiererische Kräfte auf den lokalen und regionalen Ebenen der PPR, unterstützt von Militärorganen der UdSSR, das sowjetische Modell in Polen einführen wollten. Er kritisierte das zunehmende Bestreben, der PPR eine privilegierte Stellung einzuräumen und die politische Arbeit in der Bevölkerung durch die Tätigkeit der Sicherheitsorgane zu ersetzen. Die PPR bestehe auf der Souveränität des polnischen Staates, lehne entschieden eine Kollektivierung der Landwirtschaft ab, fördere aber hingegen rentable individuelle Bauernwirtschaften und das Genossenschaftswesen.²⁸

28 Ebenda, Dokument 31, S. 130 ff.

Gleichberechtigtes Aktionsbündnis von Kommunisten und Sozialisten
Für den nationalen Weg Polens in Richtung eines demokratischen Sozialismus waren die anfängliche selbständige Existenz und gleichberechtigte Zusammenarbeit von PPS und PPR genauso charakteristisch wie rivalisierender Kampf beider Parteien um Eigenprofilierung, Macht und Wählergunst. In der PPS dominierten die »Zentristen« wie der aus dem KZ befreite Jozef Cyrankiewicz oder der aus dem Exil heimgekehrte Julian Hochfeld, die in einer eigenständigen PPS die Voraussetzung für einen demokratischen Sozialismus sahen. Grundsätzlich änderte sich das auch nicht, als der antikommunistische Londoner PPS-WRN-Flügel, dem die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Polen verweigert wurde, sich im Dezember 1945 der Lubliner PPS anschloß, die nun über 200 000 Mitglieder verfügte. Gegenüber der PPR besaß die PPS in den Städten und in den Fabrikräten mehr Mitglieder. Ihr gewachsenes Selbstbewußtsein artikulierten die Sozialisten auch im Wahlkampf seit Sommer 1946: »Es scheint mir, daß die größten Schwierigkeiten (für die Erhaltung der Einheitsfront) von der Tatsache

herrühren, daß der eine Partner zu häufig unter dem Slogan der ›führenden Partei‹ operiert. Eine Einheitsfront kann nicht nach dem Prinzip aufgebaut werden, daß einer regiert und der andere sich ihm unterwirft, daß einer die Bedingungen diktiert und der andere untätig mit dem Kopf dazu nickt.«²⁹

Die Abteilung Außenpolitik beim ZK der KPdSU verfolgte über ihre Informanten die Situation in Polen. In einer Analyse vom Oktober 1946 wurde u.a. vermerkt: Die PPS kritisiere den Führungsanspruch der PPR und fordere größeren Einfluß in den regionalen staatlichen Leitungen, besonders in den Sicherheits- und Milizorganen. Es zeichne sich auch ab, daß PPS-Führer auf ein Wahlbündnis mit Mikolajczyks Bauernpartei reflektierten und mit ehemaligen Angehörigen der Heimatarmee sympathisierten.³⁰ Ungeachtet dieser Differenzen blieb die PPS-Führung bei ihrer Zusammenarbeit, zumal Parteichef Cyrankiewicz der Premiersposten nach den Wahlen zugesichert wurde. Die Byrnes-Rede in Stuttgart (September 1946), die die neue polnische Westgrenze in Frage stellte, förderte zudem das Bündnis beider Parteien, die im November 1946 ein Einheitsfrontabkommen vereinbarten. Cyrankiewicz entfernte seitdem die Kräfte der antikommunistisch und westlich orientierten Politiker aus der PPS. Deren Wortführer Zulawsky kandidierte für Mikolajczyks PSL. Auch wenn man den demokratischen Charakter der Wahlen vom Januar 1947 in Frage stellen muß, gab es für die PSL kaum eine Chance, die von Kommunisten und Sozialisten getragenen Machtverhältnisse grundsätzlich aufzubrechen. Vieles spricht dafür, daß die Weigerung Mikolajczyks, dem Linksblock beizutreten (ihm wurden 25 Prozent der Regierungssitze eingeräumt), den Machtniedergang der PSL beschleunigte. Der Historiker F. Fejtö nennt einen wesentlichen Grund für die Niederlage: »Mikolajczyk...sprach von Freiheit, Wahlen und Unabhängigkeit, während die Kommunisten und ihre Anhänger nach Brot und Arbeit riefen, nach Ordnung, Vertreibung der Deutschen, Besiedlung der Westgebiete und Ankurbelung der Industrie.«³¹

Daß die Sozialisten selbst im Dezember 1947 noch keinen Handlungsbedarf verspürten, sich mit der PPR zu vereinen, machte Cyrankiewicz auf dem 27. Kongreß seiner Partei deutlich: Die PPS werde eine unabhängige Partei bleiben und nicht bloß den »Mond« zur kommunistischen »Sonne« bilden.³² Die Führung der PPS war überzeugt, daß es im gleichberechtigten Zusammenwirken mit der PPR möglich sei, auch weiterhin einen eigenen nationalen Weg Polens zwischen westlichem Kapitalismus und sowjetischem Staatssozialismus zu gehen.

Der Kalter Krieg und das Ende des nationalen Wege

Jüngste Quellen belegen: Die sowjetische Führung verfolgte über verschiedene Kanäle (Militärorgane in Polen, Berater, diplomatische Vertretungen, KGB, ZK-Abteilung für internationale Information bzw. für Außenpolitik) die Vorgänge in allen osteuropäischen Ländern und kam 1947 zum Schluß: Während die in ihrem Machtbereich liegenden Länder vom sowjetischen Modell weiter abdrifteten, sich allerorts »Nationalismus« in Gestalt besonderer friedlicher und parlamentarischer Entwicklungen abzeichnete

29 Robotnik vom 6. August 1944. Zitiert nach R (Pseudonym), He Fade of Polish Sozialism. In Foreign Affairs, Bd. 28, Nr.1/Okttober 1949, S. 1300 f.

30 SSSR- Pol'sa..., Dokument 37, S. 173ff.

31 F. Fejtö: Die Geschichte der Volksdemokratien. Buch1. Die Ära Stalin 1945-1953, Frankfurt am Main 1972, S. 72.

32 Vgl. P. Heumos: Die Sozialdemokratie in Ostmitteleuropa 1945-1948. In: Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 7: Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg/Lahn, S. 70.

(Polen, Tschechoslowakei, Ungarn), einige Führer wie Tito und Dimitroff eigenständige außenpolitische Aktivitäten entwickelten (Schaffung einer Balkanföderation, Unterstützung der griechischen Volksdemokratie), und allgemeines Interesse am Marshall-Plan aufkam, wurden im westlichen Herrschaftsbereich zwischen März und November 1947 die Kommunisten aus den Regierungen Belgiens, Frankreichs, Italiens und Österreichs verdrängt, verstärkten sich die antikommunistischen Tendenzen bis hinein in die internationale sozialistische Bewegung. Stalin sah spätestens Mitte 1947 den Zeitpunkt gekommen, in seiner osteuropäischen Interessensphäre das Experiment der Aktionseinheit der Arbeiterparteien durch den Zusammenschluß sozialistischer bzw. sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien auf bolschewistischer Grundlage genauso zu beenden wie die bisherigen nationalen Sonderwege und die außenpolitischen Sondergänge. Diese Wende, die in der sowjetischen Strategie grundsätzlich enthalten war, wurde durch den beginnenden Kalten Krieg wesentlich beschleunigt. Die erste Konferenz kommunistischer Parteien osteuropäischer Länder sowie Italiens und Frankreichs im September 1947 im polnischen Szklarska Poreba und die dort erfolgte Gründung eines zusätzlichen sowjetischen Kontrollorgans über die osteuropäische kommunistische Bewegung in Gestalt des Kommunistischen Informationsbüros signalisierte den Strategiewandel: Die vereinbarte neue Linie konstatierte die politische Lagerbildung und bestimmte u.a. den Standort der internationalen Sozialdemokratie wie folgt: »Einen besonderen Platz nimmt im Arsenal der taktischen Mittel der Imperialisten die Ausnutzung der verräterischen Politik der rechten Sozialisten vom Typus Blum in Frankreich, Attlee und Bevin in England, Schumacher in Deutschland, Renner und Scharf in Österreich, Saragat in Italien ... ein, die das wahre räuberische Wesen der imperialistischen Politik unter der Maske der Demokratie und einer sozialistischen Phraseologie zu verbergen suchen, die in Wirklichkeit aber in allem treue Helfer der Imperialisten sind, Zersetzung in die Reihen der Arbeiterklasse tragen ...«³³

33 Für Frieden und Volksdemokratie. Bericht über die Tätigkeit einiger kommunistischer Parteien, gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947, Berlin o.J., S. 6f.

34 Ebenda, S. 58f.

Gomulka lehnte ein solches globales Urteil ab und brach auf der Kominformkonferenz 1947 für die PPS eine Lanze, denn sie bilde »den äußersten linken Flügel unter den sozialdemokratischen Parteien Europas.« Es sei normal, daß zwischen Kommunisten und Sozialisten »Reibungen« bestünden und »zugespitzte Beziehungen durch persönliche Rivalität, falsch verstandenen Parteipatriotismus und andere Fragen, die das Leben aufwirft.«³⁴ Die Charakteristik der Sozialdemokratie als einen Hauptfeind des Sozialismus und die Forderung nach forcierter Bolschewisierung der Arbeiterparteien kündete das Ende auch der nationalen Wege in Osteuropa an. Aus einer Sekretariatsvorlage Suslows für das KPdSU-Politbüro vom 5. April 1948 ist der Angriff auf Gomulkas Kurs unschwer zu erkennen. Der bisherige polnische Weg sei Ergebnis der antimarxistischen ideologischen Richtung der PPR unter Gomulka. Diese äußerte sich in drei grundsätzlichen Abweichungen: Erstens sei die einheitliche Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin durch die nationalistische Theorie vom »polnischen Marxismus« ersetzt worden, die auf einen friedlichen und parlamentarischen Weg zum Sozialis-

mus orientiere und die Errichtung der Diktatur des Proletariats leugne. Ohne die Lehre Lenin-Stalin könne von einem schöpferischen Marxismus aber keine Rede sein. Das alles gefährde ernsthaft die künftige Entwicklung Polens und sein Bündnis mit der UdSSR. Zweitens vollziehe sich auch die ideologische Annäherung der Kommunisten und Sozialisten auf der Grundlage des sog. polnischen Marxismus. Das ermögliche, daß sich bürgerlich-nationalistische Kräfte als reaktionäre Agenturen in der Arbeiterbewegung etablieren, die den gesamten Linksblock schwächen. Drittens führe die PRP keinen Kampf gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes, lehne die Kollektivierung nach sowjetischem Muster ab und setze sich nicht grundsätzlich mit dem Genossenschaftskonzept der PPS auseinander.³⁵ Vorerst traf die anvisierte Sowjetisierung in Polen auf Widerstände und war nicht kurzfristig zu realisieren, da aus Stalins Sicht die Probleme der Sondergänge der Kommunisten Frankreichs und Italiens 1947 und die der KP Jugoslawiens seit Anfang 1948 den Vorrang hatten. Die 2. Beratung des Kominform im Juni 1948 verurteilte am Beispiel der Tito-führung die sog. nationalen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und vom sowjetischen Modell.³⁶ Polens Vertreter Jakob Bermann versprach daraufhin eilfertig, daß die PPR in ihren Reihen konsequent den Nationalismus überwinden und die Vereinigung beider Arbeiterparteien zum Abschluß bringen werde.³⁷ Da Gomulka nicht bereit war, den besonderen polnischen Weg aufzugeben, wurde er schließlich auf der ZK-Tagung im September 1948 von Bierut abgelöst. Der Sozialist Cyrankiewicz schwenkte nun ebenfalls auf stalinistischen Kurs um und setzte die Parteisäuberungen fort, so daß schließlich im Dezember 1948 eine stalinistische Einheitspartei als letzte in Osteuropa zustande kam. Zweifels- ohne wurde die PPS zur raschen Vereinigung auch durch die Londoner Konferenz des Komitees der Internationalen Sozialistischen Konferenz (COMISCO) im März 1948 gedrängt. Dort wurde nicht nur der Marshall-Plan gebilligt, sondern auch die Sozialdemokratie der Tschechoslowakei ausgeschlossen, weil sie im Februar 1948 mit der KPTsch gemeinsame Sache gegen die demissionierten bürgerlichen Parteien gemacht hatte. Auch der PPS wurde der Ausschluß aus der internationalen sozialistischen Bewegung angedroht, wenn sie nicht umgehend die Zusammenarbeit mit den polnischen Kommunisten abbricht.

So markiert das Jahr 1948 endgültig das Ende der nationalen Wege zum Sozialismus und den verhängnisvollen Beginn der Strategie des forcierten Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus nach dem sowjetischen Gesellschaftsmodell, d.h. die forcierte Sowjetisierung der osteuropäischen Volksdemokratien. Stalin versuchte zwar nochmals im November 1948, Gomulka auf seine Seite zu ziehen und bot ihm eine führende Stellung im Politbüro der Einheitspartei an, was dieser in seinem Brief an Stalin vom 14. Dezember 1948 aber ablehnte.³⁸ Danach wurde Gomulka aus dem politischen Leben verdrängt und 1952 inhaftiert. Sein come back und sein Charisma als polnischer Reformier in der Krise 1956 stehen im engen Zusammenhang mit seinem Wirken um einen nationalen Weg Polens zwischen 1943-1948.

35 SSSR- Pols'sa..., Dokument 46, S. 229ff.

36 Vgl. K.-H. Gräfe: Kominform – die Konferenzen 1947 und 1948. In: UTOPIE kreativ, Oktober 1997, H. 84, S. 51 ff.

37 The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949. Fondazione Giacomino Feltrinelli. Annali. Anno Trentesimo 1994, Milano 1994, S. 542ff.

38 Vgl. SSSR- Pols'sa..., Dokument 50, S. 271.

JÁNOS JEMNITZ

Ungarn in der Rechtswende

In der Rückschau war es ein seltsamer, langweiliger und von seiten der offiziellen Linken – der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) – gar höchst unglücklicher Wahlkampf in den letzten sechs Monaten vor den Wahlen im Mai 1998. Immer und immer wieder verwiesen die USP-Führung und insbesondere Gyula Horn und seine Regierung stolz auf ihre Erfolge in der Makroökonomie – wie etwa die Senkung der Auslandsschulden – und in der Außenpolitik: Schließlich wurde Ungarn prinzipiell als Mitglied der NATO und der EU akzeptiert. Horn wurde nicht müde hervorzuheben, wie positiv das für Ungarn ist und wie wenig das Land dafür zu zahlen hat.

Aber die seit langem bekannten Trends konnte er damit nicht umkehren. Schon im Sommer 1997 war durch verschiedene Umfragen deutlich geworden, daß fast 40 Prozent der Wahlberechtigten ihre Haltung zu den Entwicklungen mit Nicht-Wahl zum Ausdruck bringen würden. Zur Minderung der dieser Haltung zugrunde liegenden unübersehbaren sozialen Spannungen kündigte Horn eine Steuerreform mit progressiver Steuererhöhung für die Wohlhabenden an – aber was tatsächlich geschah, war statt dessen die Einführung von zusätzlichen Krankenversicherungsabgaben für kleine Bauern und Landwirte. Damit bereitete er selbst den Boden für Einflußgewinne der Rechten: Es gab »Revolten« auf dem Land, spontane und organisierte Straßenblockaden, Proteste gegen die Regierung – und wenige Monate vor den Wahlen war die Regierung zum Rücktritt gezwungen.

Da half auch der eigentlich wichtige Schritt Horns zur Verbesserung der Lage der Rentner, die mit 2 Millionen immerhin ein Fünftel der ungarischen Gesamtbevölkerung ausmachen, nicht mehr. Seit dem 1. Januar 1998 können Menschen, die älter als 65 sind, kostenlos Busse, Straßenbahnen und die Eisenbahn benutzen, und sie genießen starke Vergünstigungen bei Flugreisen, im Juni 1998 wurde eine weitere Rentenerhöhung wirksam – aber das alles reicht nicht, um die Mehrkosten auszugleichen, die durch die enormen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln oder durch die gewaltig gestiegenen finanziellen Lasten bei notwendiger medizinischer Versorgung entstanden sind. Und so war es nicht schwer vorzusagen, daß auch viele der Rentner der USP ihre Stimme entziehen werden.

Fehlentscheidungen prägten auch die Kultur- und Kirchenpolitik der Regierung. Ausgerechnet die USP-Regierung unterzeichnete

Janos Jemnitz – Jg. 1930, Dr. der historischen Wissenschaften, Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, spezialisiert auf die Geschichte der Arbeiterbewegung. Zahlreiche Buchpublikationen, die auch ins Englische und Deutsche übersetzt wurden, z.B.: *The Danger of War and the Second International 1911-1914*, Budapest 1972, und: *Karl Kautsky und die Sozialdemokratie Süd-osteuropas* (mit Georges Haupt und Leo van Rossum), Frankfurt/M. 1986. In ungarischer Sprache u.a. Arbeiten zu Jean Jaurès, Léon Blum und Mihály Károlyi.

mit dem Vatikan ein Dokument, das einerseits eine Rückgabe allen früheren Eigentums an Schulen und Krankenhäusern an die Kirche vorsieht – nur der Grund und Boden bleibt vorerst noch staatlich –, andererseits zugleich aber die historische Leistung von 1946, als – noch vor Beginn der kommunistischen Herrschaft! – vom Parlament einstimmig die Trennung von Kirche und Staat beschlossen wurde, rückgängig macht. Denn es ist der Staat, der diesem Abkommen zufolge die Lehrer und Pastoren an den kirchlichen Schulen zu bezahlen hat! Selbst die Freien Demokraten in der Koalitionsregierung wandten sich gegen dieses Gesetz – aber die USP blieb bei ihrer Linie. Und erntete nur Mißerfolg – denn natürlich geben sich die beiden großen Kirchen mit dem vorhandenen Gesetz noch nicht zufrieden. Sie wollen mehr Einfluß – dieser »Kulturkampf« geht weiter (wie übrigens in fast allen anderen osteuropäischen Ländern einschließlich Rußlands auch).

Schlaglichtartig erhellte ein Vorfall das Kirche-Staat-Problem, der sich genau zwischen dem ersten und dem zwei Wochen später anberaumten zweiten Wahlgang abspielte: In einer armen Familie wurde ein 13jähriges Mädchen schwanger. Die Familie wollte ärztliche Hilfe, das Mädchen beichtete einem katholischen Pfarrer sein »Verbrechen«, ein Erzbischof verlangte, eine »Tötung des Kindes« zu verbieten – und der Gesundheitsminister wies die Ärzte an, ihre Pflicht zu tun, aber »im Geheimen«. Das Schicksal des Mädchens wurde zum nationalen Ereignis – und das am Ende des 20. Jahrhunderts!

Und dann also die Wahlen: Die Rechte gewann – wenn auch knapp. Aber sie gewann, und alle, alle Politiker und Umfragemeister gaben sich überrascht, daß der Anteil der Nichtwähler so hoch war. 44 Prozent der Wahlberechtigten blieben den Urnen fern! Der erste Wahlgang mußte gar in zwei Wahlbezirken wiederholt werden, weil die Zahl der Wählenden unter 50 Prozent geblieben war.

Die Veränderungen nach den Wahlen sind bemerkenswert. Die USP hatte nach den Wahlen 1994 209 Abgeordnete im Parlament, jetzt sind es noch 134. Die Partei verlor 300.000 Wähler! Die Freien Demokraten – die Liberalen – verfügten im alten Parlament noch über 69 Sitze, jetzt haben sie gerade noch 24. Großer Gewinner aber war die sogenannte Rechts-Mitte-Koalition FIDESZ – gebildet aus den Jungen Demokraten und der Bürgerpartei –, die im alten Parlament 2 Sitze hatte und sich jetzt auf 148 stützen kann. Leichte Gewinne kann die populistische Kleinbauernpartei FKGP für sich verbuchen, die von 26 auf 48 Parlamentssitze kletterte. Das alte MDF-Forum – die Regierungspartei von 1990 bis 1994 unter József Antall – schaffte die 5-Prozent-Hürde nicht, doch dank eines Abkommens mit FIDESZ gelangten 17 MDF-Leute per Einzelmandat ins Parlament. Ebenfalls unterhalb der 5 Prozent blieb die stark rechtsgerichtete Christdemokratische Partei. Die linksgerichtete Arbeiterpartei erreichte gleichfalls nur 4,4 Prozent – zum allgemeinen Erstaunen aber zog die Partei für Ungarisches Leben und Gerechtigkeit (MIEP) mit 5,4 Prozent auf die Parlamentsbänke. Diese MIEP ist »unabhängig«, sehr nationalistisch, ein wenig anti-USA, ein wenig anti-NATO, sie ist antisemitisch, gibt sich antikapitalistisch, greift auch soziale

Fragen auf und findet so Zuspruch vor allem bei den Opfern der großen Veränderungen der jüngsten Vergangenheit und Querverbindungen zu anderen Organisationen der extremen Rechten. Der Vorsitzende der MIEP versteht zu schreiben und zu reden, er ist ein geschickter Demagoge mit guten Kontakten zu Frankreichs Le Pen.

Regierungspartei also ist nun die FIDESZ mit ihrem fähigen jungen Chef Victor Orbán an der Spitze. Bei einem Fernsehauftritt kurz vor dem zweiten Wahlgang konnte er im direkten Streit mit Gyula Horn seine Qualitäten unter Beweis stellen. Horn präsentierte altbekannte Slogans wie den, daß der Westen zufrieden mit der ungarischen Regierung sei, worauf Orbán mit wenig Anstrengung kontern konnte: »Aber das ungarische Volk nicht.« Und so bekam er Gelegenheit, anzukündigen, daß er mehr Leuten in Ungarn helfen wolle als nur den Rentnern: den Armen zum Beispiel, den Arbeitslosen, für die er 200.000 Arbeitsplätze schaffen will; und allen zusammen, indem er die Sicherheit erhöht – was viel Beifall findet angesichts dessen, daß das Wirken der Unterwelt in Budapest und anderen Städten bald unerträglich wird.

Ob das alles nur leere Versprechungen sind, wird sich zeigen. Die sozialistisch-liberale Regierungskoalition hatte in einer unsinnigen Aktion Studiengebühren für Studenten eingeführt – die FIDESZ hat versprochen, das wieder rückgängig zu machen. Und dieses Versprechen wird sie wohl halten. Auch die Kleinbauern werden Unterstützung erhalten. Unklar ist das Schicksal der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Absehbar ist ein Gesetz zum Verbot von Landverkauf an Ausländer. Die sozialistisch-liberale Koalition wollte die Energieversorgung privatisieren – die rechtsgerichteten Parteien wehrten sich dagegen von einer nationalen Plattform aus. Nun erklärten sie offiziell, daß sie diese Branche als nationalstaatliches Eigentum betrachten.

Auf der anderen Seite gebärdet sich die neue Regierung aus FIDESZ und FKGP entschieden anti-gewerkschaftlich. Da es den beiden Parteien nicht gelang, ihre eigene Gewerkschaftsorganisation aufzuziehen, bekämpfen sie nun die bestehenden Strukturen. Die autonomen Gesundheits- und Rentenversicherungsorganisationen sollen durch Regierungs-»Kommissare« »nationalisiert« werden. Da gibt es viel Geld zu gewinnen – und das ganze läuft parallel zum »Kulturkampf« der Kirche und in einem »Zeitgeist«, der unter dem Slogan »Jetzt ist die Zeit der Wiedergutmachung gekommen« altem Konservatismus und Nationalismus Tür und Tor öffnet.

In ihrem viele Versprechen enthaltenden Regierungsprogramm kündigt die neue Koalition auch Steuersenkungen an – und damit wird ein Zentralproblem sichtbar, auf das die Opposition von USP auf der linken bis zur MIEP auf der rechten Seite natürlich längst hingewiesen hat: Wovon sollen dann all die versprochenen Verbesserungen bezahlt werden? –

Bleibt ein Blick auf die nun oppositionelle USP und die Linke insgesamt. Gyula Horn und andere USP-Führer haben sich natürlich bemüht, die Niederlage herunterzuspielen. Immerhin habe man 32 Prozent der Wählerstimmen erhalten, und links von der

USP gebe es keine nennenswerten politischen Kräfte. Nach wie vor existiere das enge Bündnis zwischen USP und der wichtigsten Gewerkschaftsorganisation MSzOSZ – und das stimmt ja auch. Die Linke Alternative aber hat Horn und seine Genossen hart kritisiert. Sie beschreibt das Abschneiden der USP als klare Niederlage, macht dafür den Zustand verantwortlich, daß sich die ganze Partei in der Hand von 100 bis 200 Leuten befindet, und fordert den Rücktritt der für die Niederlage Verantwortlichen.

Aber zu solchen Rücktritten wird es – von einigen Ausnahmen abgesehen – nicht kommen. Der Apparat bleibt der gleiche – und Horns Führungsposition scheint auf Jahre hinaus ungefährdet, zumal er einer der Vize-Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale ist. Unverändert pflegt die USP ihre Ideale: Gestern war es Felipe Gonzales, heute ist es Tony Blair. Und so wird auch in der ganzen Partei der Ruf lauter, sich nicht nach links, sondern in Richtung einer komfortablen Mitte-Links-Position zu entwickeln. Protagonisten eines solchen Kurses sind Intellektuelle, Politikwissenschaftler und wohl die Mehrheit der USP-Parlamentsfraktion.

Damit freilich hat die Linke Alternative nur geringe Einflußmöglichkeiten.

Und weit entfernt ist Ungarn davon, daß sich im Gefolge des Sieges der Rechten etwa eine Art neuen Zusammenschlusses der Linken vollziehen könnte. Riesengroß sind die Berührungspunkte der linken Parteien untereinander. Niemand zum Beispiel will sich mit den Leuten von der Arbeiterpartei zusammensetzen – gerade so, als sei diese Partei so hoffnungslos stalinistisch, daß man schon beim ersten Kontakt mit Pestansteckung rechnen müsse. So tief bedrückend ist das Erbe der Vergangenheit. –

Nun liegen die ersten Parlamentssitzungen nach den Wahlen bereits hinter uns. Die schlimmen Befürchtungen hinsichtlich dessen, daß die Regierung die unabhängigen Kranken- und Rentenversicherungsorganisationen unter dem Deckmantel der »Nationalisierung« ganz und gar unter ihre Kontrolle bringen will – gegen den Willen derer, die diese Organisationen mit ihren Wahlhandlungen gegründet haben und tragen –, haben sich bereits als nur zu begründet erwiesen. Die linke Opposition hat Protest angekündigt und will eine Volksabstimmung erreichen. Der Kampf – das ist abzusehen – wird härter.

AUS DEM ENGLISCHEN ÜBERSETZT UND LEICHT BEARBEITET VON
WOLFRAM ADOLPHI

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

In den letzten Wochen vor den Bundestagswahlen wurden die Zeitungen nicht müde, uns Tag für Tag mit Wahlthemen vollzuschütten. Und zwar ohne Rücksicht darauf, ob wir angesichts der Fülle ermüdeten oder nicht. Inzwischen geht alles wieder seinen Gang, Sieger und Besiegte, Schuldige und Unschuldige sind längst ausgemacht. Sie standen eigentlich schon vor dem Urnengang fest. Doch wir sollten, wie schon »Blättchen«-Autor Paul Oswald im Heft 18 dieses Druckerzeugnisses kurz vor den Wahlen so treffend anmerkte, das Trara, das alle vier Jahre um Wahlen angezettelt wird, nicht zu ernst nehmen. Die Wahl an sich und das Getue um sie – das können sehr wohl zwei verschiedene Dinge sein. Wie Pflicht und Kür. Was bleibt? Vielleicht die Erinnerung an einige pfiffig geratene Wahlplakate. Doch da werden die Meinungen arg geteilt sein. Denn es ist mir, um nur mal ein Beispiel herauszugreifen, schier unvorstellbar, daß die sich immer mehr ausdünnende Schar grauhaariger Genossinnen und Genossen, die zu den regelmäßigen monatlichen Zahlabenden ihrer PDS-Gruppe zusammenkommen, mit jenen Plakaten ihrer Partei, auf denen in Riesenlettern solche inhaltsschweren jugendtümelnden Vokabeln wie »Cool!« oder »Geil!« standen, etwas anzufangen gewußt haben. Aber auf die eigenen Leute kommt es Parteien ja nicht an. Eigene Leute wählen ihren Verein sowieso. Sie würden auch einen Besenstiel wählen, wenn nur das richtige Logo darauf steht. Bleibt die Frage, ob sich *unsere Jugend* von derartigen Plakaten hat beeinflussen lassen, oder ob die von ihr als schleimige Anbiederei abgetan wurden. Die Wahlforscher werden es herausfinden.

Wie auch immer: Es gab ein Leben vor der Wahl, und es wird eines danach geben, Hauptsache, wir bleihm jesunt. Doch das ist in Deutschland nicht so leicht. Allerdings, wie ich einem Nebensatz in einer Fernsehdebatte entnahm, immer noch leichter als in England. Dort sollen die Kassen für Patienten über 60, die z.B. eine Transplantation benötigen, keine Puseratze zahlen. Was wahr ist, soll wahr bleiben: Davon sind wir in Deutschland, das walte Seehofer, noch entfernt. Doch die Mediziner rüsten auf. Die Agentur ADN brachte die Meldung in Umlauf, daß die Bayreuther For-Med GmbH einen Aufbaustudiengang für »Betriebswirtschaft für die medizinische Praxis« anbiete. Na dann – immer schön duschen, das härtet ab.

Es geht – fast nur noch – überall um Knete. Als die Berliner Zeitungen letztens meldeten, daß der Reportage-Chef der »Süddeutschen Zeitung«, Giovanni di Lorenzo, zum Chefredakteur des »Tagesspiegels« berufen worden sei, stellten die wenigstens Überlegungen darüber an, ob das Rück- oder Auswirkungen auf das politische Profil dieses Traditionsdampfers der Berliner Bürgersocietät haben könnte. Denn ein Blatt ist zwar heutzutage vordergründig ein Geschäftsunternehmen, aber selbstverständlich immer noch auch ein Tendenzbetrieb. Dafür wurde öffentlich darüber nachgedacht, ob die Einstellung des neuen Chefredakteurs auch zu Abkäufen von Journalisten führen könne. Als Beispiel wurde der zur »Welt« berufene Döpfner genannt, der schon der »Wochenpost« zur Pleite verholfen hatte, dann in Hamburg dilettierte (»Morgenpost«) und nun merkwürdigweise ausgesucht wurde, der langweiligsten deutschen Zeitung, »Die Welt«, Leben einzuhauen. Döpfner habe, so hieß es, erst mal für viel Geld neue Leute eingekauft. Man muß sich das wohl wie Fußball vorstellen. Und von di Lorenzo wird nun ähnliches vermutet. Welche (um es Hochdeutsch zu formulieren) Message der Mann hat, scheint keinen zu interessieren. Da wir gerade bei Presse-Innereien sind: »Tagesspiegel«-Mitherausgeber Hellmuth Karasek hat sich wieder erdreistet (ohne Reich-Ranicki zu fragen!) ein Buch zu verfassen. Es heißt »Das Magazin« und soll ein hanseatisches, fast schon legendenumwobenes Nachrichtenjournal meinen. Unsereins lernte bis jetzt nur eine Leseprobe kennen. Sie läßt den Schluß zu, daß Autor Karasek mit seinem Buch als Entzauberer auftritt. Das ist besser als gar nichts.

Monika Kaiser:
 Machtwechsel von Ulbricht zu
 Honecker. Funktionsmechanismen
 der SED-Diktatur in Konfliktsituationen
 1962 bis 1972. (Reihe: Zeithistorische
 Studien. Herausgegeben vom Zen-
 trum für Zeithistorische Forschung
 Potsdam e.V. Bd. 10.) Akademie Verlag
 Berlin 1997, 480 S. (78,00 DM)

Walter Ulbricht als »aufgeklärter Absolutist«
 und Reformers, der von seinem dogmatischen
 Kronprinzen Honecker in langem und hinter-
 hältigem Machtkampf letztendlich politisch
 kaltgestellt und gestürzt wird – das ist das Fa-
 zit des exzellent recherchierten Buches Moni-
 ka Kaisers. Obwohl die Titel etwas irritierend
 den Verkaufsabsichten des Verlages angepaßt
 sind, umreißen sie doch wichtige Aspekte.
 K. legt Fakten und Argumente dar – ähnlich
 einigen anderen neuen Arbeiten – »für eine
 gewisse Neubewertung des ›alten Ulbricht‹
 und der Spätphase seiner Herrschaft« (S. 16).
 Das betrifft zum einen den engeren Prozeß
 des Machtwechsels, genauer des von Honek-
 er mit Unterstützung einer reformfeindlichen
 Fraktion im SED-Politbüro und bei ständiger
 Rückversicherung bei den Moskauer Geistes-
 verwandten um Breshnew organisierten Prozes-
 ses der zunehmenden Ausschaltung Ulbrichts
 und seinen schließlichen Sturz. Dabei macht
 K. »eine Art Doppelherrschaft zwischen Ul-
 bricht und Honecker« seit dem »Kahlschlag«
 Plenum im Dezember 1965 aus (S. 55). Dabei
 ist sie jedoch unentschieden, ob der wirt-
 schaftliche Bruch (noch verklausuliert) hier
 entscheidend war oder die Rücknahme der jug-
 end- und kulturpolitischen Neuerungen. Sie
 liefert für beides Argumente, auch wenn sie
 den Tod Erich Apels wohl zu sehr mystifiziert.
 Eine politische Kaltstellung ist nach ihrer
 Darstellung wahrscheinlich, eine Atten-
 tatsvariante (gar des KGB) scheint weit herge-
 Holt (S. 126). Da allerdings die durch Moskau
 erzwungene wirtschaftspolitische Neuorien-
 tierung mit den jugend- und kulturfeindlichen
 Vorstößen der Honecker-Gruppe zeitgleich
 lief, ging es den Reformfeinden wohl um eine
 »Klärung« auf beiden Gebieten. Allein Apels
 Freitod verhinderte eine offene Korrektur der

Wirtschaftspolitik, verdeckt wur- de sie jedoch
 eingeleitet.

Auf jeden Fall nutzt die ostdeutsche Autorin
 den Machtwechsel als »Focus«, um »die politi-
 schen Entscheidungsprozesse« und das Funk-
 tionieren »der SED-Diktatur auf der Herr-
 schaftsebene« genauer zu erforschen (S. 20).

Zum anderen die Untersuchung von tat-säch-
 lichen oder vermeintlichen, möglicherweise
 gar inszenierten Krisen in der DDR, die durch
 die SED-Führung zu meistern waren und die –
 so K. – von Honecker instrumen- talisiert wur-
 den, um den ihm unliebsamen Reformkurs
 auszubremsen und schließlich abubrechen.

Eigentlich liegt mit dem Buch eine weitrei-
 chende DDR-Geschichte für die Zeit vom
 Mauerbau bis zum Etablieren der Honecker-
 Ära vor. Das ist die Zeit des weitgehendsten
 DDR-Reformversuchs des sowjetischen So-
 zialismusmodells. Der beständige Hinweis
 von K., daß Ulbricht »nur« einem »system-
 immanenten Horizont« für die Reformen (S.
 152) verpflichtet war oder daß er der Illusion
 eines Beispiels für den Westen anhing, dürfte
 seine Leistung nur wenig schmälern. Ulbricht
 schien bis Beginn der sechziger Jahre den
 stalinistischen Politikertyp zu verkörpern.
 Mit allen Mitteln sorgte er dafür, daß die DDR
 als der zweite, der »sozialistische deutsche Ar-
 beiter- und Bauern-Staat« entstehen und sich
 behaupten konnte. Bemerkenswert – sein vor-
 herrschendes Bild korrigierend – ist, daß er
 nun in eine andere Rolle schlüpfte. Nach
 Mauerbau und Ende der »Abstimmung mit
 den Füßen« suchte er nach Wegen, um »sei-
 nen« Sozialismus attraktiver und im Sinne
 einer »nationalen Mission der DDR« auch für
 die Bundesrepublik zum Vorbild gesellschaf-
 tlichen Wandels zu machen. Dabei war er in
 Anwendung eines Lenin-Wortes »überzeugt,
 daß nichts und niemand die SED-Herrschaft
 stürzen könne außer: die eigenen Fehler« (S.
 38). Anschaulich belegt K. den Weg dieser
 Reform »von oben« seit 1962. Sie zeigt die
 Wechselwirkung zu den parallelen Diskus-
 sionen in der Sowjetunion und anderen osteu-
 ropäischen Staaten, schließlich die Pionierrol-
 le der DDR in der ersten Hälfte der sechziger
 Jahre. Die neue Wirtschaftspolitik mit Zuwen-
 dung zur Selbständigkeit der Betriebe und
 zum Gewinn als einer Zentralkategorie sowie
 die von ihr als »liberal« apostrophierte Kul-

tur- und Jugendpolitik werden vielfach auf neu erschlossene Archivadokumente gestützt dargestellt. Hervorzuheben ist die Untersuchung des Schicksals der Jugendkommission und ihres Vorsitzenden Kurt Turba, der von Ulbricht in bewußter Konkurrenz zu Honecker als zuständigem Sekretär eingesetzt wurde. Gleichzeitig werden die Intrigen Honeckers und der ihn Unterstützenden im Vorfeld des 11. Plenums 1965 deutlich, eine selbstinszenierte Krise. Vorkommnisse bei Jugendlichen und abweichendes, aber pro-DDR-kritisches Agieren von Künstlern wurden zur Bedrohung hochstilisiert, die die Sicherheits- und Machtfanatiker in der SED-Führung für einen Kurswechsel nutzten.

Leider nur an der Konkurrenzsituation Politbüro/Sekretariat zum »Strategischen Arbeitskreis« Ulbrichts und der Rolle des Staatsrates werden Fragen eines möglicherweise abweichenden Demokratiekonzepts des patriarchalen »Übervaters« des NÖS diskutiert. Mit seiner Formel vom »sozialistischen Rechtsstaat«, der breiten Diskussion nicht allein der Verfassung von 1968, sondern auch wichtiger Gesetze, dem Rechtspflegeerlaß von 1964 u.ä. waren offenkundig bewußt Ausweitungen der sozialistischen, durchaus weiter gelenkten Demokratie verbunden, die noch näher zu untersuchen wären.

Eine wichtige Rolle spielt die Untersuchung der Beziehungen zu Sowjetunion und Bundesrepublik. In beiden Fällen agiert Ulbricht als »deutscher Patriot«, der sich mit der ständigen Moskauer Bevormundung schwer tut, selbst auf wirtschaftlichen Wandel im Ostblock drängt, von Moskau jene wirtschaftliche Unterstützung für seine Reform verlangt, die von dort nicht mehr im eigenen Interesse und angesichts des Übergangs zum forcierten Wetttrüben gegeben werden kann. Gleichzeitig rückt K. das tradierte Bild von Ulbricht als »Bremsen« einer flexibleren Politik zur Bundesrepublik zurecht. Deutlich wird, daß er die Chancen von Großer Koalition bzw. SPD/FDP-Koalition – trotz Furcht vor Sozialdemokratisierung – für ein geordnetes und gegenseitig nutzvolles Nebeneinander der beiden deutschen Staaten nutzen wollte. Die Honecker-Fraktion verstand es damals, Moskau in Sorge ob Ulbrichtscher Alleingänge zu versetzen und ihn durch dortigen Druck zum Verzicht auf

seine Verhandlungsvorstöße zu bringen. So erschien er öffentlich als unverbesserlicher Kalter Krieger, während er intern immer wieder versuchte, seine Ideen einzubringen, was schließlich seinen Sturz begünstigte.

Auch in der Haltung zum Prager Frühling räumt K. mit verbreiteten Auffassungen auf, daß Ulbricht ein besonderer Scharfmacher gewesen wäre. Sie zeigt sein Interesse an Wirtschaftsreformen und der Eigenständigkeit der einzelnen Ostblockstaaten. Aber sie bestätigt auch, daß Ulbricht in den Entscheidungssituationen immer die Vormacht der östlichen Supermacht und das Machtkalkül über alle Bedenken stellte.

Eines fällt in der Darstellung allerdings auf. Ulbricht agierte in den sechziger Jahren sichtbar abgelöst von einem Teil des Politbüros, welcher sich nicht auf Reformen einzustellen vermochte. Diese Politiker waren weit lernunfähiger als ihr greiser 1. Sekretär. Angesichts der detailliert nachgewiesenen Intrigen und des internen Kampfes zweier Linien der Politik – sowohl in Wirtschaft wie Ideologie oder Deutschlandpolitik – fällt Ulbrichts Unvermögen auf, den Widerstand gegen seine Reformlinie zu durchschauen und die intrigante Rolle Honeckers zu entlarven. Erst im Sommer 1970 versuchte er diesen von seinen Funktionen zu entbinden, was an der sofortigen Moskauer Intervention scheiterte. Mittag als Alternativkandidat – der längst zur Fronde gehörte – spricht auch nicht für Ulbricht. So viel Unwissenheit des 1. Sekretärs, bei allen Krankheiten, ist unwahrscheinlich. Zudem tat er wenig, um seine Hausmacht zu festigen. Die genannten Reformer – vor allem Apel, Mittag, Berger, auch Wolf, Koziolok, Halbritter, Jarowinsky – müssen auch für Ulbricht keine Größenordnung gewesen sein. Warum suchte er nicht, zwischen VI. und VII. Parteitag die Parteigremien in seinem Sinne umzusetzen? Als Kenner und Konstrukteur eines allmächtigen Apparates, der Honecker selbst zum Nachfolger an den Schaltstellen der Macht aufgebaut hatte, soll er die Gefahren nicht gesehen haben? Antworten dürften vielschichtig ausfallen. Da spielte das Alter und der Wunsch, sich aus dem Tagesgeschäft zurückzuziehen, eine Rolle. Das, was K. wiederholt als seinen »bedenkenlosen Opportunismus und machtpolitischen Pragmatis-

mus« brandmarkt (S. 214), wenn er sich der (dogmatischen) Politbüromehrheit unterwarf, dürfte tiefere Ursachen haben. Denn tatsächlich dürfte Ulbricht als glasharter Machtpolitiker viele Befürchtungen seiner Opponenten geteilt haben. Wenn sie die »besseren« Argumente boten, dann war er bereit, diesen nachzugeben. Die Macht blieb ihm das Wichtigste. Da gibt es widersprüchliche Handlungen. So ist der Vorstoß Hagers auf dem Philosophie-Kongreß im März 1968 gegen den Prager Frühling wohl kaum hinter dem Rücken Ulbrichts erfolgt, denn der hatte zuvor auf der 5. Tagung diesem Kongreß die Auseinandersetzung mit revisionistischen Auffassungen empfohlen. Und Hager war dort Hauptreferent.

Die Haltung zu BRD und SPD blieb widersprüchlich. Dank der Medien und des MfS dürfte man in Berlin die widersprüchlichen Positionen am Rhein gekannt haben. Die Furcht vor Unterwanderung und Isolierung der DDR war so für Honecker, aber auch Ulbricht durchaus belegbar. Die ambivalente Haltung des Westens wird bislang zuwenig berücksichtigt. Die letztlich immer noch funktionierende Unterwerfung unter Moskaus letztes Wort tat bei Ulbricht ein übriges. Sie entschied auch für ihn die Nachfolgefrage. Und eines war für ihn Tabu – sich wirklich an die Parteimitglieder oder gar ganz demokratisch an das Volk zu wenden.

STEFAN BOLLINGER

Bernhard Schäfers /Wolfgang Zapf
(Hrsg.): Handwörterbuch zur
Gesellschaft Deutschlands,
Verlag Leske + Budrich Opladen
1998 (98,00 DM)

Die deutsche Gesellschaft theoretisch »schulenübergreifend« und empirisch fundiert schnell faßbar abzubilden ist das Anliegen dieses Bandes, der als Kompendium der Soziologie gelten will. Vorab bemerkt, ist dieses Anliegen als weitgehend gelungen zu bewerten. In über sechzig Artikeln haben sich deutsche Sozialwissenschaftler aus West und, was immer noch bemerkenswert ist, auch aus Ost mit den wesentlichen Handlungsfeldern der Soziologie im weiteren Sinne beschreibend und

analysierend auseinandergesetzt. Dies freilich gelingt nicht in allen Fällen entsprechend der Intention der Herausgeber, die das Nachschlagewerk nicht nur an Sozialwissenschaftler adressieren wollen, sondern auch an Politik, Verwaltung, Medien und Ausbildungsinstitutionen. Um dieses Ziel vollständig erreichen zu können, wäre doch vielfach noch mehr redaktionelle »Übersetzungsarbeit« zu leisten gewesen, wobei zuzugestehen ist, daß Vereinfachungen, wie bei allen wissenschaftlichen Disziplinen, nur bis zu einem gewissen Grade möglich sind.

Kritik bezieht sich somit eher auf einzelne Beiträge. Insbesondere gilt dies für die Sozialstrukturanalyse, die unter der Überschrift »Soziale Ungleichheit« immer noch viel zu wenig die massen- und dauerarbeitslosigkeitsgenerierten Verwerfungen der Sozialstruktur einbezieht.

Bemerkenswert scheint weiterhin, daß ostdeutsche Soziologen, konkret hier Peter Voigt, sich quasi glauben entschuldigen zu müssen, wenn sie zur Analyse der DDR-Gesellschaft resp. deren sozialem Erbe schreiten. Zum Abschluß seines instruktiven Artikels zur »Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1949-1990« bemerkt Voigt überraschenderweise: »Die DDR war kein »Gespenst«, sie hat es realiter gegeben.« (S. 253) Daß der Autor glaubt, eine solche Selbstverständlichkeit und deren Konsequenzen – daß nämlich aus der nichtgespenstischen Gesellschaft Biographien mit spezifischen Norm- und Wertvorstellungen resultieren – betonen zu müssen, kann man sich möglicherweise auch mit der Ignoranz westdeutscher Sozialwissenschaftler erklären.

Trotz dieser und anderer Detailkritik ist das Vorhaben, einen Überblick über den Stand sozialwissenschaftlicher Forschung geben zu wollen, generell zu begrüßen. Den behandelten Stichworten scheint insgesamt wenig hinzuzufügen, der Anspruch auf Vollständigkeit somit erfüllt. Auch das grundlegende Schema, nach dem den einzelnen Beiträgen jeweils eine Begriffsbestimmung zugrundeliegt, der eine sozialgeschichtliche Einführung folgt, worauf die aktuelle Situation beschrieben wird, kommt dem Anliegen des Handbuches zugute.

Abweichen vom grundlegenden Schema darf der abschließende Essay von Karl Otto

Hondrich, der »Zukunftsvorstellungen« untersucht. Fernab von den ad absurdum geführten Gewißheiten des ML-»wissenschaftlichen Sozialismus« führt Hondrich aus, daß Trends vermutet werden können, die aber exakt nicht vorhersehbar seien. Wir können uns – obwohl noch keine Generation so gute Anhaltspunkte für eine Zukunftsanalyse hatte – gewaltig irren: »Für die ... welthistorische Offenbarung des Irrtums steht ... eine Jahreszahl: 1989. Heute sehen wir das so. Vielleicht in Zukunft nicht mehr. Vielleicht wird sich in der Zukunft, wenn sie keine Zukunft mehr sein wird, offenbaren, daß wir uns auch heute irren, zum Beispiel, wenn wir den Kapitalismus unaufhaltsam auf dem Vormarsch sehen.« (S. 744)

FRIEDHELM WOLSKI- PRENGER

Véronique Garros, Natalija Korenewskaja, Thomas Lahusen (Hg.): Das wahre Leben. Tagebücher aus der Stalinzeit. Aus dem Russischen übersetzt und annotiert von Barbara Conrad und Vera Stutz-Bischitzky, Rowohlt Berlin 1998, 441 S.

Auf der Suche nach Erklärungsmustern für die Entwicklung der UdSSR in den dreißiger Jahren wenden sich Historiker und Verleger immer häufiger Dokumenten zu, die »die Stimme des Volkes« wiedergeben und einen Eindruck vom »wahren Leben« im Vaterland der Werktätigen vermitteln. Das Interesse an den privaten, »inoffiziellen«, nicht von der Zensur geschönten Stimmungen und Meinungen war immer ausgeprägt. Im NKWD war es die Geheime politische Abteilung, die in Ermangelung von Beweismaterial ein ausgeprägtes Interesse an persönlichen Aufzeichnungen jeder Art hatte. W. Schentalski und W. Koljasin haben in den Archiven der »Organe« viele Aufzeichnungen bekannter und unbekannter »Sklaven der Freiheit« entdeckt. In Fachzeitschriften und Sammelbänden sind Auszüge aus Tagebüchern veröffentlicht worden, deren Verfasser aus allen Schichten der Bevölkerung kommen. An dieser Stelle seien nur einige Autoren genannt: der Geistliche E. N. Nikolajew, der Rote

Professor A. G. Solowjew, das Akadmiemitglied W. W. Wernadski, der Bauernsohn und Bestarbeiter S. Podlubny, die Frauen der verurteilten »Volksfeinde« M. A. Swanidse und Ju. Sokolowa-Pjatnitskaja.

Im Unterschied zu den bisher in Rußland erfolgten verstreuten und das Kontrastprogramm der in der Presse veranstalteten Propagandakampagnen nur z.T. aufzeigenden Editionen enthält das vorliegende Buch eine Auswahl aus Tagebüchern, die fünf Männer und zwei Frauen von 1936 bis 1938 verfaßten. Als die Herausgeber aus etwa zweihundert, im Ergebnis ihrer Recherchen in Moskauer Archiven zusammengetragenen Tagebüchern das Material für die 1995 veröffentlichte amerikanische Erstausgabe auswählen konnten, lag das inzwischen bei dtv in München verlegte Moskauer Tagebuch von Podlubny noch nicht vor. Leider haben die Herausgeber Podlubnys Aufzeichnungen nicht durch andere, unveröffentlichte, z.B. die eines Geistlichen, ersetzt. Podlubny, I. D. Frolow, der am alten Julianischen Kalender festhält und A. S. Arschilowski waren Bauern.

Zu den ersten aufmerksamen Lesern des von Arschilowski, einem Bauern aus dem Bezirk Tjumen, verfaßten Tagebuchs gehörte ein Untersuchungsführer des NKWD, dessen Unterstreichungen in die vorliegende Ausgabe übernommen wurden. Arschilowski wurde als Mitglied einer »konterrevolutionären Gruppierung kulakischer Schädlinge« im Juni 1937 verhaftet und am 5. September 1937 erschossen. Heute ist die vom Politbüro des ZK der KPdSU(B) bestätigte Direktive und der darauf aufbauende Befehl 00447 des NKWD bekannt, nach dem Arschilowski zum Tode verurteilt wurde. Leider finden sich im Kommentar, der Begriffserklärungen und biographischen Angaben vorbehalten ist, keine weiterführenden Hinweise dieser Art. Oft bleiben diese Erläuterungen, wie z.B. über die Troikas, die Volkszählung oder die »Antiformalismuskampagne«, sehr allgemein.

Einige biographische Angaben bedürfen der Korrektur. Meyerhold wurde am 20. Juni 1939 verhaftet und am 2. Februar 1940 erschossen. Bubnow, Volkskommissar für Volksbildung, wurde auf dem Januarplenum des ZK der KPdSU(B) von seinen Funktionen im Staatsapparat entbunden und am 1. August 1938 erschossen. Stachanow lebte von 1906

bis 1977, Sokolnikow wurde am 21. Mai 1939 im Gefängnis von Mithäftlingen umgebracht, Jeshow wurde nicht im Sommer, sondern bereits am 4. Februar 1940 erschossen, Sergo Ordshonikidse wurde 1886 geboren, Kaganowitsch starb 1991, Pospelow war Leiter der Verwaltung Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU(B). Jagoda »gestand« die Ermordung des Sohnes von Maxim Gorki als Angeklagter im Moskauer Schauprozess von 1938. Nadeshda Peschkowa, Gorkis Schwiegertochter, stand auch nach dem Tod ihres Mannes unter ständiger Beobachtung des NKWD. Bis zu ihrem Tod am 10. Januar 1971 unternahm sie dreimal den Versuch, »ein neues Leben« zu beginnen. Das NKWD verhaftete einen Ehemann nach dem anderen. Die Kommentatoren haben darauf verzichtet, im nachhinein vorgenommene Eintragungen kenntlich zu machen. Unter dem Eindruck der Beisetzung Gorkis an der Kremllmauer am 18. Juni notierte G. W. Stange am 19. Juni: »Die Sonne hat sich verfinstert. Alexej Maximowitsch Gorki ist gestorben«. Durch ein Versehen wird aus dem »Kurzen Lehrgang der Geschichte der UdSSR« die »Geschichte der KPdSU(B). Kurzer Lehrgang«. Mit Blick auf die Tagebucheinträge, in denen von Betrug und Diebstahl die Rede ist, erscheint es fast selbstverständlich, daß die Angaben in Pud und Kilogramm stark voneinander abweichen.

»Einheitsparteitage« hat die KP der Ukraine nie abgehalten, Potjomkin ging in Naberschnye Tschelny zur Schule, Troika trifft den Sachverhalt besser, als »Dreierleitung«, handelt es sich bei »Pirogi« wirklich um eine Behausung, oder sind damit nicht doch die Piroggen gemeint, von denen in den Tagebüchern die Rede ist? Drei Rhomben waren die Dienstgradabzeichen eines Generalleutnants der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD.

Für die Spannung beim Lesen und Vergleichen der offiziellen Meldungen über die die Moskauer Schauprozesse einrahmenden Volksfeste und Totenfeiern mit den Tagebucheinträgen sorgt die leider nur für das Jahr 1937 nach der Regierungszeitung »Iswestija« zusammengestellte Chronik. Die Sprache und Diktion der Zeitungsmeldungen ging im Zuge der redaktionellen Nachbesserung der Annotationen verloren. Wer auf den Originalton der in der »Iswestija« veröffentlichten Artikel

Wert legt, ist gut beraten, auf die Übersetzungen in der in Moskau herausgegebenen »Deutschen Zentralzeitung« oder in der Baseler »Rundschau« zurückzugreifen.

Aus einer Information der Geheimen politischen Abteilung des NKWD für Mitglieder des Politbüros vom Oktober 1936 geht hervor, daß eine Bäuerin, die im Verlauf der Verfassungsdiskussion vorschlug, die Formulierung »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« durch »Wer arbeitet, soll auch essen«, zu ersetzen, wegen trotzkistischer Propaganda verhaftet und verurteilt wurde. Die veröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen zeigen die Tragweite dieser unter der Landbevölkerung verbreiteten Forderung. In den Aufzeichnungen der Bauern überwiegt die Schilderung der Unmöglichkeit, ein normales Leben zu führen. Häufig finden sich Hinweise auf die Unfähigkeit und das Scheitern der »Leitungen«. Der Versuch, die Mißstände zur Sprache zu bringen, scheidet im Regelfall. »Was ich auch sage«, schreibt Arschilowski, »alles wird mir schlecht ausgelegt, in allem sehen sie das Bemühen, die Partei zu verleumden, nennen es Anschlag des Klassenfeindes. ... Wir sind verdammt bis in den Tod.«

Stärker als die Unterschiede zwischen Stadt und Land treten die vergleichbaren Probleme hervor. Das Geld reicht nie, es fehlt an Wohnraum, ein Privatleben gibt es so gut wie nicht. Nachdem G. W. Stange völlig in der gesellschaftlichen Arbeit aufgeht, stellt sie fest: »Zeit haben wir nicht füreinander, immer trennt uns die Arbeit. Nur selten sehen wir uns, und dann sind wir beide müde.« Daß ihr Leben im Widerspruch zu der von Kaganowitsch verkündeten Botschaft steht, die sie als Vertreterin der Frauenbewegung ihren Geschlechtsgenossinnen nahebringen soll, verdrängt sie immer wieder. »Fürsorge für unsere Männer: gut für sie zu kochen, keinen Kummer bereiten, eine angenehme Atmosphäre schaffen, für gute Stimmung sorgen, ihnen wirkliche Erholung gönnen.« »Die Familie klagt darüber,« notiert G. W. Stange, »daß ich selten zu Hause bin. Sie tun mir leid, aber was soll ich denn machen? Ich bin doch nicht zu alt und möchte noch ein eigenes Leben führen.« Vorerst kann sie sich dieses »sinnerfüllte« Leben nur im Gleichschritt mit der Partei vorstellen.

Offen bleibt, wie sich das Schicksal der

Familienangehörigen, die beruflich mit der Eisenbahn verbunden waren, gestaltete. Der von Stange abgöttisch verehrte Kaganowitsch hatte als Volkskommissar für Verkehrswesen sein Volkskommissariat und die wichtigsten Bahnlinien von »Schädlingsen und Saboteuren« gesäubert. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Frauenbeauftragte, die sonst im Tagebuch nur ihre Arbeit betreffendes festhält, am 2. September 1937 notiert: »Heute hat das ZEK einen Beschluß über den verstärkten Kampf gegen Spionage, Diversion und Schädlingstätigkeit veröffentlicht und die Höchststrafe für die obengenannten Delikte auf 25 Jahre Haft festgelegt.« Als sie aus gesundheitlichen Gründen ihre ehrenamtliche Tätigkeit aufgeben muß, beginnt der dritte Moskauer Schauprozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten«. Ich werde darüber nichts schreiben, steht im Tagebuch, »da ich die Zeitungsausschnitte sammle, denen man alles entnehmen kann«.

Die ausgewählten Tagebucheintragen von W. P. Stawski beginnen mit einem Brief an Jeshow vom 16. März 1938, in dem der Kulturfunktionär und Chefredakteur der Literaturzeitschrift »Nowy Mir« den 1937 aus der Verbannung entlassenen Schriftsteller Mandelstam denunziert. Mandelstam wurde verhaftet, verurteilt und verbannt. Als er im Dezember an seinen Entbehren im Lager verstarb, befand sich Stawski im Sanatorium. Gibt es in Stawskis Tagebuch Eintragungen über den Moskauer Schauprozeß vom 2. bis 12. März 1938? Das würde einige Motive des »Henkers und Denunzianten«, als der Stawski eingeführt wird, erklären. Auf dem Hintergrund der Ablösung Jeshows durch Berija widerspiegeln die Tagebucheintragen den gelungenen Versuch, den Sturz zu vermeiden und »einen neuen Lebensabschnitt« zu beginnen. Stawski beschreibt einen seiner »Schutzengel« im Kreml: »Macht keinerlei Andeutungen. Aber an seinen Augen sehe ich, daß er voll im Bilde ist, was läuft, was geredet wird, hervorragend informiert.«

L. P. Potjomkin legte 1937 sein Examen als Geologe und Bergbauingenieur ab. »Er hätte gern Philosophie und Literaturwissenschaft studiert, konnte sich jedoch nur am Bergbauinstitut einschreiben, weil er dort auch mit unvollständiger Schulbildung angenommen wurde. Im Tagebuch aus den Jahren 1934 bis

1936 beschreibt er die am Institut eingerichtete »Kulturuniversität« und seine Tätigkeit als Komsomolfunktionär. »Zuweilen kriege ich Äußerungen mit, daß ich mich wie ein Diktator gebärde, und spüre gewisse Spannungen, eine Entfremdung von den Interessen der Massen. Jetzt gelingt es mir, der Erziehung der Massen eine lebendige, kameradschaftliche Form zu geben.« Potjomkin fühlt sich als Ingenieur der Seele.

Ganz anders L. J. Schaporina, deren Aufzeichnungen zu den bedrückendsten im Band gehören. Ihre erste Tagebucheintragung entstand nach einem fünfstündigen Verhör beim NKWD im März 1935. Ein Jahr später nähert sich die »Antiformalismuskampagne« ihrem Höhepunkt. Schaporina hat aber auch deren Beginn am 12. Dezember 1935 reflektiert, der in der vorliegenden Veröffentlichung viel zu kurz kommt. Außerdem verwechseln die Kommentatoren die in der »Prawda« im Januar und März 1936 veröffentlichten Artikel. Dann folgt ein Schauprozeß auf den anderen. »Feuchtwanger wundert sich, weshalb diese Freimütigkeit, der Naivling!« Anfang Oktober 1937 findet sich im Tagebuch ein Eintrag über die Gleichgültigkeit der Menschen bei der Nachricht über vollstreckte Todesurteile. Zwei Jahre später geht es ihr ähnlich. Unter den Opfern sind Bekannte aus allen Bevölkerungsschichten.

Am Vorabend der Wahlen setzen Massenverhaftungen unter den Gläubigen und Geistlichen ein. Am 22. November 1937 der Eintrag: »Ich wache morgens auf und denke mechanisch: Gott sei Dank, heute haben sie mich nicht verhaftet, tagsüber verhaften sie nicht, und was in der kommenden Nacht sein wird, weiß man nicht. ... Wie gut, daß ich absolut ruhig und gleichgültig gegenüber allem bleibe. Aber die meisten Menschen leben in wahnsinniger Angst.« Allein die Hinwendung zur russischen Kunst und Religion bringt Trost. Die Frage »Wie ist das zu verstehen?« mündet in die nach Wahrheit und Lüge. Ein Grund mehr, sich dem »wahren Leben« zu stellen, und die Tagebücher aus der Stalinzeit noch einmal, unter Einbeziehung der heute zugänglichen Editionen der in der Führung des NKWD und der KPdSU(B) entstandenen Dokumente zu lesen.

WLADISLAW HEDELER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM
Heft 85/86	je	10 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (Vi.S.d.P.)
Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL/MONIKA NOACK
Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120